



Saar-Freund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Einzelpreis 25 Pfennig.



Nummer 23
6. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungspreisliste S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königsgräber Straße 94, Fernspr.-Anschl.: Amt Hasenh. 3243. — Bezugspreis monatlich: 50 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 66536 oder auf Deutsche Bank, Depostenkasse G, Berlin SW. 47, Belle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saar-Freund“ erbeten.

Berlin
1. Dezember
1925

Das Saargebiet zur deutschen Locarno-Politik.

Entweder bedeutet Locarno einen Wendepunkt in den Beziehungen der Völker zueinander oder es stellt einen neuen ähnlichen Völkerbetrug dar, wie ihn die Welt durch Versailles erlebte. Von diesem Gesichtspunkt aus muß man nach unserer Auffassung das Locarno-Problem betrachten, und je nach dem, ob man sich für die eine oder andere Auffassung entscheidet, die Locarno-Frage behandeln. Die deutsche Regierung hat durch ihre Locarno-Delegierten auf Grund ihrer fast 14tägigen Verhandlungen mit den alliierten Staatsmännern die Ueberzeugung gewonnen, daß wie in Deutschland so auch auf der andern Seite der Wille vorhanden ist, zueinander in bessere Beziehungen zu kommen. Stellt man sich auf diesen Standpunkt, dann darf man die Auswirkungen von Locarno nicht millimetergenau nachmessen wollen, soweit sie in Erklärungen mehr oder weniger verbindlicher Art angekündigt oder bereits durchgeführt sind. Ein neuer Geist ist nicht plötzlich da und dann ebenso plötzlich wieder verschwunden, er kann nur je länger je mehr sich in der Richtung auswirken, die ihm gesetzt wurde.

Deshalb muß es besonders in den besetzten Gebieten, im Saargebiet und in all den Grenzteilen des deutschen Vaterlandes erneut stärksten Unwillen auslösen, daß man im deutschen Volke die Frage von Locarno nicht zu einer nationalen, sondern zu einer internationalen, zu einer Parteifrage herabgewürdigt hat. Unter Parteigeist in Deutschland hat wieder einmal vollkommen vergessen, daß die Frage der deutschen Zukunft nicht durch kleinlichen Parteigeist, durch den Geist der Zersplitterung, sondern durch den Geist nationalen Willens, nationaler Stärke und nationaler Freiheit gelöst werden kann. Auch Locarno darf nicht durch die Parteibrille, sondern muß mit klaren Augen nationaldeutscher Ueberzeugung betrachtet werden. Nicht darum handelt es sich letzten Endes, was erreicht wurde an formulierten Einzelbestimmungen und an einzelnen Zusicherungen, sondern darum, wohin der in Locarno getane erste Schritt weiter führen wird.

Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß man im Saargebiet für die großen Ziele der deutschen Politik ein weit größeres Verständnis bekundet — beschämend das feststellen zu müssen — als im übrigen Deutschland wahrgenommen werden kann. Im Saargebiet war man, das muß festgestellt werden, enttäuscht darüber, daß man offenbar in Locarno vergessen hat, daß zwischen Deutschland und den alliierten Mächten nicht nur rheinische Fragen, sondern auch ein Saarproblem steht, das von einem scharfen Beobachter des neutralen Auslandes als der Gefahrenpunkt Europas bezeichnet wurde. Das mußte im Saargebiet um so mehr überraschen, als eine Saar-Delegation die in Locarno vertretenen Mächte auf diese zu bereinigende Frage des Saargebiets hingewiesen hat. Man stellte sich aber nach kühler Erwägung in den politischen Parteien im Landesrat und in der Presse des Saargebiets in politisch weit-sichtiger Weise auf den Standpunkt, daß Locarno erst den An-

fang, nicht aber das Ende einer neuen Zeitperode in den Beziehungen der Völker zueinander darstellt.

Locarno mußte eine Grundlage schaffen, von der aus die Vereinigung all jener Bestimmungen des Versailler Diktats vorgenommen werden kann, die sich heute schon im Sinne des Artikels 19 des Völkerbundsstatuts für undurchführbar erweisen. Wenn auch dieses Völkerbundsstatut formell schon die Möglichkeit der Nachprüfung und Abänderung von undurchführbaren Bestimmungen zuläßt, so kam seine Anwendung solange nicht in Frage, als der Geist von Versailles noch allein vorherrschte und nicht durch einen neuen Geist der Verständigung abgelöst wird. Ob in Locarno schon der Geist der Gerechtigkeit, der Völkerveröhnung, des Selbstbestimmungsrechts der Völker geweckt wurde, ist eine Frage, die wir noch nicht mit Ja beantworten möchten.

Nach Andeutungen in der „Täglichen Rundschau“ vom 21. November kann man annehmen, daß die Saarfrage in den Richtlinien aufgezeichnet war, die das Reichskabinett für die Verhandlungen der deutschen Delegation in Locarno aufgestellt hatte. Das Blatt sagte, daß diese Richtlinien bis auf die Saarfrage und die Frage der deutschen Luftfahrt erledigt worden seien. Wir wissen aus guter Quelle, daß diese Darstellung so auszulegen ist, daß man die Saarfrage in Locarno nicht entscheidend behandelt hat, nicht weil die gegenseitigen Auffassungen nicht in Uebereinstimmung zu bringen waren, sondern weil man sich auf den Standpunkt stellte, daß die Saarfrage ein Problem darstellt, das zweckmäßiger aus dem Fragenkomplex von Locarno herausgenommen wird, um es in besonderen Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich zu klären. Er kommt hinzu, daß man im Saargebiet in durchaus berechtigter Erwägung die Auffassung vertritt, daß dem Saargebiet nicht damit gedient ist, daß man etwa das Völkerbundsregime durch ein Besatzungsregime ersetzt, wie es bisher in den besetzten Gebieten üblich war. Erst muß das Rheinproblem gelöst die Besatzungsfristen geregelt sein, bevor die Saarfrage eine Regelung finden kann, die den saarländischen und deutschen Belangen entspricht.

Mit besonderem Stolz dürfen wir hier feststellen, daß das Saargebiet dem übrigen Deutschland einen neuen Beweis nationaler Einigkeit und deutscher Treue gegeben hat. In der großen Aussprache des Landesrats über Locarno am 17. November ergab sich tatsächlich eine Einheitsfront von Populus bis Reichspartei, von den Kommunisten bis zur Volkspartei, in der Forderung der Rückkehr zu Deutschland. Mögen in dieser Forderung Schattierungen festzustellen sein, in der Grundtendenz stimmen alle Parteien, stimmt das Saargebiet einmütig darin überein, daß der Wille, zu Deutschland zurückzukehren,

unabänderlich ist. Aber nicht nur das. Im Saargebiet hat man auch volles Verständnis für die wirtschaftlichen Bedürfnisse des deutschen Vaterlandes, hat Verständnis dafür, daß eine Regelung der Saarfrage um jeden Preis in kürzester Frist nicht angebracht erscheint, hat man Verständnis dafür, daß das Saargebiet kein Schacheroberjekt sein darf. Man begrüßt eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich, würde eine Einigung zwischen beiden in der Saarfrage begrüßen mit der Einschränkung allerdings, daß diese Einigung über die Saarfrage nicht auf Kosten der Bodenschätze der saar-deutschen Heimat erfolgen dürfe. Im Landesrat wurde durch den Zentrumsabgeordneten Lebacher unter starkem Beifall des Landrats ausgesprochen, daß das Saargebiet es ablehnt, die Saargruben internationalen Syndikaten zu überantworten. Was diese Erklärung bedeutet, werden vor allem jene zu beurteilen wissen, denen bekannt ist, welche Pläne von französischer Seite geschmiedet wurden, um die Saargruben einem internationalen Konsortium auszuliefern.

Wenn die Möglichkeit besteht, daß auch die Saarfrage über kurz oder lang einer Lösung zugeführt werden kann, so hat die Saargebietsbevölkerung hierfür selbst die beste Unterlage geschaffen. Durch die Jahrtausendfeier an der Saar ist mit solch impulsiver Gewalt das Bekenntnis der Bevölkerung zum deutschen Vaterland, zum deutschen Volkstum zum Ausdruck und zum Durchbruch gekommen, daß alle Propagandamanöver der französischen Agenten und der französischen Presse das allgemeine Urteil über das unerschütterlich bestehende Deutschtum an der Saar nicht ändern können. In einer Zentrumsversammlung am 18. November rückte das Landesratsmitglied Rektor Martin den Kernpunkt der französischen Saarpolitik in den Vordergrund seiner Betrachtungen und erklärte mit innerster Ueberzeugung und mit unbestreitbarer Berechtigung:

Frankreich hat vom Saargebiet politisch nicht das geringste mehr zu erwarten. Nicht nur keine politischen, auch keine wirtschaftlichen Geschäfte sind für Frankreich im Saargebiet

mehr zu tätigen. Deshalb muß nach seiner Auffassung ein Weg gefunden werden, um die im Versailler Diktat vorgesehene Wiederwerbung der Saargruben durch Deutschland durchzuführen. Auch die Ablösung der französischen Beteiligung an den saarländischen Werken sei ins Auge zu fassen und bilde eine wichtige und dankbare Aufgabe für unsere deutsch-saarländischen und reichsdeutschen Industriellen.

Mögen sich unsere politischen Parteien im Reiche an den saar-deutschen Parteien wie auch an der Bevölkerung des Saargebiets erneut ein Beispiel nehmen, Fragen der deutschen Zukunft, des nationalen Willens und der deutschen Freiheit ebenso ruhig wie sachlich, aber auch ebenso bestimmt zu behandeln. Keine parteipolitische Erwägung darf Fragen des nationalen Interesses beeinflussen. Hier darf es keine Parteien, sondern nur Deutsche geben. Nur dann wird ein Erfolg der deutschen Politik zu erreichen sein. Nur dann wird der Geist von Locarno nicht nur die Fragen des Rheinlandes, sondern auch die Fragen des Saargebietes zu der Lösung führen, die allein der deutschen Zukunft dienlich und dem europäischen Frieden förderlich ist.

Ehrung für einen verdienstvollen Saar-Deutschen.

Der Verein Deutscher Eisenhüttenleute hat auf einstimmigen Beschluß des Vorstandes dem Hüttenbesitzer Dr. Hermann Röschling-Böblingen die Karl-Lueg-Gedenkmünze verliehen. In der Ueberreichungsansprache feierte der Vorsitzende, Generaldirektor Bögl, Herrn Dr. Röschling als verdienten Eisenhüttenmann und gleichzeitig als einen kerndeutschen Vertreter des deutschen Saargebiets. Die von der Ortsgruppe Duisburg des Bundes der Saar-Vereine am vergangenen Sonntag veranstaltete große Saarkundgebung landete an Herrn Dr. Röschling aus Anlaß dieser Auszeichnung folgenden Drahtruf: „Dem verdienstvollen Landsmann zur wohlverdienten Ehrung durch den Verein Deutscher Eisenhüttenleute von unserer Saarkundgebung nach dem eindrucksvollen Vortrag des Verwaltungsdirektors Bogel, Berlin, herzlichsten Glückwunsch.“

Preußen- und Bayerntreue an der Saar.

Die Locarno-Konferenz und was später darüber geschrieben und prophezeit wurde, hat auch die Saarfrage wieder in den Vordergrund der Erörterungen in der Öffentlichkeit gestellt. Was noch vor zwei und drei Jahren für völlig unwahrscheinlich galt, daß nämlich vor der mit 1935 ablaufenden Abstimmungsfrist eine Entscheidung über das Saargebiet nicht fallen werde, ist durch die zwangsläufige Entwicklung der Verhältnisse in einen andern Gesichtswinkel gerückt worden. Heute liegen die Dinge sogar so, daß aus dem Saargebiet heraus selbst die Feststellung ergeht, daß eine Vorverlegung der Abstimmung ohne gleichzeitige Vorverlegung des Endtermins für die Besatzungsfristen in den besetzten Gebieten aus politischen und technischen Erwägungen heraus unmöglich erscheint.

Aus dieser Tatsache ergibt sich die Feststellung, daß eine Saarabstimmung wesentlich früher als im Jahre 1935 und damit die Rückkehr des Saargebiets zu Deutschlands, d. h. zu Preußen und zu Bayern erfolgen wird. In einer saar-deutschen Zeitung fanden wir in einer Abhandlung über ein ganz anderes Thema u. a. einen Satz, der die Frage behandelte, was geschehen möge und könne. „Wenn das Saargebiet erst wieder frei und stolz zu Preußen und zum Reich gehört.“ Eine solche Äußerung kann leicht zu Mißverständnissen führen, oder zur Schaffung zu Mißverständnissen ausgenutzt werden. Wir wissen sehr wohl, daß gewisse Kreise des Saargebiets, die zum größten Teil vor dem Kriege kaum wußten, ob das Saargebiet zu Preußen, Bayern oder Lothringen gehörte, ein Interesse daran haben, die einstigen Grenzpfähle möglichst so zu verschieben, daß ein Dritter daraus seinen Nutzen zieht. Diese Bestrebungen haben nicht den Erfolg gehabt, den man sich von den hierfür ausgeworfenen Millionen versprochen hatte. Das deutsche Volkstum an der Saar steht heute fester und unerschütterlicher denn je. Die bei Unterjochung fremder Völker seitens Frankreich so gern geübte Wechsellpolitik Zunderbrot und Peitsche hat im Saargebiet nicht vermocht, auch nur einen einzigen Einsässigen wandeln zu lassen in seiner Treue zum Reich, zu Preußen.

Trotzdem nun von Locarno aus ein neuer Geist angekündigt wurde, der zunächst die Verhältnisse im Westen auf die rein vertraglich festgelegten Zustände zurückführen soll, ist noch immer

nicht davon die Rede, daß man französischerseits der französischen Propagandastelle an der Saar die Betriebsmittel entzogen hätte. Sie arbeitet trotz allem, wenn auch erfolglos, weiter. Da alle bisher angewandten Mittel und alle Formen der französischen Propaganda nicht vermocht haben, den gesteckten Zielen auch nur einen kleinen Schritt näher zu kommen, so versucht man es auf eine neue Art. Es ist nicht ohne Bedeutung, wie eng man die einst so weitgegriffenen Ziele zurückgesteckt hat. Zuerst ließ die französische Propaganda darauf hinaus, daß Saargebiet glattweg zu annektieren. Die in dieser Richtung geführten Versuche glichen wie ein hilfloses Schiff auf scharfem Felsenriff. Man predigte dann die Parole „Das Saarland den Saarländern“ in allen Tonarten, schuf den „Saarbund“ und gab dem französischen Propagandaorgan ein neues Gesicht. Der Erfolg blieb trotz allem Null. Neuerdings macht man in Parisismus, setzt sich dann und wann auch die Maske eines biedereren „deutschen Republikaners“ auf, ohne daß es gelingt, die französische Propagandafrage damit völlig zu verdecken.

In allerjüngster Zeit hat man ein neues Mittel eronnen, um die Bevölkerung an der Saar gegeneinander und die Gesamtbevölkerung gegen Preußen und Bayern aufzubringen. Man flüstert vor allem in dem pfälzischen Teil des Saargebiets den Leuten ins Ohr, daß Preußen darauf ausgehe, bei einer etwaigen Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland das gesamte Saargebiet einschließlich seines pfälzischen Teiles zu schließen. Man behauptet, die im Saargebiet gebliebenen preussischen Beamten hätten dafür gesorgt, daß systematisch die preussischen Gesetze im Rahmen der Saargebietsverwaltung auch auf Bayern ausgedehnt wurden, so daß sich der pfälzische Teil des Saargebiets schon an diese preussische Gesetzgebung wie überhaupt an die Regelung des gesamten Verwaltungswesens von Saarbrücken aus gewöhnt hätte. Preußens Ziele hätten also auf dem Umwege über die Saarregierung bereits den Erfolg gehabt, daß man in der Bevölkerung des pfälzischen Teiles selbst nach der Rückkehr des Saargebiets zum Deutschen Reich gar kein Interesse mehr daran hätte, die bayerischen Grenzpfähle wieder wie ehemals an der Saar aufzurichten.

Wir glauben nicht, daß im pfälzischen Teil des Saargebietes irgend jemand diesen Märchen irgendwelche Bedeutung beimißt. Eines ist gewiß, und die fünf Jahre gemeinsamen Kampfes um deutsches Volkstum haben das bewiesen, daß Bayern und Preußen an der Saar in gleicher Treue ihren deutschen Heimatboden verteidigt haben. Aber ebenso gewiß ist, daß ihre Treue zu ihrem angestammten Landesstaat nicht einen Augenblick gewankt hat. Und wenn einst die Stunde der endlichen Befreiung auch für das Saargebiet schlägt, dann wird Bayern seine saarpfälzischen und Preußen seine saarpreußischen Landeskinder wieder mit sich vereinen können und ihnen beistehen, daß sie als Bayern und Preußen mit ihrer Treue zum deutschen Vaterlande auch die Treue zum angestammten Bayern- und Preußenland gehalten haben. Man wird dann an der Saar wie ehemals die weiß-blauen Grenzpfähle aufstellen, nicht um zu

trennen, sondern um damit zu beweisen, daß deutsche Treue trotz schwerster Not unter dem Gewaltsystem fremder Herrschaft nicht verblasen kann gegenüber deutschen Stammesländern, die in ihrer Gesamtheit das deutsche Reich geschaffen haben. Und wie gerade an der Saar die preußischen und bayerischen freundschaftlichen Beziehungen stets die besten gewesen sind, so wird es auch in Zukunft sein. Die Saarpreußen werden ebenso gern in die Pfalz hinein, in den Pfälzer Wald wandern, um mit ihren Pfälzer Nachbarn gute Freundschaft zu halten, wie auf der anderen Seite die Pfälzer ihre preußischen Saarnachbarn aufsuchen werden, um einen Beweis dafür zu erbringen, daß Deutschlands Söhne, mögen sie sich Bayern oder Preußen nennen, sich um so einiger und stärker fühlen, je vollkommener ihnen ihre Stammeseigenheiten und Stammesgrenzen belassen bleiben. Fünf Jahre Saarkampf haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß auf deutscher Wacht in der Südwestecke Deutschlands ohne Wanken Preußen- und Bayerntreue stehen: Lieb Vaterland magst ruhig sein!

Die Notwendigkeit der Änderung des Völkerbundesregimes an der Saar.

Im „Berliner Tageblatt“ befaßte sich der Chefredakteur des Blattes, Theodor Wolff, in einer längeren Betrachtung über die durch Locarno neu geschaffene gesamtpolitische Lage auch mit der Frage, weshalb die Saarfrage in Locarno keine Regelung erfahren hat. Er sagt hierzu auf Grund seiner Informationen in Paris:

„Die Saarfrage beispielsweise hat in den Verhandlungen aus guten Gründen keine Rolle gespielt. Es ist zum mindesten zweifelhaft, ob Deutschland auf eine frühere Festlegung des Abstimmungstermins im Saargebiet dringen soll, solange nicht das ganze Rheinland geräumt worden ist. Würde das Saargebiet jetzt, vor der Räumung des Rheinlandes, für deutsch erklärt werden, so würde ihm, als einem Teil des linken Rheinufers und als einer Enklave zwischen dem noch besetzten Rheinland und Frankreich, gleichfalls die Besetzung durch französische Truppen drohen. Diese Frage kann also erst geregelt werden, wenn man von den Räumungsfristen, von der schnelleren Räumung der zweiten und dritten Rheinlandzone sprechen wird.“

Theodor Wolff gibt in dieser Frage etwa die gleiche Auffassung wieder, wie sie von uns schon in Nummer 21 des „Saar-Freund“ zum Ausdruck kam. Auf die „guten Gründe“ geht Theodor Wolff nicht näher ein, doch ergibt sich aus seinen weiteren Ausführungen, daß man sich für die Verhandlungen in Locarno an gewisse Richtlinien gehalten hat, um den Komplex der zu behandelnden Fragen nicht gar zu sehr in die Weite gehen zu lassen, worunter das Ergebnis der Gesamtverhandlungen hätte leiden müssen.

Zweifellos ist es richtig, und wir haben selbst darauf hingewiesen, daß die Frage der Verkürzung der Räumungsfristen Voraussetzung sein muß für die Neuregelung der Saarfrage. Theodor Wolff weist durchaus mit Recht darauf hin, daß die Regelung der Saarfrage vor der Räumung des gesamten Rheinlandes unmöglich erscheinen muß, — wobei er übrigens den sehr unglücklich gewählten Ausdruck von der Deutsch-Erklärung des Saargebietes gebraucht. Das Saargebiet braucht nicht erst für deutsch erklärt zu werden, da es immer deutsch war und deutsch bleiben will. Wie die Dinge heute zu liegen scheinen, kann es kaum noch ein Zweifel darüber geben, daß die Saarfrage über kurz oder lang auf Grund des Paragraphen 38 des Saartatuts durch besondere Vereinbarungen zwischen Deutschland und Frankreich eine Neuregelung finden muß und wird. Ob diese Regelung sich in der Richtung einer Vorverlegung der Abstimmung oder einer Vorentscheidung auf Grund der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung bewegen wird, ist eine Frage, die augenblicklich nicht zur Erörterung steht. Ueber eines aber dürfte Klarheit bestehen: das Verwaltungsregime, wie es bisher im Saargebiet trotz der klaren Bestimmungen des Versailler Diktates und trotz der nicht minder klaren Instruktion des Völkerbundes an die Regierungskommission zur Anwendung kam, muß geändert werden, und zwar im Sinne und Geiste der Bestimmungen, wie sie hierfür in Versailles aufgestellt worden sind. Man hat nach den allerjüngsten Vorgängen im Saargebiet nicht den Eindruck, daß die derzeitige Regierungskommission noch die Absicht hat, ihre bisherigen Verwaltungsmethoden zu ändern. Der neue Geist wird sich sehr wahrscheinlich auch im Saargebiet erst durchsetzen, wenn die Auswirkungen des neuen Geistes von Paris aus sich auch auf die Saarregierung ergießen, bis von dort her entsprechende Anweisungen gegeben werden. Obwohl nach der Entwicklung der Dinge der „Geist von Locarno“ ge-

wisste Rückwirkungen auch im Saargebiet veranlassen wird, so wird dennoch nicht verkannt werden dürfen, daß einzelne Grundfragen der Saarverwaltung bereits eine Festlegung erfahren haben, die sich nicht ohne weiteres abändern lassen werden. Auf Grund ihres alleinigen Auslegungsrechtes hat die Saarregierung bereits bestimmte Tatsachen geschaffen, die nach Art. 1, Abs. 2 des rechtlichen Schiedsvertrages keiner Abänderung auf Grund dieses Vertrages mehr unterzogen werden können. Das ganze System der Saarverwaltung ist nach einer ganz bestimmten Richtung aufgebaut, so daß nicht mit Fleißarbeit eine Änderung zu erzielen ist, sondern nur durch einen radikalen Systemwechsel. So spricht Artikel 45 des Versailler Diktates davon, daß der Völkerbund als Treuhänder im Saargebiet auftritt. In einer längeren beachtenswerten Auslegung der „Saarbrücker Landeszeitung“ vom 6. Oktober 1925 wird diese Frage der Treuhänderschaft des Völkerbundes gegenüber dem Saargebiet näher untersucht. Unter Heranziehung des englischen Trustrechtes ergibt sich nach den Ausführungen in dem genannten Blatt für die Treuhänderverwaltung des Völkerbundes folgendes:

Da erst 1935 erkennbar wird, für wen das Gebiet tatsächlich verwaltet wurde, bis dahin also die Verwaltung niemand zu liebe und niemand zu leide geführt werden müßte, wäre ihr Ziel offenbar die größtmögliche Selbständigkeit der Organisation und Unabhängigkeit von außer-saarländischen Gesichtspunkten, damit sie nach Ausfall der Abstimmung die Einverleibung in das Staatsgebiet jedes Anwärters sich gleichermäßen reibungslos vollziehen könne. Ihre Richtlinien wären allmähliche Loslösung des Saargebietes von seinem Mutterland, besonders auch hinsichtlich seiner Rechtsordnung und Schaffung einer eigenen Gesetzgebung, aufgebaut allein auf den Bedürfnissen des Gebietes selbst. In der Tat ist das auch der Standpunkt der Regierungskommission. So sagt sie im zehnten Bericht, Abschnitt „Politische und wirtschaftliche Selbständigkeit des Saargebietes“:

„Die Regierungskommission kann nur unter Nichtberücksichtigung des Geistes und des Buchstabens des Friedensvertrages und nur dann, wenn sie der ihr anvertrauten Mission untreu werden würde, von allen zur Verwirklichung der politischen Selbständigkeit der Verwaltung des Saargebietes geeigneten Maßnahmen Abstand nehmen.“

Und in dem gleichen Bericht an einer anderen Stelle:

„Das für die Bewohner des Saargebietes im Friedensvertrag vorgesehene Statut ist derart festgelegt worden, daß sie später in voller Unabhängigkeit ihre eigenen Geschicke bestimmen können. In ihrem eigenen Interesse und zur Sicherung einer unbeeinflussten Volksabstimmung im Jahre 1935 müssen sie von jetzt an einer vollständig selbständigen Regierungsform unterworfen werden. Diese Autonomie wäre jedoch nicht zu verwirklichen, wenn die Bande, die das Saargebiet sowohl in politischer Hinsicht wie auch bezüglich der Verwaltung mit dem Deutschen Reich, Preußen und Bayern verknüpfen, nicht naheinander gelöst würden.“

In diesen Ausführungen liegt der Schlüssel zu der ganzen offiziellen Politik der Regierungskommission.

unabänderlich ist. Aber nicht nur das. Im Saargebiet hat man auch volles Verständnis für die wirtschaftlichen Nöte des deutschen Vaterlandes, hat Verständnis dafür, daß eine Regelung der Saarfrage um jeden Preis in kürzester Frist nicht angebracht erscheint, hat man Verständnis dafür, daß das Saargebiet kein Schacheroß sein darf. Man begrüßt eine Einigung zwischen Deutschland und Frankreich, würde eine Einigung zwischen beiden in der Saarfrage begrüßen mit der Einschränkung allerdings, daß diese Einigung über die Saarfrage nicht auf Kosten der Bodenschätze der saardeutschen Heimat erfolgen dürfe. Im Landesrat wurde durch den Zentrumsabgeordneten Lebacher unter starkem Beifall des Landrats ausgesprochen, daß das Saargebiet es ablehnt, die Saargruben internationalen Syndikaten zu überantworten. Was diese Erklärung bedeutet, werden vor allem jene zu beurteilen wissen, denen bekannt ist, welche Pläne von französischer Seite geschmiedet wurden, um die Saargruben einem internationalen Konsortium auszuliefern.

Wenn die Möglichkeit besteht, daß auch die Saarfrage über kurz oder lang einer Lösung zugeführt werden kann, so hat die Saargebietsbevölkerung hierfür selbst die beste Unterlage geschaffen. Durch die Jahrtausendfeier an der Saar ist mit solch impulsiver Gewalt das Bekenntnis der Bevölkerung zum deutschen Vaterland, zum deutschen Volkstum zum Ausdruck und zum Durchbruch gekommen, daß alle Propagandamanöver der französischen Agenten und der französischen Presse das allgemeine Urteil über das unerschütterlich bestehende Deutschum an der Saar nicht ändern können. In einer Zentrumsversammlung am 18. November rückte das Landesratsmitglied Rektor Martin den Kernpunkt der französischen Saarpolitik in den Vordergrund seiner Betrachtungen und erklärte mit innerster Ueberzeugung und mit unbestreitbarer Berechtigung:

Frankreich hat vom Saargebiet politisch nicht das geringste mehr zu erwarten. Nicht nur keine politischen, auch keine wirtschaftlichen Geschäfte sind für Frankreich im Saargebiet

mehr zu tätigen. Deshalb muß nach seiner Auffassung ein Weg gefunden werden, um die im Versailler Diktat vorgesehene Rückerwerbung der Saargruben durch Deutschland durchzuführen. Auch die Ablösung der französischen Beteiligung an den saarländischen Werken sei ins Auge zu fassen und bilde eine wichtige und dankbare Aufgabe für unsere deutsch-saarländischen und reichsdeutschen Industriellen.

Mögen sich unsere politischen Parteien im Reiche an den saardeutschen Parteien wie auch an der Bevölkerung des Saargebiets erneut ein Beispiel nehmen, Fragen der deutschen Zukunft, des nationalen Willens und der deutschen Freiheit ebenso ruhig wie sachlich, aber auch ebenso bestimmt zu behandeln. Keine parteipolitische Erwägung darf Fragen des nationalen Interesses beeinflussen. Hier darf es keine Parteien, sondern nur Deutsche geben. Nur dann wird ein Erfolg der deutschen Politik zu erreichen sein. Nur dann wird der Geist von Locarno nicht nur die Fragen des Rheinlandes, sondern auch die Fragen des Saargebietes zu der Lösung führen, die allein der deutschen Zukunft dienlich und dem europäischen Frieden förderlich ist.

Ehrung für einen verdienstvollen Saardeutschen.

Der Verein Deutscher Eisenhüttenleute hat auf einstimmigen Beschluß des Vorstandes dem Hüttenbesitzer Dr. Hermann Röschling-Wöllingen die Karl-Lueg-Gedenkmünze verliehen. In der Ueberreichungsansprache feierte der Vorsitzende, Generaldirektor Bögl, Herrn Dr. Röschling als verdienten Eisenhüttenmann und gleichzeitig als einen ferndeutschen Vertreter des deutschen Saargebiets. Die von der Ortsgruppe Duisburg des Bundes der Saar-Vereine am vergangenen Sonntag veranstaltete große Saarfundgebung landete an Herrn Dr. Röschling aus Anlaß dieser Auszeichnung folgendes Drahtruf:

„Dem verdienstvollen Landsmann zur wohlverdienten Ehrung durch den Verein Deutscher Eisenhüttenleute von unserer Saarfundgebung nach dem eindrucksvollen Vortrag des Verwaltungsdirektors Vogel, Berlin, herzlichsten Glückwunsch.“

Preußen- und Bayerntreue an der Saar.

Die Locarno-Konferenz und was später darüber geschrieben und prophezeit wurde, hat auch die Saarfrage wieder in den Vordergrund der Erörterungen in der Öffentlichkeit gestellt. Was noch vor zwei und drei Jahren für völlig unwahrscheinlich galt, daß nämlich vor der mit 1935 ablaufenden Abstimmungsfrist eine Entscheidung über das Saargebiet nicht fallen werde, ist durch die zwangsläufige Entwicklung der Verhältnisse in einen andern Gesichtswinkel gerückt worden. Heute liegen die Dinge sogar so, daß aus dem Saargebiet heraus selbst die Feststellung ergeht, daß eine Vorverlegung der Abstimmung ohne gleichzeitige Vorverlegung des Endtermins für die Besatzungsfristen in den besetzten Gebieten aus politischen und technischen Erwägungen heraus unmöglich erscheint.

Aus dieser Tatsache ergibt sich die Feststellung, daß eine Saarabstimmung wesentlich früher als im Jahre 1935 und damit die Rückkehr des Saargebiets zu Deutschlands, d. h. zu Preußen und zu Bayern erfolgen wird. In einer saardeutschen Zeitung fanden wir in einer Abhandlung über ein ganz anderes Thema u. a. einen Satz, der die Frage behandelte, was geschehen möge und könne, „wenn das Saargebiet erst wieder frei und stolz zu Preußen und zum Reich gehört.“ Eine solche Äußerung kann leicht zu Mißverständnissen führen, oder zur Schaffung zu Mißverständnissen ausgenutzt werden. Wir wissen sehr wohl, daß gewisse Kreise des Saargebiets, die zum größten Teil vor dem Kriege kaum wußten, ob das Saargebiet zu Preußen, Bayern oder Lothringen gehörte, ein Interesse daran haben, die einstigen Grenzpfähle möglichst so zu verschieben, daß ein Dritter daraus seinen Nutzen zieht. Diese Bestrebungen haben nicht den Erfolg gehabt, den man sich von den hierfür ausgeworfenen Millionen versprochen hatte. Das deutsche Volkstum an der Saar steht heute fester und unerschütterlicher denn je. Die bei Unterjochung fremder Völker seitens Frankreich so gern geübte Wechsellpolitik Zunderbrot und Peitsche hat im Saargebiet nicht vermocht, auch nur einen einzigen Einsässigen wandeln zu lassen in seiner Treue zum Reich, zu Preußen.

Trotzdem nun von Locarno aus ein neuer Geist angekündigt wurde, der zunächst die Verhältnisse im Westen auf die rein vertraglich festgelegten Zustände zurückführen soll, ist noch immer

nicht davon die Rede, daß man französischerseits der französischen Propagandastelle an der Saar die Betriebsmittel entzogen hätte. Sie arbeitet trotz allem, wenn auch erfolglos, weiter. Da alle bisher angewandten Mittel und alle Formen der französischen Propaganda nicht vermocht haben, den gesteckten Zielen auch nur einen kleinen Schritt näher zu kommen, so versucht man es auf eine neue Art. Es ist nicht ohne Bedeutung, wie eng man die einst so weitgegriffenen Ziele zurückgesteckt hat. Zuerst ließ die französische Propaganda darauf hinaus, daß Saargebiet glattweg zu annektieren. Die in dieser Richtung geführten Versuche zerfielen wie ein hilfloses Schiff auf scharfem Eiseneriff. Man predigte dann die Parole „Das Saarland den Saarländern“ in allen Tonarten, schuf den „Saarbund“ und gab dem französischen Propagandaorgan ein neues Gesicht. Der Erfolg blieb trotz allem Null. Neuerdings macht man in Parisismus, setzt sich dann und wann auch die Maske eines biedereren „deutschen Republikaners“ auf, ohne daß es gelingt, die französische Propagandafrage damit völlig zu verdecken.

In allerjüngster Zeit hat man ein neues Mittel eronnen, um die Bevölkerung an der Saar gegeneinander und die Gesamtbevölkerung gegen Preußen und Bayern aufzubringen. Man flüstert vor allem in dem pfälzischen Teil des Saargebiets den Leuten ins Ohr, daß Preußen darauf ausgehe, bei einer etwaigen Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland das gesamte Saargebiet einschließlich seines pfälzischen Teiles zu schließen. Man behauptet, die im Saargebiet gebliebenen preußischen Beamten hätten dafür gesorgt, daß systematisch die preußischen Gesetze im Rahmen der Saargebietsverwaltung auch auf Bayern ausgedehnt wurden, so daß sich der pfälzische Teil des Saargebiets schon an diese preußische Gesetzgebung wie überhaupt an die Regelung des gesamten Verwaltungswesens von Saarbrücken aus gewöhnt hätte. Preußens Ziele hätten also auf dem Umwege über die Saarregierung bereits den Erfolg gehabt, daß man in der Bevölkerung des pfälzischen Teiles selbst nach der Rückkehr des Saargebiets zum Deutschen Reich gar kein Interesse mehr daran hätte, die bayerischen Grenzpfähle wieder wie ehemals an der Saar aufzurichten.

Wir glauben nicht, daß im pfälzischen Teil des Saargebietes irgend jemand diesen Märchen irgendwelche Bedeutung beimißt. Eines ist gewiß, und die fünf Jahre gemeinsamen Kampfes um deutsches Volkstum haben das bewiesen, daß Bayern und Preußen an der Saar in gleicher Treue ihren deutschen Heimatboden verteidigt haben. Aber ebenso gewiß ist, daß ihre Treue zu ihrem angestammten Landesstaat nicht einen Augenblick gewankt hat. Und wenn einst die Stunde der endlichen Befreiung auch für das Saargebiet schlägt, dann wird Bayern seine saarpfälzischen und Preußen seine saarpreußischen Landestinder wieder mit sich vereinen können und ihnen bestätigen, daß sie als Bayern und Preußen mit ihrer Treue zum deutschen Vaterlande auch die Treue zum angestammten Bayern- und Preußenland gehalten haben. Man wird dann an der Saar wie ehedem die weiß-blauen Grenzpfähle aufstellen, nicht um zu

trennen, sondern um damit zu beweisen, daß deutsche Treue trotz schwerster Not unter dem Gewaltsystem fremder Herrschaft nicht verblasen kann gegenüber deutschen Stammesländern, die in ihrer Gesamtheit das deutsche Reich geschaffen haben. Und wie gerade an der Saar die preußischen und bayerischen freundschaftlichen Beziehungen stets die besten gewesen sind, so wird es auch in Zukunft sein. Die Saarpreußen werden ebenso gern in die Pfalz hinein, in den Pfälzer Wald wandern, um mit ihren Pfälzer Nachbarn gute Freundschaft zu halten, wie auf der anderen Seite die Pfälzer ihre preußischen Saarnachbarn aufsuchen werden, um einen Beweis dafür zu erbringen, daß Deutschlands Söhne, mögen sie sich Bayern oder Preußen nennen, sich um so einiger und stärker fühlen, je vollkommener ihnen ihre Stammeseigenheiten und Stammesgrenzen belassen bleiben. Fünf Jahre Saarkampf haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß auf deutscher Wacht in der Südwestecke Deutschlands ohne Wanken Preußen- und Bayerntreue stehen: Lieb Vaterland magst ruhig sein!

Die Notwendigkeit der Änderung des Völkerbundesregimes an der Saar.

Im „Berliner Tageblatt“ befaßte sich der Chefredakteur des Blattes, Theodor Wolff, in einer längeren Betrachtung über die durch Locarno neu geschaffene gesamtpolitische Lage auch mit der Frage, weshalb die Saarfrage in Locarno keine Regelung erfahren hat. Er sagt hierzu auf Grund seiner Informationen in Paris:

„Die Saarfrage beispielsweise hat in den Verhandlungen aus guten Gründen keine Rolle gespielt. Es ist zum mindesten zweifelhaft, ob Deutschland auf eine frühere Festsetzung des Abstimmungstermins im Saargebiet dringen soll, solange nicht das ganze Rheinland geräumt worden ist. Würde das Saargebiet jetzt, vor der Räumung des Rheinlandes, für deutsch erklärt werden, so würde ihm, als einem Teil des linken Rheinufers und als einer Enklave zwischen dem noch besetzten Rheinland und Frankreich, gleichfalls die Besetzung durch französische Truppen drohen. Diese Frage kann also erst geregelt werden, wenn man von den Räumungsfristen, von der schnelleren Räumung der zweiten und dritten Rheinlandzone sprechen wird.“

Theodor Wolff gibt in dieser Frage etwa die gleiche Auffassung wieder, wie sie von uns schon in Nummer 21 des „Saar-Freund“ zum Ausdruck kam. Auf die „guten Gründe“ geht Theodor Wolff nicht näher ein, doch ergibt sich aus seinen weiteren Ausführungen, daß man sich für die Verhandlungen in Locarno an gewisse Richtlinien gehalten hat, um den Komplex der zu behandelnden Fragen nicht gar zu sehr in die Weite gehen zu lassen, worunter das Ergebnis der Gesamtverhandlungen hätte leiden müssen.

Zweifellos ist es richtig, und wir haben selbst darauf hingewiesen, daß die Frage der Verkürzung der Räumungsfristen Voraussetzung sein muß für die Neuregelung der Saarfrage. Theodor Wolff weist durchaus mit Recht darauf hin, daß die Regelung der Saarfrage vor der Räumung des gesamten Rheinlandes unmöglich erscheinen muß, — wobei er übrigens den sehr unglücklich gewählten Ausdruck von der Deutsch-Erklärung des Saargebietes gebraucht. Das Saargebiet braucht nicht erst für deutsch erklärt zu werden, da es immer deutsch war und deutsch bleiben will. Wie die Dinge heute zu liegen scheinen, kann es kaum noch ein Zweifel darüber geben, daß die Saarfrage über kurz oder lang auf Grund des Paragraphen 38 des Saarstatuts durch besondere Vereinbarungen zwischen Deutschland und Frankreich eine Neuregelung finden muß und wird. Ob diese Regelung sich in der Richtung einer Vorverlegung der Abstimmung oder einer Vorentscheidung auf Grund der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung bewegen wird, ist eine Frage, die augenblicklich nicht zur Erörterung steht. Ueber eines aber dürfte Klarheit bestehen: das Verwaltungsregime, wie es bisher im Saargebiet trotz der klaren Bestimmungen des Versailler Diktates und trotz der nicht minder klaren Instruktion des Völkerbundes an die Regierungskommission zur Anwendung kam, muß geändert werden, und zwar im Sinne und Geiste der Bestimmungen, wie sie hierfür in Versailles aufgestellt worden sind. Man hat nach den allerjüngsten Vorgängen im Saargebiet nicht den Eindruck, daß die derzeitige Regierungskommission noch die Absicht hat, ihre bisherigen Verwaltungsmethoden zu ändern. Der neue Geist wird sich sehr wahrscheinlich auch im Saargebiet erst durchsetzen, wenn die Auswirkungen des neuen Geistes von Paris aus sich auch auf die Saarregierung ergießen, bis von dort her entsprechende Anweisungen gegeben werden. Obwohl nach der Entwicklung der Dinge der „Geist von Locarno“ ge-

wisse Rückwirkungen auch im Saargebiet veranlassen wird, so wird dennoch nicht verkannt werden dürfen, daß einzelne Grundfragen der Saarverwaltung bereits eine Festlegung erfahren haben, die sich nicht ohne weiteres abändern lassen werden. Auf Grund ihres alleinigen Auslegungsrechtes hat die Saarregierung bereits bestimmte Tatsachen geschaffen, die nach Art. 1, Abs. 2 des rechtlichen Schiedsvertrages keiner Abänderung auf Grund dieses Vertrages mehr unterzogen werden können. Das ganze System der Saarverwaltung ist nach einer ganz bestimmten Richtung aufgebaut, so daß nicht mit Fug und Recht eine Änderung zu erzielen ist, sondern nur durch einen radikalen Systemwechsel. So spricht Artikel 45 des Versailler Diktates davon, daß der Völkerbund als Treuhänder im Saargebiet auftritt. In einer längeren beachtenswerten Auslegung der „Saarbrücker Landeszeitung“ vom 6. Oktober 1925 wird diese Frage der Treuhänderschaft des Völkerbundes gegenüber dem Saargebiet näher untersucht. Unter Heranziehung des englischen Trustrechtes ergibt sich nach den Ausführungen in dem genannten Blatt für die Treuhänderverwaltung des Völkerbundes folgendes:

Da erst 1935 erkennbar wird, für wen das Gebiet tatsächlich verwaltet wurde, bis dahin also die Verwaltung niemand zu liebe und niemand zu leide geführt werden mußte, wäre ihr Ziel offenbar die größtmögliche Selbständigkeit der Organisation und Unabhängigkeit von außerstaatlichen Gesichtspunkten, damit je nach Ausfall der Abstimmung die Einderleibung in das Staatsgebiet jedes Anwärters sich gleichermaßen reibungslos vollziehen könne. Ihre Richtlinien wären allmähliche Loslösung des Saargebietes von seinem Mutterland, besonders auch hinsichtlich seiner Rechtsordnung und Schaffung einer eigenen Gesetzgebung, aufgebaut allein auf den Bedürfnissen des Gebietes selbst. In der Tat ist das auch der Standpunkt der Regierungskommission. So sagt sie im zehnten Bericht, Abschnitt „Politische und wirtschaftliche Selbständigkeit des Saargebietes“:

„Die Regierungskommission kann nur unter Nichtberücksichtigung des Geistes und des Buchstabens des Friedensvertrages und nur dann, wenn sie der ihr anvertrauten Mission untreu werden würde, von allen zur Verwirklichung der politischen Selbständigkeit der Verwaltung des Saargebietes geeigneten Maßnahmen Abstand nehmen.“

Und in dem gleichen Bericht an einer anderen Stelle:

„Das für die Bewohner des Saargebietes im Friedensvertrag vorgesehene Statut ist derart festgelegt worden, daß sie später in voller Unabhängigkeit ihre eigenen Geschicke bestimmen können. In ihrem eigenen Interesse und zur Sicherung einer unbeeinflussten Volksabstimmung im Jahre 1935 müssen sie von jetzt an einer vollständig selbständigen Regierungsform unterworfen werden. Diese Autonomie wäre jedoch nicht zu verwirklichen, wenn die Bande, die das Saargebiet sowohl in politischer Hinsicht wie auch bezüglich der Verwaltung mit dem Deutschen Reich, Preußen und Bayern verknüpfen, nicht naheinander gelöst würden.“

In diesen Auslassungen liegt der Schlüssel zu der ganzen offiziellen Politik der Regierungskommission.

Gerade hier empfindet man den Mangel einer Veröffentlichung der Motive und Protokolle zum Friedensvertrag mit Bayern. Und doch ist es m. E. möglich, aus dem, was bisher über die Verhandlungen bekannt geworden ist und unter Berücksichtigung der historisch-politischen Tendenzen, die die herrschenden Männer der alliierten Regierungen beeinflussten, die wahren Motive, die für die Auslegung der das Saargebiet betreffenden Bestimmungen maßgebend sind, richtig zu erkennen. Zu diesem Zwecke muß eine genaue Untersuchung auch die psychischen Kräfte und Einflüsse bewerten, die in Versailles am Werke waren. Man stelle sich die Atmosphäre in Versailles vor, wie sie mit anschaulicher Lebendigkeit von Keynes (Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrags) geschildert ist. Der diplomatische Kampf um die Friedensbedingungen, insonderheit auch um unser Saarstatut, wurde von den Franzosen, an ihrer Spitze dem in allen Schachzügen diplomatischer Felherrnkunst bewanderten Clemenceau, mit einem Raffinement und einer Energie geführt, die dem beendeten Kampf der Waffen nichts nachgab. Der Gegner dieses Duells fand auf der einen Seite Clemenceau, auf der anderen Seite Wilson, neben denen Lloyd George und erst recht Orlando nur die Rolle von Sekundanten spielten. „Die Führung lag bei den Franzosen“, sagt Keynes. Und nun muß man sich in die seelische Einstellung des amerikanischen Präsidenten hineinsetzen, der mit einer Welt von politischen Idealen über den Ozean gekommen war, um dem zerfleischten Europa seinen Völkerbund und seinen Gerechtigkeitsfrieden zu bringen, der aber der in Generationen von Diplomaten geschulten Kampfesweise der Franzosen gegenüber versagen mußte. „Dieser blinde und taube Don Quixotte trat in eine Höhle, wo die schnelle und blühende Klinge in der Hand seines Gegners war.“ Es ist notwendig, sich die Atmosphäre der Verhandlungen, insbesondere die Einstellung des Gegenspielers Clemenceau bei der Beratung des Saarproblems zu vergegenwärtigen, um die richtige Plattform für das Einschätzen des Wilsonschen Einflusses auf das Zustandekommen der Vertragsbestimmungen zu gewinnen und darauf aufbauend den rechten Blick für das Herauslesen der Motive. Freilich, die Würdigung der Bestimmungen des Vertrages, der „in diesem verwickelten Kampf menschlicher Entschlüsse und Absichten“ zustande gekommen ist, und das Erkennen ihrer Motive ist erheblich schwieriger als das Erkennen der Motive eines Gesetzes. Denn hier ist jede von den Franzosen vorgebrachte Argumentation auf die Ideenwelt des Präsidenten zugeschnitten, jede von ihnen vorgelegte Fassung „in die erhabene Sprache der Freiheit und internationalen Gleichheit gekleidet“, mit dem geheimen Vorbehalt, daß die praktische Durchführung der Bestimmungen und ihre Auslegung das wahre Ziel der französischen Politik nicht behindern kann, nämlich die Schwächung des deutschen Wirtschaftssystems und der politischen Macht Deutschlands. Es bedürfte der tiefstehenden Arbeit des Historikers, dem alle Materialien zur Verfügung ständen, um die verwickelten Fäden zu entwirren und dem Juristen die Grundlage zu schaffen, auf der er seine Deduktionen für die Motive aufbauen kann.

Nach welchen Richtlinien die treuhänderische Verwaltung zu führen wäre, wenn die Auffassung der Regierungskommission die richtige wäre, geht aus dem eingangs Gesagten hervor. Diese Auffassung ist falsch. Wie Tardieu in seinem Buch *Le Paix* erzählt, ist die Tatsache, daß durch den Vertrag den Franzosen mehr zugestanden wurde, als das Ausbeutungsrecht an den fiskalischen Gruben, darauf zurückzuführen, daß man Schwierigkeiten zwischen deutscher und französischer Regierung voraussah, die durch Einräumung einer Selbständigkeit in der Verwaltung des Saargebietes ausgeräumt werden sollten. Es waren also lediglich wirtschaftliche, unter keinen Umständen politische Gesichtspunkte, die den Ausschlag gaben und die die abnorme Stellung des Saargebietes veranlaßten. „L'argument historique, que l'Allemagne employait contre la France en 1871, est périlleux. Evitons de nous en servir“ sagte der Präsident einmal. Nachdem es von den französischen Unterhändlern aufgegeben war, mit politischen Gründen zu argumentieren, wurden die Verhandlungen lediglich von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus geführt. Das Problem war ein rein ökonomisches geworden. Ein geheimer Vorbehalt, aus dem ausgesprochen als wirtschaftlich gewollten Bestimmungen politische Vorteile zu ziehen, muß ungültig sein. Daß Frankreich auch in politischer Hinsicht ein im Vertrag verankertes Recht erhalten hat, nämlich die Expektanz, in 15 Jahren durch Volksabstimmung das Gebiet zu erhalten, beweist nicht, daß Frankreich politischen Ambitionen nachgegeben werden sollte, es beweist nur, daß Wilson genau, wie die Autoren des Vorschlages es berechnet hatten, von diesem scheinbaren Eingehen auf seine Ideen geblendet war, und, wiewohl Frankreich dadurch auch politisch begünstigt wurde, glaubte, an dieser Frage die Einigung nicht scheitern lassen zu dürfen, weil im übrigen die Verbindung des Saargebietes mit dem Deutschen Reich nicht mehr unterbrochen war, als die wirtschaftlichen Interessen des Saargebietes es seiner Auffassung nach unbedingt erheischten. Und als

der Vertrag geschlossen war, da glaubte Wilson festgesetzt, daß ein Werk vollbracht war, das in seinen Grundzügen einen Triumph der Gerechtigkeit und Völkerveröhnung darstellte. (Vergl. Keynes, S. 41.)

Nicht, was man französischerseits insgeheim sich dachte und später aus den Bestimmungen herauszulesen beabsichtigte, ist das Leitmotiv des Vertrages geworden, sondern der im vorigen umrissene Wille des Präsidenten. Es widerspräche dem Grundsatz von Treu und Glauben, der auch im Völkerrecht Anwendung findet, und hieße dem Völkerrecht als einem wirklichen Recht den Todesstoß versetzen, wollte man annehmen, daß das Recht sein sollte, was durch diplomatische Kunststücke in den Vertrag hineingekommen ist und wenn man das, was bewußt unklar gehalten ist, im Sinne des geheimen Vorbehalts der Täuschenden auslegen wollte.

Demgemäß sind zwar die unzweideutigen Bestimmungen des Statuts so hinzunehmen, wie sie sind. Wo aber der Vertrag eine verschiedene Auslegung zuläßt, da ist zur Grundlage der Interpretation nicht der geheime Vorbehalt der Franzosen zu machen, sondern der ökonomische Grundgedanke Wilsons.

Wollte man nun der Regierungskommission in ihrer offiziellen Auffassung folgen, so würde sich unter Berücksichtigung der aus ihr zu ziehenden Konsequenzen eine Rechtslage ergeben, die eine Trennung des Saargebietes von seinem Mutterlande in einem Maße guthieße, das zu dem klar ausgesprochenen Willen des Präsidenten in direktem Gegensatz stünde und die in der Expektanz für Frankreich liegenden politischen Begünstigungen erheblich überschreiten würde. Unter dem Blickpunkt, daß die Lockerung des Verhältnisses zwischen dem Saargebiet und seinem Mutterlande nicht größer sein soll als unbedingt für die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen Frankreichs notwendig ist, läßt es sich auch durchaus verstehen, daß der Vertrag eine Regierungsform gewählt hat, die das Recht der Souveränität Deutschland beläßt, die gesamte Ausübung der Staatshoheitsrechte aber einer fremden, unparteiischen Macht überträgt. Diese Treuhänderauffassung der Regierungskommission, d. h. die Auffassung, daß die treuhänderische Verwaltung pro incerto ist, m. a. W. für ein Völkerrechtsobjekt von dreien, das erst in der künftigen Volksabstimmung bestimmt werden soll, ist falsch, weil bei einer derartigen Schlussfolgerung die zum Motiv des Vertrages gewordenen Leitgedanken einfach nicht berücksichtigt werden.

Diese Auffassung wird auch gestützt durch verschiedene Bestimmungen des Vertrages, die zum mindesten nicht notwendig gewesen wären, wenn man sich auf den Standpunkt der Treuhänderchaft pro incerto stellt, die aber sehr verständlich bei Würdigung des Wilsonschen Grundgedankens und der hier vertretenen Deduktionen erscheinen. So bleiben nach § 23, Absatz 1, ohne daß etwa eine Uebergangsfrist festgesetzt würde, alle Gesetze und Verordnungen, die im Saargebiet am 11. November 1918 bestanden, in Kraft. (Abgesehen von dem mit Rücksicht auf den Kriegszustand getroffenen Bestimmungen.) Ferner wird das Steuersystem, wie es an dem genannten Stichtag in Kraft war, grundsätzlich beibehalten. (§ 26, Absatz 1.) Trennende Vorschriften erklären sich teils aus dem eingangs herausgeschälten Grundfals, den französischen Staat als Bergfiskus bei der Ausbeutung seiner Gruben unabhängig von deutschen Instanzen zu machen, um die Möglichkeit politisch unliebsamer Kontroversen auszuschalten, teils aus der ganzen Stellung des Saargebietes, das nur dem Rechte nach unter der Souveränität Deutschlands steht, so daß folgerichtig auch die Rechte der Bewohner, soweit sie aktiv an der Bildung des Staatswillens teilnahmen, suspendiert sein müssen. Daher die Einrichtung einer eigenen Berufungsinstanz für Zivil- und Strafsachen (§ 25, Absatz 2), daher die Außerkräftsetzung des Wahlrechts zu den Reichs- und Landesparlamenten.

Die entgegengesetzte Auffassung verneint sich übrigens von selbst, weil sie, in sich unmöglich, dem Grundsatz jedweder Treuhänderchaft widerspricht. Der Grundgedanke einer jeden Treuhänderchaft ist die Erhaltung des Trustfonds für den Treuhänder. Zur Substanz des Trustfonds, wie er im Saarstatut festgelegt ist, gehört das Saargebiet, wie es bei Abschluß des Vertrages sich befand mit allen Fäden und Verbindungen seines wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, die es mit Deutschland verknüpfen. Eine Treuhänderchaft pro incerto führt aber mit Notwendigkeit, wie gezeigt, zu einer Lösung der Verbindungen, die trotz aller Einschränkungen des Vertrages noch zwischen Deutschland und dem Saargebiet bestehen, weil der Verwalter der Hoheitsrechte des Deutschen Reiches diese Verbindungen nacheinander zerriß und die größtmögliche Selbständigkeit erstreben muß. Eine Treuhänderchaft pro incerto müßte also einseitig Deutschland benachteiligen und Frankreich begünstigen, eine Verwaltung, die für alle drei im § 34 benannten Anwärter in

gleichem Maßstabe den Truffonds „erhielte“, wäre daher in sich undurchführbar und unmöglich. Die Treuhänderauffassung der Regierungskommission führt sich somit selbst ad absurdum.

Aus alledem ergibt sich als argumentum e contrario der Schluß:

Sind als Leitmotiv für die Interpretation des Saarstatus die Wilsonschen Grundgedanken über die Lösung des Problems maßgebend, hat fernerhin der Vertrag in verschiedenen seiner Be-

stimmungen eine Verbindung mit Deutschland betont, die in einem unverständlichen Gegensatz zu der durch eine Treuhänder-schaft pro incerto geforderten allmählichen Lösung stehen würde, so kann Treuhänder des im Art. 49 ausgesprochenen Treuhandverhältnisses nur derjenige sein, der 1935 das Gebiet erhalten wird. Da außer diesem ein anderer als Deutschland nicht in Frage kommt, muß Deutschland derjenige sein, in dessen Sinn und zu dessen Gunsten die treuhänderische Verwaltung zu führen ist.

Zurück zu Deutschland.

Eine Locarno-Aussprache im Landesrat.

Die Sitzung des Landesrats vom 17. November gab Gelegenheit, die Auffassung des Saargebietes über Locarno zum Ausdruck zu bringen. Den Reigen der Sprecher eröffnete der Zentrumsabgeordnete Levacher. Er sprach zunächst u. a. Rhein und Pfalz anlässlich der angekündigten „Rückwirkungen“ die aufrichtigsten Grüße des Saargebietes aus, in der Hoffnung, daß für diese hartgeprüften Gebiete die Zeit der Bedrückung und des Leidens nunmehr abgekürzt sein möchten. Wir an der Saar haben, so fuhr der Redner fort, alles Interesse daran, daß der Vertrag von Locarno angenommen wird. Es gibt wenige Länder, die derart unter dem Zwiespalt und dem Haß gelitten haben wie das Saargebiet. Es ist jetzt Zeit, daß wir das bekommen, worauf wir Anspruch haben, nämlich ein Recht auf nationale Freiheit. Wir begrüßen den Schritt der Reichsregierung. Es

geht durch das Saargebiet ein tiefes Sehnen nach der deutschen Heimat.

Sobald es irgend möglich ist, muß diese Sehnsucht gestillt werden. Wir glauben aber nicht, daß durch kleine Mittel die Krankheit geheilt werden kann. Wir wollen die bedingungslose und möglichst baldige Rückkehr zu Preußen, Bayern und dem Reich. Wir scheuen die Volksabstimmung nicht. Wir können mit gutem Gewissen für 99 Prozent der Bevölkerung bei der Abstimmung garantieren. Eine Zwischenlösung gelangt nicht an die Wurzel des Übels. Wir müssen die Grenzen niederreißen, die zwischen uns und unserem Vaterland ausgerichtet sind. Wir fühlen uns im Saargebiet in der eigenen Heimat nicht wohl. Das Fundament, auf dem das Saarstatut ruht, ist

die große Lüge von den 150 000 Saarfranzosen.

Ein Statut, das auf einer derartig unsittlichen Grundlage ruht, kann nicht sittlich sein. Erst kürzlich sei durch Mitteilung der im Elß erschienenen Wochenschrift „Zukunft“ bekanntgeworden, daß der Betrug mit der Adresse der 150 000 Saarfranzosen durch Unterschriften zustande gekommen ist, die in lothringischen Ortschaften gesammelt wurden. Das Fundament ist unsittlich und ebenso der ganze Bau. Levacher zitiert sodann das Urteil des bekannten Rechtslehrers Schmidt, der gesagt hat, jedes nationale Volk empöre sich gegen den Gedanken, von Fremdlingen beherrscht zu werden. Noch größer und noch tiefer sei die Empörung bei dem Gedanken, daß nicht ein Fremder, sondern ein Kollegium von Fremdlingen die Herrschaft ausübe und daß das Volk zum Gegenstand der Vermittlung eines Interessenausgleichs gemacht werde.

Wenn die Staaten sich über das große Problem des Rheinlandes und das noch größere Elß-Lothringens geeinigt hätten, dann sollte es möglich sein, auch über das Saargebiet einig zu werden. Es sei wahrlich an der Zeit, die Saarfrage in friedlicher Weise zu lösen. Diese Regelung dürfe aber nicht, wie man verschiedentlich höre, auf Kosten der Bodenschätze unserer Heimat getroffen werden. Die Zentrumsfraktion lehne es ab, die Saargruben internationalen Syndikaten zu übereignen. Es sei notwendig, dies in aller Deffentlichkeit zu betonen, damit man auf der Gegenseite und bei den Neutralen klipp und klar unterrichtet sei.

Levacher kommt sodann auf

die Standale

zu sprechen, die Tag für Tag durch die Presse enthüllt würden und die nur von einer schlechten Verwaltung Zeugnis ablegten. Im Saargebiet sähen noch die Leute aus der Zeit Poincarés.

Wie steht es mit den französischen Garnisonen? so fragt Levacher weiter. Wir haben das Militär genau noch so, wie im Juni d. J. Nicht nur der Vertrag von Locarno verbiete diese Truppen, nein, ihre Anwesenheit widerspricht schon dem Vertrag von Versailles. Wir in Saarlouis sind noch mit einer Garnison behaftet und erleben es so durchschnittlich alle acht Tage,

daß man die Bürger bedroht (Polizei ist im Augenblick dann nicht zu haben), daß man nach Laternen schießt, saarländische Einwohner mit dem Bajonett vom Bürgersteig jagt usw. Ganz kürzlich erst habe die saarländische Gendarmerie den Befehl erhalten,

die französischen Offiziere zu grüßen,

obwohl die Nichtberechtigung dieser Forderung offensichtlich sei, da das französische Militär bekanntlich hier überhaupt sich zu Unrecht aufhält. Levacher übt sodann allerhöchste Kritik daran, daß

minderjährige Saarländer in der Fremdenlegion

festgehalten würden und mit ihrem Blut für die Interessen Frankreichs einstünden. Ich muß der Saarregierung den Vorwurf machen, daß sie all diesen Dingen nicht mit dem Ernst nachgegangen ist, den die Bevölkerung von ihr erwarten kann.

Auf die Wirtschaftsnot des Saargebietes übergehend, bemerkt Levacher, daß kein Volk in Europa, außer dem an der Saar, zwei Inflationen durchmachen mußte. Der Landesrat habe seinerzeit die Einführung des Franken abgelehnt.

Die Folgen der vertragswidrigen Einführung des Franken

zeigen sich u. a. in einer entsetzlichen Kreditnot, die kaum zu ertragen sei. Nachdem man auf Wunsch Frankreichs den Franken hier eingeführt hat, ließe man das Saargebiet hier in seiner Kreditnot sitzen. Das alles hätte vermieden werden können, wenn man, wie es die Pflicht der Regierungskommission war, und wie es der Versailler Vertrag verlangt, dem Saargebiet die Mark gelassen hätte. Was die Eisenbahn betrifft, so fänden sich französische Bahnen im Saargebiet, auf die Frankreich keinen Anspruch hat. (Es handelt sich um die Strecken Dillingen-Bufendorf, Merzig-Bekendorf.) Der Redner wünscht dringend, daß die Saarregierung endlich durch diplomatische Verhandlungen mit Frankreich diesen Zustand beseitige. Es sei ein Skandal, daß sich im Saargebiet teilweise Züge mit ausschließlich französischen Aufschriften befänden, z. B. „de Sarrebruck a Saarlöcherbach“. Levacher richtet an die Regierung die Frage, ob es zutreffend sei, daß für französische Militärtransporte Rückstände bis zu 10 Millionen Franken bestehen. Ein Zuruf gibt dem Redner Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß französisches Militär in der 1. Klasse weniger bezahle wie Saarländer in der 4. Ist es richtig, so fragt Levacher weiter, daß das Militär auch für Telefon und Telegraph im Saargebiet nichts bezahlt? Sind die Rechnungen der Post mit dem französischen Militär fertiggestellt oder nicht?

Bezüglich der Steuergesetzgebung nennt Levacher den Zustand unhaltbar, daß die Bergpolizei von der französischen Grubenverwaltung bezahlt werde, obwohl sie eine unabhängige Instanz sein müsse. Der Redner fragt weiter, wo die Steuern seien, welche die Gruben zum Staatshaushalt des Saargebietes geben sollen. Wer die Gruben ausbeute, müsse auch die gerechten Steuern dafür bezahlen. (Bekanntlich trägt Frankreich trotz des enormen Grubenbesitzes nur ein Siebentel zum Haushalt des Saargebietes bei.) Wenn Frankreich glaube, daß es die Gruben nicht bezahlen könne, dann möge es die Gruben zurückgeben. In Frankreich verkaufe man die Saarkohlen billiger als im Saargebiet selbst. Auch im Justizwesen sei vieles reformbedürftig. Während es in den oberen Stellen zu viele Richter gebe, sei man auf der anderen Seite dazu übergegangen, Referendare, die das große Abschlußexamen noch nicht hinter sich hätten, in Richterstellen zu beschäftigen. Die Assessoren hätten keinen Anreiz, im Saargebiet zu verbleiben, wenn sie erst nach 12 Jahren befördert würden. Wir wünschen, daß Verwaltung und Justiz von den fremdländischen Elementen gesäubert würden.

Levacher schloß mit folgenden Worten: „Ich wünsche, daß der Geist von Locarno nun endlich auch mal bei uns anfängt und daß man nicht mehr so autokratisch mit uns verfährt, wie bisher. Ich wünsche aber auch nicht, daß man versucht, durch Beruhigungsspielen etwas auszurichten. Ich wünsche eine Radikalkur, d. h.

möglichst baldige Rückkehr zu Deutschland.“

Als zweiter Redner beschäftigte sich Abg. Hoffmann (Soz.) zunächst mit Locarno und gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß Rückwirkungen sicherlich zu erwarten und heute schon festzustellen seien. Er ist weiter der Auffassung, daß auch im Saargebiet

nach Locarno kein Rault mehr

bleiben kann. Für die Leute, die unter der Herrschaft Poincarés hier in der Regierung geessen haben, ist jetzt kein Platz mehr vorhanden.

Der Poincarismus bei uns muß hier voll- ständig abgebaut werden.

Hoffmann wendet sich sodann gegen die ungerechte Verteilung der Steuerlasten. Während im Saargebiet das steuerfrei Existenzminimum nur 130 Franken betrage sei das Existenzminimum in Deutschland z. Bt. auf 80 Goldmark, ab 1. Januar sogar auf 100 Goldmark festgesetzt.

Als nächster Redner widerspricht Abg. Reinhardt (Komm.) aufs schärfste der Annahme des Vertrages von Locarno, da die Arbeiterschaft bei der in diesem Vertrag vorgesehenen ausdrücklichen Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages keinerlei Erleichterungen, sondern nur weitere Ausbeutungen zu erwarten habe. Der Völkerbund von Genf sei kein Bund von Völkern, sondern nichts anderes als ein Instrument des Entente-Imperialismus. Die kommunistische Fraktion wolle kein Parlament an der Saar, sondern sie verlange sofortige Rückkehr zu Deutschland.

Als letzter Redner ergriff Abg. Schmelzer (Dtsh.-saarl. Volksp.) das Wort. Er erhofft von dem

Eintritt Deutschlands in den Völkerbund

mancherlei nicht nur für das Saargebiet, denn das Saargebiet habe in bezug auf den Zeitpunkt des deutschen Völkerbundeintritts immer erklärt, daß es seine Interessen hinter die des ganzen Deutschlands zurückstelle. Wenn der Vertrag von Locarno von dem erwarteten Geist befeelt sei, dann würden sich zweifellos die gesamten Wirtschaftsverhältnisse bessern, nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt. Bei einer Besserung der Gesamtlage bessere sich dann automatisch natürlich auch die Lage der Arbeiter und der übrigen Berufsgruppen. Er sei vollständig davon überzeugt, daß diese Rückwirkungen eintreten werden. Schmelzer geht sodann auf den Vorwurf ein, daß eine innerparteiliche Vereinigung eine

Lösung der Saarfrage

abgelehnt habe, bevor die Rheinlandfrage gelöst sei. Man könne es der Bevölkerung nicht zumuten, daß, solange die Herrschaft der französischen Generale im Rheinland noch andauere sie aus dem Völkerbundsregen in die Rheinlandtraufe komme. Er begrüßte es lebhaft, daß auch durch den Sprecher der kommunistischen Fraktion der Ruf „Zurück zu Deutschland“ erhoben worden sei. Herr Levacher habe in so umfassender Weise die Brichtigkeit und die Anständigkeit der sich letzten Endes auf der Höhe von 150 000 Saarfranzosen anbahnenden tiefsten Verhältnisse gezeigt, daß er alles nur unterstreichen könne. Es erübrige sich, alle Klagen im einzelnen noch einmal zu wiederholen.

Schmelzer wendet sich sodann dem Haushaltsplan der Regierungskommission zu. Im Haushaltsplan der Saarregierung sei die 100prozentige Erhöhung der

Ausgaben für den Bedarf an Gehältern ausgefallen. Die 100prozentige Erhöhung könne nur durch eine noch weitere Vermehrung des Beamtenapparats veranlaßt werden. Das Sekretariat in Paris erfordere gegenüber 21 000 Franken im Jahre 1924 31 000 Franken im Jahre 1925. Wenn in Paris ein Sekretariat unterhalten würde, dann müsse man aber auch sorgen, daß in Berlin, das von mindestens ebenso großer Bedeutung für das Saargebiet sei, ein solches Sekretariat eingerichtet würde. Auffallend sei die Gehaltserhöhung bei der Generalfinanzkontrolle von 380 000 Franken auf 800 000 Franken. Diese Kontrollstelle funktionierte besonders schlecht, weil die Leitung ihrer Aufgabe nicht gewachsen sei. Ueber die Fremdenlegion habe Levacher schon gesprochen. Hier müsse mit größtem Nachdruck von der Regierungskommission vorgegangen werden. Vor wenigen Tagen erst habe sich wieder der Fall ereignet, daß ein junger Mann, ein halbes Kind noch, von 17 Jahren, in die Fremdenlegion eingestellt worden sei. Gegen die Erschwerung der Wiedererlangung der deutschen Nationalität muß ebenfalls Einspruch erhoben werden. Für die Förderung des Turnens habe die Regierungskommission im Etat von 1925 gar nichts übrig (hieraus spricht die gleiche Tendenz wie sie in der Völkerverkonferenz vorherrscht, die am liebsten jede sportliche Betätigung in Deutschland verbieten möchte. D. Sch.), während 1924 noch 3000 Franken vorgesehen seien. Die ausgesprochen feindselige Haltung der Regierungskommission der deutschen Turnerschaft gegenüber werde verhindern, daß die Turnerschaft noch gedeihe, wenn die Regierungskommission längst schon das Saargebiet verlassen habe.

Bei der Hochbauverwaltung fänden sich 650 000 Franken für die Unterhaltung militärischer Gebäude. Wenn die Regierungskommission das Militär für die Sicherheit der französischen Gruben halte, dann müssen auch die Gruben dafür aufkommen. Mit besonderem Nachdruck machte der Redner sodann den Staatskommissar auf den ungeheuerlichen Steuerdruck aufmerksam und forderte in Uebereinstimmung mit dem Zentrum und der sozialdemokratischen Partei Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums. Bezüglich der Kohlensteuer stellte Schmelzer fest, daß der französische Fiskus gut das Dreifache bezahlen könnte.

Abg. Schmelzer schloß seine Ausführungen: „Wenn der Geist von Locarno seinen Einzug auch in das Saargebiet hält, werden hoffentlich auch diese Dinge sich bessern. Dann wird hoffentlich der Haushaltsplan günstiger und etwas übersichtlicher sein.“

Zum Schlusse wurden von der Zentrumsfraktion nachfolgende Anträge eingebracht:

1. Die Regierungskommission wird aufgefordert, den früheren Rechtszustand in der Währungsfrage wieder herzustellen, d. h. die Markwährung wieder einzuführen.
2. Die Regierungskommission wird aufgefordert, sofort bei der französischen Regierung alle Schritte zu tun, damit die in der französischen Armee als Fremdenlegionäre zurückgehaltenen Saareinwohner entlassen werden.
3. Fordert die Zentrumsfraktion eine Reform der Steuergesetzgebung, wobei der französische Staat schärfer zur Steuerentrichtung heranzuziehen und die Lohn- und Gehaltssteuer sozialer ausgestaltet werden soll.

Der 4. Antrag der Zentrumsfraktion fordert, daß sämtliche im Saargebiet liegenden Strecken und Einrichtungen der ehemals elsass-lothringischen Reichseisenbahnen (von denen sich drei entgegen dem Versailler Vertrag in französischem Besitz befinden) dem Eisenbahnnetz des Saargebiets angegliedert werden.

Detterwirtschaft und Lohndrückerei auf den Saargruben.

Frankreich erlebt mit den in Versailles erschachteten Saargruben keine Freude mehr. Mit der Finanzmisere hat sich in Frankreich auch eine zunehmende Wirtschaftskrise eingestellt, die dadurch eine besondere Verschärfung erfahren hat, daß durch den Versailler Vertrag eine ganze Reihe hochwertiger Wirtschaftsgebiete dem französischen Wirtschaftskörper angegliedert wurden, die nun nicht mehr genügend Licht und Lust haben. Dadurch und in Verbindung mit dem langsamen Ausgleich der Wirtschaftsverhältnisse in Europa krankt die französische Wirtschaft in zunehmendem Maße. Sie leidet an Ueberproduktion mit steigendem Absatzmangel. Als völlig überflüssige Zugabe erweisen sich zudem die Saargruben, für deren Förderung nicht der genügende Absatz vorhanden ist. Die Einbeziehung des Saargebiets in das französische Zollsystem hat es mit sich gebracht, daß der natürliche

Ab Absatzmarkt für die Saargruben, nämlich Süddeutschland, verloren ging. In der Erwartung, daß sich die Dinge politisch wie wirtschaftlich so fortentwickeln würden, wie es in dem ursprünglichen französischen Annexionsplan dargestellt wurde, hatte man für die Verwaltung der Saargruben einen Apparat aufgezogen, der ausreichen würde, um ein Wirtschaftssystem in drei- bis vierfachen Umfang der Saargruben zu verwalten. Es kam hinzu, daß die in das Saargebiet entsandten Beamten sich weniger als Wirtschaftsorgane, sondern als Angehörige einer Besatzungstruppe fühlten, für die der „Boche“ alles bezahlen sollte. Man gewöhnte sich sehr bald ein Herrenleben an, für das die Deutschen alle Bequemlichkeiten zur Verfügung zu stellen oder zu bezahlen hatten. Daß darunter die technische Verwaltung der Gruben

selben mußte, war um so selbstverständlicher, als nur wenige genügend vorgebildete und verantwortungsvolle Persönlichkeiten für den Grubenbetrieb zur Verfügung standen.

Der technische Zustand der Gruben ging daher von Jahr zu Jahr mehr zurück; es riß eine Lotterwirtschaft ein, mit dem Erfolge, daß die Förderung mit zunehmenden Unkosten belastet wurde. Als sich die ersten Anzeichen für ein Zurückgehen der Rentabilität der Saargruben bemerkbar machten, glaubte man eine Aenderung dadurch herbeizuführen, daß man auf die Löhne der Bergarbeiter drückte. Daß diese Maßnahme die verkehrteste sein mußte, die man anwenden konnte, war für jeden Einsichtigen klar. Da es sich bei den Bergleuten aber durchweg um deutsche Arbeitskräfte handelt, so kümmerte man sich um die Klagen und Wünsche derselben so gut wie gar nicht, mehrfach kam es wegen Nichtberücksichtigung berechtigter Forderungen der Bergleute zu Arbeitseinstellungen, als Folge davon zu Rückgängen in der Förderung.

Inzwischen ist die Betriebssicherheit auf den Saargruben durch völlig falsche Betriebsführung, durch Einsparungen an Verbaumaterial, durch ein völlig systemloses Abbaufahren so kritisch geworden, daß man selbst in den Kreisen der französischen Grubenverwaltung für die nächste Zukunft allgergröste Besorgnisse hat. Die mächtigsten Kohlenflöze hat man raubbauartig in Abbau genommen, während man die weniger ergiebigen liegen ließ. Ein solches Verfahren konnte zwar vorübergehend sich in einer verstärkten Förderung auswirken, auf die Dauer muß es aber nicht nur zu einem Zusammenbruch eines geordneten Abbauplanes und vor allem zu einem Zusammenbruch der Rentabilität der Saargruben führen.

In Paris hat man diese Vorgänge offenbar schon seit langem erkannt, ohne daß man den Willen oder die Macht hatte, durchzugreifen. Nach dem mehrfachen Regierungswechsel in Frankreich hat man sich schließlich in der französischen Kammer auf Grund von verschiedenen Veröffentlichungen in der Presse über die Korruptionsercheinungen im Saargrubenbetrieb der Dinge etwas angenommen und eine parlamentarische Untersuchungskommission in das Saarrevier entsandt. Was diese dort im Saargebiet zu sehen bekommen hat, ist scheinbar nicht sehr schmeichelhaft für die französische Grubenverwaltung in Saarbrücken. Da aber trotzdem von Seiten der französischen Regierung nicht mit dem nötigen energischen Willen an die Beseitigung dieser unhaltbaren Zustände herangegangen wird, so hat sich ein Mitglied der parlamentarischen Untersuchungskommission, der sozialistische Abgeordnete Uhrig, in die Öffentlichkeit geäußert. Vor etwa drei Wochen stellte er in dem französischen Gewerkschaftsorgan „Le Peuple“ fest, daß durch das Vorgehen der französischen Saargrubenverwaltung die deutsche Bergarbeiterschaft an der Saar nur noch mehr in ihrem Willen, bei Deutschland zu bleiben, bestärkt worden ist. Neuerdings veröffentlichte derselbe Abgeordnete in dem gleichen Blatt einen Aufsatz, der sich mit der Vetterwirtschaft auf den Saargruben beschäftigt. Darin gibt er folgende Beispiele für die auf den Saargruben eingerissene Gönnerwirtschaft:

„Ein ehemaliger Major namens Saillard, der seine Demission gegeben hat, weil er unter dem Regime der Trennung von Kirche und Staat nicht hat dienen wollen, und der alsdann Kohlenhändler in Besancon geworden ist, leitet die Handelsabteilung der Saargruben. Er hat seinen Bruder zum Direktor der Agentur in Basel, seinen Schwager zum Direktor der Agentur in Nancy und seinen Schwiegersohn zum Direktor der Agentur in Reims gemacht. Dazu kommen in untergeordneten Stellen Neffen, Vettern und entferntere Verwandte, auch seine Freunde hat er placiert, u. a. die ehemaligen Majore Breuce, Betsel und Kollmer. Saillard verdient rund 120 000 Franken und die schlechtest Bezahlten seiner Günstlinge 50 000 Franken.“

In einem weiteren Artikel behandelt der Abgeordnete Uhrig im „Peuple“ weiterhin die Frage der Vergeudung von Geldern der Saargruben zur Bezahlung der Gehälter untätiger, uneigener oder überflüssiger Beamten. Dabei schneidet Uhrig die Frage der Zurückgabe der Saargruben an Deutschland an mit der Aufforderung an den Minister des Aeußern, bald zu prüfen, „in welcher eleganter Form man Deutschland das Saargebiet zurückerstatten kann.“ Man müßte in einer internationalen Lösung das Mittel suchen, Frankreich den Bezug von Saarkohlen zu sichern. Weiter heißt es in dem Artikel:

„Statt im allgemeinen Interesse zu arbeiten, haben die, die wir zu unserem Unglück nach dem Saargebiet entsandt haben, besonders daran gedacht, „mitzuverdienen“. Die großen Ausgaben, die wir gemacht haben, die neuen Arbeiten, die ungeheure Kosten verursacht haben, zum Beispiel der Bau von Kirchen und anderes in einem Lande, das wir nur sehr mangelhaft in der Hand haben, bedeuten einen wirklichen Skandal. Die Saarbevölkerung hat notwendigerweise die Proteste gehört, die alle ehrlichen Menschen erheben mußten, und die wachsende Unzufriedenheit, die sich in der Bevölkerung und besonders unter den Bergarbeitern zeigte, mußte uns alle Sympathien verderben.“

Die „Saarbrücker Zeitung“ erblickt die „elegante Form“ zur Lösung der Saarfrage in der Abstimmung, um die man sich aber heute in Frankreich herumdrücken möchte. Sie die Blamage der kommenden 99-prozentigen Abfuhr im Saargebiet zu ersparen und dabei noch in „eleganter Form“ ein gutes Geschäft zu machen, das heute schon verloren gegebene Saargebiet als willkommenes Tauschobjekt zu benutzen, — das wäre für Frankreich die genialste und vorteilhafteste Lösung. Die Sache hat nur einen Haken: Ob sich jemand findet, der so einfältig ist, auf diesen französischen Leim zu treten?

Diese Enthüllungen über die Mißwirtschaft in den Saargruben, die im Saargebiet an sich nicht überraschen, finden in saarländischen Bergarbeiterkreisen dennoch starke Beachtung. Die Ausführungen Uhrigs über die skandalöse Vetterwirtschaft, bei der nachgewiesenermaßen der schlechtbezahlteste Günstling der französischen Handelsabteilung der Saargruben 50 000 Franken verdient, bestärkten auf das genaueste die seit Jahren von der Bergarbeiterschaft mit wachsender Erbitterung vorgebrachten Klagen. Während die Löhne unter Hinweis auf die hohen Produktionskosten so niedrig gehalten werden, daß man ohne Uebertreibung von einer langsamen Verelendung des bodenständigen saarländischen Bergarbeiterstandes sprechen kann, läßt es die französische Bergverwaltung zu, daß auf der anderen Seite Millionen für Luxuszwede, Spießdienste und den übertrieben großen und kostspieligen Beamtenapparat verendet werden. Man ist im Saargebiet der Meinung, daß der neue Geist von Locarno auch hier seine Rückwirkungen zeigen müsse.

Inzwischen sind die Bergarbeiterverbände des Saargebiets mit neuen Lohnforderungen an die Saararubendverwaltung herangetreten; bis jetzt hat sich diese schwerhörig gestellt. Man kann aber wohl damit rechnen, daß die Saarbergleute dafür sorgen werden, daß man in der Saarbrücker Bergwerksdirektion vernimmt, wie wenig diese geneigt sind, Schwerhörigkeit anzuerkennen, wo es nichts anderes ist als Sorge darüber, daß die französischen Herren ihr bisheriges Drohenleben aufgeben müßten, wenn sie die berechtigten Forderungen der Saarbergleute berücksichtigen.

★

Regierungserhebungen über den Saargrubenstand?

Der neue französische Minister der öffentlichen Arbeiten, de Monzie, ist am 30. November in Saarbrücken eingetroffen. Man bringt seine Reise mit den Veröffentlichungen des Abg. Uhrig über die Skandalgeschichten in der franz. Saargrubenverwaltung in Verbindung. Wenn in der „Voss. Ztg.“ der Vermutung Ausdruck gegeben wird, die Reise hänge mit den Locarno-Vereinbarungen über das Saargebiet zusammen, so trifft das nach unsern Informationen nicht zu. Wie wiederholt gemeldet sind in Locarno keine Vereinbarungen über das Saargebiet getroffen worden. Wohl aber sind von franz. Seite Erhebungen darüber im Gange, ob sich aus wirtschaftlichen und politischen Gründen nicht eine Neuregelung der Saarfrage herbeiführen ließe in der Richtung der von dem Abg. Uhrig erwähnten „eleganten Lösung“.

Neu erschienen!

„Deutsch die Saar immerdar“

Was jeder Deutsche vom Saargebiet
und vom
„Bund der Saar-Vereine“ wissen muß

Unter diesem Motto hat der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Verwaltungsdirektor Th. Vogel-Berlin, ein Werkblatt mit zahlreichen prächtigen Kupferstichbildern und einer Karte des Saargebietes herausgegeben. Diese Druckschrift kann den Lesern des „Saar-Freund“ nur aufs wärmste empfohlen werden.

Preis RM. 1.—.

Zu beziehen durch die

Geschäftsstelle „Saar-Verein“
Berlin SW 11, Königgräßer Str. 94 II.

Die kirchliche Gestaltung des Saargebiets.

Zur Frage der kirchlichen Gestaltung des Saargebiets nimmt der durch seinen bekannten offenen Brief an die Regierungskommission als aufrechter deutscher Mann bekannte Pfarrer Bungarten in der „Saarbrücker Landeszeitung“ das Wort, um, wie er sagt, Klarheit und Wahrheit in die Frage der kirchlichen Gestaltung des Saargebiets zu bringen. Pfarrer Bungarten führt unter anderem aus:

Im Kampfe um die endgültige Einverleibung des Saargebiets nach Frankreich war der Streit um die kirchliche Abtrennung von Trier und Speyer die wichtigste Etappe. Heute ist der Kampf entschieden, und zwar zu unseren Gunsten auf der ganzen Linie. Das Saargebiet wird weder kirchlich noch politisch je vom Mutterlande getrennt werden, wenn es das nicht selber will. Und der Wille der überwiegend katholischen Saarbevölkerung ist klar zutage getreten bei tausend Anlässen. Es wäre undankbar und zeigte von böswilliger Geschichtsverdrehung, wollte man nach den Erörterungen im Saarlouiser Prozeß heute Steine werfen auf die, die in hellem Ringen um den Verbleib des katholischen Saarpvolkes bei Trier immer, unter allen Umständen an erster Stelle gestanden haben. Daß der selige Bischof Rorum, der allzeit getreue Eckehard des an seinem Vaterlande und an Trier hängenden Saarpvolkes gewesen ist, hat Dr. Schlich in einer Weise dargelegt, die jeden ehrlichen Gegner überzeugen muß. Gewiß mag Bischof Rorum und sein geistlicher Rat damals bisweilen den Gedanken erörtert haben, mit Rücksicht auf die zerfahrenen und manchmal trostlosen Verhältnisse an der Saar, hier eine Stelle zu schaffen, die ein Mittelglied aber auch ein Bindeglied hätte sein können zwischen Trier und Alerus und Volk an der Saar, eine Stelle, die nur dazu dagewesen wäre, des angestammten Trierer Diözesanbischofs Auge und Ohr und Mund zu sein. Ein solcher Gedanke hätte, wenn er verwirklicht worden wäre, keine Trennung, sondern nur eine stärkere Bindung mit Trier bedeutet. Zur Ausführung ist das nie gekommen, einmal, weil es sich als unnötig erwies, und dann, weil Trier auch den Schein vermeiden wollte, daß das Saargebiet eine eigene Verwaltung benötige und weil die bischöfliche Behörde auch nicht den kleinen Finger reichen wollte dem heißen Begehren der Regierungskommission, die Saarländer von Trier loszureißen, um ihre politischen Pläne besser durchführen zu können. So war es unter dem unvergeßlichen Bischof Rorum und so ist es geblieben unter seinem Nachfolger, bis auf den heutigen Tag. Schon gleich bei seinem ersten Erscheinen auf saarländischem Boden, schlugen unserem neuen Oberhirten, Dr. Bornwässer, die Herzen der Saarländer in heller Begeisterung zu aus dem Bewußtsein heraus, daß eine heilige Schicksalsgemeinschaft den neuen Bischof gerade mit seinen Saarländern verbinde.

Anfang Juli 1922 erfolgte der feierliche und glänzende Einzug unseres Bischofs in Saarbrücken. Bürgermeister Dr. Reikes hat damals aus dem Herzen des katholischen Saarlandes gesprochen, als er dem hohen Gaste den Willkommengruß entbot mit folgenden Worten:

„Wenn irgend etwas die Bevölkerung des Saargebiets auszeichnet, so ist es die Anhänglichkeit an die angestammten Autoritäten. Wir fühlen uns mit dem bischöflichen Stuhle in Trier verbunden zu unauf löslicher Gemeinschaft. Wie wir in der Vergangenheit stets in Treue dem bischöflichen Stuhle in Trier und seinem Inhaber angehangen haben, so soll auch in der Zukunft nichts diese Zusammengehörigkeit auseinanderreißen. So bieten wir uns denn heute unserem neuen Bischof an. Treue um Treue und Liebe um Liebe.“

Das war und ist die Stimme des Saarpvolkes damals und heute. Und erst der gewaltige saarländische Katholikentag am 3. Juni 1923! Es wäre nie diese feierliche und unerhörte Kundgebung geworden, wenn es diese 70 000—80 000 Männer des Saargebietes nicht gedrängt hätte ein „auf ewig ungeteilt“ den Bischöfen von Trier und Speyer zuzurufen: „Sie werden auch den Eindruck gewonnen haben, daß Sie sich auf ihre saarländischen Katholiken verlassen können. Komme, was kommen mag.“ (Worte des Bürgermeisters Dr. Reikes.)

Gewerkschaftssekretär Hillenbrand sprach damals zu den Bischöfen namens der Riesenversammlung im Hofe der Cäcilienkirche: „Wir fühlen uns eins mit unseren Herren Bischöfen und werden alle Versuche, die auf eine Abtrennung des Saargebiets von seiner Heimatdiözese hinstreben, auf das entschiedenste zurückweisen.“ Ganz besonders war an diesem Tage ein Redner des Tages, Rechtsanwalt Steegmann der Dolmetsch der saarländischen Katholiken, als er in der Erinnerung an den toten Bischof Rorum das Gelöbnis ablegte, dem Tausende zuzubeten:

„Wahren wir unserem toten, unvergeßlichen Bischof die Treue! Lohnen wir ihm seine Liebe zu uns mit unentwegter Standhaftigkeit im Glauben und mit treuer Anhänglichkeit an seinen hochwürdigen Nachfolger auf dem bischöflichen Stuhle zu Trier, der heute unter uns weilt und der die Herzen im Sturm erobert hat. Der Vertrag von Versailles hat das Saar-

gebiet vom deutschen Vaterland auf 15 Jahre abgetrennt. Er hat damit auch einen Schnitt durch unser Bistum Trier gemacht. Dieser Schnitt ist für uns katholische Saarländer nur auf dem Papier gezogen worden. Unsere Herzen stehen treu zu unserem angestammten Bischof, dem wir anhängen mit Herz und Hand nach wie vor und immerdar. Mit unserem Willen sollen die Bände, die uns mit dem Bistum verbinden, nie zerrissen werden. Auch das sei ein feierliches Gelöbnis dieser ersten Stunde. Ja, ewige Treue unserem angestammten, hochwürdigsten Herrn Bischof.“

Wer den Jubel erlebt hat, den vor zwei Jahren solche Worte auslösten, wer die Begeisterung geschaut, mit der die 70 000 Männer des Katholikentages dem Bekenntnis zu den Heimatdiözesen zugestimmt, der weiß, daß der feste Wille, mit Trier und Speyer unauf löslich verbunden zu bleiben, unaustilgbar auch heute noch in den Herzen der Saarländer lebt. Gerade die Entschliebung des Katholikentages betreffs Bekenntnis zu den Heimatdiözesen hat geschichtlichen Wert und ist ein Ehrenmal saarländischer, katholischer Treue zur Heimat und zur angestammten Diözese.

Und unser Bischof?

Nicht als Breuße, der seine Direktiven von Berlin erhält, sondern als katholischer Bischof, der seine Taten schöpft aus dem innersten Brunnennquell eines apostolischen Herzens, fühlt er seit der ersten Stunde seiner Trierer Hirten Tätigkeit genau wie sein saarländisches Volk; genau so denkt, spricht und handelt er. Nicht eine Stunde lang hat er das saarländische Volk im Zweifel gelassen, daß es für ihn eine Abtrennung von seinen saarländischen Katholiken im Saargebiet niemals gibt und geben kann. Aus übervollem Herzen rief er darum auf dem Katholikentag seinen Saarländern zu:

„Iuch Männern von der Saar rufe ich statt jeder Ermahnung mit dem Apostel zu: „Halte fest an dem, was du hast, was du gelernt hast und von dem du überzeugt bist, da du ja weißt, von wem du es hast.“ Und noch eine Bitte: Treue um Treue! Euer Bischof von Trier hat den Schwur geleistet, die Treue zu halten! Da bin ich auch der Treue meiner Saarländer zum Bischof von Trier gewiß.“

Noch ergreifender erklang das Treugelöbnis des Trierer Oberhirten an seine Saarländer in der Versammlung im Cäcilienkirche am Katholikentag:

„Der Trierer Bischof ist auch Bischof des Saargebietes. Der Trierer Bischof hat den Willen, es auch zu bleiben. Der Trierer Bischof hat die Treue gelobt, als er sein Amt übernahm. Er wird sie bewahren bis zum Tode. Treue um Treue. Ich weiß, daß Ihr sie halten werdet. Dieser saarländische Katholikentag hat die Bände der Liebe, die uns umschließt, noch fester und stärker gemacht.“

Das ist der Grundton im Leben der Sorge, Mühe und Arbeit unseres jetzigen Bischofs für sein treues Saargebiet. Ein solcher Bischof macht nicht schlapp und ist kein Separatist.

Wenn im Prozeß Reikes-Saarlouiser Journal und in den nachfolgenden Erklärungen noch die Namen anderer Herren genannt wurden, die in der Verwaltung der Diözese als geistliche Räte ihres Bischofs tätig sind, so kann ich auf Grund eigener Kenntnisse folgendes erklären: Herr Weihbischof Dr. Münch war lange genug Pfarrer des Saargebietes, um heute noch in Liebe und Treue dem Saarpvolke zugetan zu sein; er weiß, daß die Wurzeln der Kraft für das kirchliche Leben im Saargebiet in der innigen Vereinigung mit der trierischen Mutterkirche liegen. Aus dieser Überzeugung heraus ist er bis auf den heutigen Tag ein entschiedener Gegner aller Bestrebungen gewesen, das Band zwischen Saar und Trier zu lockern. Als Kenner der saarländischen Verhältnisse will er uns eins sein: der Anwalt des Saargebietes in seinem Verlangen, mit der Diözese Trier durch das alte ehrwürdige Band verbunden zu bleiben. Nur solche Hoffnungen knüpfen sich auch an seinen Namen, wenn dieser in den Wirren der Nachrevolutionszeit im Saargebiet genannt wurde, keine anderen. Freilich besteht auch die Vermutung, daß manchmal sein Name zur Förderung ihrer Pläne im Munde derer war, die damit Mißtrauen säen wollten unter der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Der Trier treu ergebene Saarländer weiß ihm keinen Dank für die Treue, mit der er zu uns steht. Auch an den Namen des Herrn Generalvikars Tilmann darf sich keine Hoffnung des kirchlichen Separatismus knüpfen. Heute ebensowenig wie vor vier oder fünf Jahren. Wie ich selbst vor einiger Zeit in einer Aussprache mit dem Herrn Generalvikar feststellte, weist er jede Erörterung des Gedankens, im Saargebiet eine Stelle als Bindeglied zwischen Trier und dem Saarpvolke und der Regierungskommission zu schaffen, heute als unnötig und verfehlt ab. Den gleichen Standpunkt hat immer, wie ich aus einer Unterredung entnehmen konnte, Herr Prälat Dr. Kaas eingenommen. So darf das katholische Saarpvolk überzeugt sein, daß wir unseren Herzenswunsch, auch nach der politischen Abgrenzung ungeteilt bei unserer Heimatdiözese als lebendiges Reis der trierischen Kirche zu bleiben, keine besseren An-

wälte und Förderer gehabt haben, als unsere Bischöfe und die bischöfliche Verwaltung in Trier. Das ist stets meine innerste Überzeugung gewesen. Wer für den kirchlichen Separatismus wirbt und eintritt, wird nicht nur an der Geschlossenheit der katholischen Saarländer, sondern auch an der Gesamtheit der bischöflichen Behörde in Trier den schärfsten Gegner haben. Einmal wird die Stunde kommen, wo auch unsere erbittertesten und verschlagensten Gegner von hüben und drüben ehrlich bekennen müssen: Alle Versuche, das erste Bollwerk im Kampfe um unser kirchliches Recht im Saargebiet zu nehmen, sind gescheitert an der Treue, mit der das katholische Saarland und seine geistlichen Hirten stets zusammengestanden haben.

Pfarrer Bungarten schließt seine Ausführungen mit einer dringenden Mahnung, im politischen Streit die Behörde, hier Trier und Rom, aus dem Spiel zu lassen. Wer im heikeln Grenzland der Saar kämpfen will, soll Mannes genug sein, für sein Tun und seine Methoden die volle Verantwortung selbst zu tragen. Ritterlich sei, sich im Kampfe vor seine Behörde zu stellen, und sich nicht hinter kirchliche Autorität zu verbergen.

Wir verstehen diese durchaus angebrachte Mahnung in jeder Richtung. Aus diesem Grunde halten wir es auch nicht für zweckmäßig, die Anzahl von Erklärungen, die in der von uns schon in der letzten Nummer des „Saar-Freund“ behandelten Affäre Reites-Kotton in der Saarpresse aufgetaucht sind, hier einzeln zu veröffentlichen. Es mögen aber jenen Leuten, die sich zu ihren Veröffentlichungen ausgerechnet auch den „Neuen Saar-Kurier“ ausgehakt haben, wie es die Herren Dr. Kotton, Valerius und Treib getan haben, gesagt sein, daß man dieserhalb über ihre Einstellung zum Deutschtum keine besonderen Gedanken haben kann. Im Saargebiet gibt es so viele deutsche Zeitungen, durch die die Saargebetsbevölkerung bis zum letzten Mann unterrichtet wird, daß es wirklich nicht nötig ist, auch noch den „Saar-Kurier“ mit seinen 1½hundert Zwangslesern zu bemühen. Wer sich an den „Saar-Kurier“ wendet, verrät bereits, daß ihm dessen Tendenzen nach der einen oder andern Richtung hin geistesverwandt sind.

Auf Grund unserer Veröffentlichungen in der letzten Nummer unter der Überschrift „Der Fall Kotton unter neuer Beleuchtung“ müssen wir noch auf die von Herrn Mejer aufgestellte Niederchrift des Herrn Josef Mily zurückkommen, die wir auf Grund der Veröffentlichungen in der Saarpresse im Wortlaut übernahmen. Darin hieß es im zweiten Absatz: „Das Auto der beiden Herren wurde nach Biesport geschickt, um Dr. Mumbauer (soll

ein bekannter Separatist sein. Red.) zu der Unterredung zu holen.“ Der hier erwähnte Dr. Mumbauer meldet sich nun in einer sehr deutlichen Erklärung als Pfarrer Johannes Mumbauer aus Einzig, der in der katholischen Literaturbewegung eine nicht unbekannte Rolle spielt. Pfarrer Mumbauer stellt auf das entschiedenste in Abrede, daß er „ein bekannter Separatist sein soll“. Das Gegenteil sei wahr: „er habe niemals etwas mit separatistischen Machenschaften zu tun gehabt, die er aufs schärfste verurteile und verurteilt habe. Er habe nie ein Fehl daraus gemacht, daß er sich kaum etwas Verächtlicheres denken könne als einen Separatisten“.

Wir nehmen von dieser Erklärung des Herrn Pfarrer Mumbauer ebenfalls aus der Saarpresse mit großer Genugtuung Kenntnis. Wenn durch den Abdruck des genannten Absatzes im „Saar-Freund“ Herr Pfarrer Mumbauer irgendwie in ein falsches Licht geraten sein sollte, so bedauern wir das aufs tiefste und bitten um Entschuldigung. Er darf versichert sein, daß er durch seine mannhafteste öffentliche Erklärung in jeder Beziehung untadelig dasteht. Für uns und für alle andern.

Nachdem wir auf Grund der Veröffentlichungen in der Saarpresse bereits die gegen Herrn Pfarrer Mumbauer erhobenen Verdächtigungen durch obige Bemerkungen richtiggestellt und zum Ausdruck gebracht hatten, daß hier ein Irrtum oder eine Verwechslung vorliegen müsse, ging uns von Herrn Rechtsanwalt und Notar Schönberg-Kassel ein längeres Schreiben zu, worin er ebenfalls Herrn Pfarrer Mumbauer in Schutz nimmt. Rechtsanwalt Schönberg sagt darin unter anderem:

„Pastor Mumbauer aus Biesport, jetzt Einzig, ist mir sehr gut bekannt und es ist ausgeschlossen, daß derselbe sonderbündlerische Neigungen hätte oder sich gar sonderbündlerisch betätigt hätte. Im Gegenteil war derselbe mein bester und sachkundigster Mitarbeiter in der Abwehr der französischen Kulturpropaganda. Pastor Mumbauer ist als einer der besten deutschen Literaturkenner und Literaturkritiker weit über die Grenzen des Rheinlandes und des katholischen Volksteiles hinaus bekannt und hochgeschätzt. Er hat sich mit seiner ganzen Persönlichkeit den gerade auch in seiner früheren Pfarrei hervortretenden landesverräterischen Bestrebungen der Sonderbündler entgegengestellt.“

Da der Name des Herrn Mumbauer in unmittelbarem Zusammenhang mit meiner Erklärung genannt wird, halte ich es für meine Pflicht, für die vaterländische und deutsche Gesinnung des Herrn Pfarrer Mumbauer auch an dieser Stelle Zeugnis abzulegen.“

Pfalzbanditen vor den Schranken des Saarbrücker Gerichts.

Vor dem Schöffengericht Saarbrücken spielte sich am 25. November d. Js. eine Verhandlung ab, die einen schwachen aber dennoch genug tiefen Blick in die Schreckenszeit des Pfalzseparatismus tun ließ. Wie wir seinerzeit meldeten, hatte sich während dieser Zeit ein saarländischer „Richter“, Assessor Schmidt, vor der Saarregierung beurlauben lassen, um alsbald in der Pfalz als einer der führenden separatistischen Persönlichkeiten aufzutreten, die die pfälzische Bevölkerung bis aufs Blut quälte und terrorisierte. Nachdem durch die aufrechte Haltung der rheinischen Bevölkerung an Ruhr, Rhein und in der Pfalz dieser übelste Auswurf der Menschheit daran gehindert worden war, sich zu einer dauernden Landplage zu entwickeln, hielt es der erwähnte Assessor Schmidt für angezeigt, sich bei der Saarregierung für seinen Dienst wieder zurückzumelden. Hierüber berichtete am 9. Januar 1925 die „Saarbrücker Zeitung“ folgendes:

Man schreibt uns: Dem Vernehmen nach hat sich der als „Ausweisungskommissar“ bei der separatistischen Pfalzregierung in Speyer tätig gewesene Gerichtsassessor Dr. Schmidt in den Justizdienst des Saargebietes zurückgemeldet. Dr. Schmidt ist in Böllingen geboren und war seit 1910 in Landstuhl wohnhaft. Nach dem Kriege war er kurze Zeit beim Land- und Amtsgericht in Saarbrücken tätig, wurde dann aus Gesundheitsrücksichten auf längere Zeit beurlaubt. Den Urlaub benutzte er, um ohne Genehmigung seiner vorgesetzten Behörde in fremde Dienste zu treten. Er ging zu der separatistischen, sogenannten autonomen Pfalzregierung in Speyer und wurde trotz seiner Jugend Rechtsbeistand von Heinz Orbis in Speyer. In dieser Eigenschaft arbeitete er vorzugsweise das Dezernat der Ausweisungen und Vermögensbeschlagnahmen an. Es ist bekannt, daß damals eine große Anzahl aufrechter Deutscher aus der Heimat ausgewiesen wurden. Dieser Mann nun, der mit dem separatistischen Gefindel zusammengearbeitet hat, will jetzt wieder in den Justizdienst des Saargebietes zurückkehren. Es ist an sich schon auffällig, daß die Regierungskommission diesen Mann nicht schon längst von jeder

Beamtenlaufbahn im deutschen Saargebiet ausgeschlossen hat. Wir nehmen an, daß es nur dieses Hinweises bedarf, damit der letzte Strich gezogen wird. Als gänzlich ausgeschlossen müssen wir es erachten, daß dieser Mann zu irgend einem Amte im Saargebiet zugelassen wird, geschweige denn zum Richteramt. Es kann wirklich einer rechtlich denkenden, treudeutschen Bevölkerung nicht zugemutet werden, von einem solchen Mann Recht zu empfangen. Auch kann den übrigen Beamten eine Zusammenarbeit mit ihm nicht zugemutet werden.

Am 6. Mai veröffentlichte dann das genannte Saarbrücker Blatt einen zweiten Aufsatz, in welchem es unter anderem hieß: Wir haben seinerzeit schon berichtet, daß ein saarländischer Richter, Assessor Schmidt, den traurigen Mut besessen hatte, sich der Verbrecherclique Heinz-Orbis anzuschließen und mit ihr gemeinsam in der Pfalz zu „arbeiten“. Herr Schmidt war „Ausweisungskommissar“. Wieviel Elend dieser „deutsche“ Verräter und Verbrecher am Deutschtum über brave, tapfere Pfälzer gebracht, er mag es vielleicht sonst noch einmal zu verantworten haben. Uns interessiert die Angelegenheit nach anderer Richtung. Es war an sich schon mehr als merkwürdig, daß Assessor Schmidt für seine Tätigkeit bei den Separatisten beurlaubt worden war. Aber als ganz selbstverständlich nahmen wir an, daß, nachdem die Angelegenheit einmal der Öffentlichkeit bekannt geworden, die Saarregierung, Abteilung des Innern, sich beeilt hatte, ihn zu entlassen. Weit gefehlt Schmidt wurde nur immer weiter beurlaubt. Zunächst getraute er sich zwar nicht, sich hier zu zeigen. Jetzt aber hat er die unglaubliche Kühnheit, sich zum Dienst zurückzumelden. Beim Amtsgericht Saarbrücken. Dadurch wird es auch bekannt, daß er bis heute nicht entlassen ist. Soll man eine solche Sachlage für möglich halten? Kann man einem deutschen Richter — und die Richter im Saargebiet sind nun einmal deutsch, da es bis Waffenstillstand im Saargebiet nur Deutsche gab — zumuten, mit diesem Separatisten zusammenzuarbeiten? Was aber noch schlimmer ist: Ein Mann mit solcher Vergangenheit soll nun über die Saarbevölkerung Recht sprechen! Wenn die

Regierungskommission, Abteilung des Innern, der Meinung ist, daß die Saarbevölkerung sich das gefallen läßt, so ist sie im Irrtum. Das wird nicht geschehen! Darauf mag sie sich verlassen!

Und endlich am 22. Mai 1925 brachte das Blatt zur Charakteristik der Schmidtschen Familie folgenden Schlusssatz:

In der „Saarbrücker Zeitung“ stand vor einigen Tagen ein Artikel, der sich mit dem Separatisten-Assessor Dr. Ferdinand Schmidt beschäftigte, der sich jetzt von seinem Urlaub d. h. von seinen separatistischen Heldentaten als Ausweisungskommissar bei dem Saarbrücker Gericht zurückgemeldet hat, um hier nach dem Zusammenbruch der pfälzischen Landesverräterei zur Abwechslung einmal den Hüter des Rechts und des Gesetzes zu spielen. Mit Freuden hören wir hier in Landstuhl, daß diese üble Persönlichkeit dort auch eine recht üble Aufnahme gefunden hat. Niemand hat es anders erwartet, er ist der Sohn einer der peinigtesten Erscheinungen in der schweren Zeit, die hinter uns liegt, der heute auch um sein Leben gerne vergessen machen möchte, welche Reinigungsschmelze er in unserer Stadt gespielt hat. Dieser würdige Vater, Jakob Schmidt, stammt aus Lebach im Saargebiet, war in Völklingen Konditor, später Bierverleger ebendort. Er kam, nachdem er seine Kundschaft der Landstuhler Union-Brauerei zuführen gedachte, als sog. Direktor hierher. Unter seiner Leitung brach das Unternehmen zusammen. Der Aufsichtsrat der Union-Brauerei, Kapitalisten in Mek, wurden als die trauernden Hinterbliebenen über das wie und warum das Ende der Brauerei den klarsten Kommentar schreiben können, denn diese Leute haben viel Geld eingebüßt. Da kam der Separatistenputz, und Vater wie Sohn entdeckten sofort und offenbarten sogleich ihres Herzens Schätze, niedrige Gesinnung. Mit Feuereifer widmeten sie sich dem Verrat des Vaterlandes und wirkten mit Erfolg für ihren — Geldbeutel. Die Tat fand ihren Lohn, der Direktor der ruinierten Brauerei wurde separatistischer Bezirksamtmann in Hiesiger Stadt und hatte damit die Macht, hauptsächlich zunächst die städtischen und Staatsbeamten zu quälen und in jeder Weise zu drangsalieren. Wehe aber dem braven Bürger, der sich diesem Häuptling nicht beugte, er wurde mit dem Revolver bedroht, viele sogar mit Stoch und Gummiknüppel so intensiv bearbeitet, daß die Kopfhaut barst. Unschuldige ließ er nachts aus den Betten holen und ins Loch bringen. Er belegte ohne jede Ursache Geschäftsleute und Landwirte, nur um sie für den Verrat gefügig zu machen, mit empfindlichen Strafen, die ihm nebenbei auch noch den leeren Beutel füllten. Man schätzt hier Schmidts Brandschätzung auf 30 000 Fr. Gewinn. Sein Sohn bemühte sich bei Vorten für sich oder seinen Vater um die Stelle eines Regierungspräsidenten. Heute ist Vater Schmidt in einer wirtschaftlich mitleidlichen Lage, daher auch wohl das Eintreffen seines Sohnes in Saarbrücken. Die Verachtung der Bürgerschaft zwingt ihn, zurückgezogen zu leben, auch werden ihm verschiedene Manipulationen in Geldsachen öffentlich vorgeworfen. Vater Schmidt und Sohn werden an ihrem schändlichen Handeln die Früchte sehr bald reifen sehen, aber bittere, die beiden edlen Gestalten verdienen das Geschick voll auf, daß sie, von allen verachtet und gemieden, existenzlos gefunden haben.

So unglaublich es klingen mag, die also geächteten und gekennzeichneten Schmidt Vater und Sohn wagten es, wegen dieser Veröffentlichungen Privatklage gegen die verantwortlichen Redakteure der Saarbrücker Zeitung, Adler und Franke, anzustrengen. Wie die beiden Redakteure in der Verhandlung vor dem Saarbrücker Schöffengericht behaupteten, handelte es sich für sie: nur darum, die Ungeeignetheit des Assessors Schmidt zum deutschen Richter nachzuweisen aus seiner separatistischen Vergangenheit. Gerade die separatistische Vergangenheit bestritten die beiden Schmidt nicht im geringsten, nur erklärten sie, das gehöre nicht zur Sache, auch sei das Ansichtssache, über die jeder denken könne wie er wolle. Sie wollten die Klage lediglich auf einige Punkte bezogen wissen und zwar der Vater darauf, ob es wahr sei, 1. daß er 30 000 Franken aus der separatistischen Bewegung bezogen habe, 2. daß er als separatistischer Bezirkskommissar Bürger drangsalieren und z. B. mit Gummiknüppeln gearbeitet habe, 3. seine Brauerei zum Ruin gebracht habe und 4. daß er allerlei Geldmanipulationen unternommen habe; der Sohn 1. daß er Leute ausgewiesen habe, 2. daß er Vermögen beschlagnahmt habe, 3. daß er Elend über das Land gebracht habe und 4. daß er für seinen Geldbeutel gearbeitet habe.

Mit größter Unverschämtheit suchten die beiden Schmidt ihre Auffassung zu verteidigen, wobei sich namentlich der jüngere hervor tat, der mit der Faust auf den Tisch schlug und auf seinem Verlangen bestand, obwohl Vorsitzender und Angeklagte diese Punkte für Nebenumstände halten.

Nach ziemlich erregtem Hin und Her wurde als erster Zeuge der Sicherheitswachmeister Wahl aus Landstuhl vernommen. Er schildert in längerer Vernehmung die separatistische Bewegung in Landstuhl, wobei auf Schmidt Vater ein entsprechendes Licht fällt und sich der Zeuge zahlreiche Unterbrechungen durch die Privatkläger gefallen lassen muß, die schließlich zu einer geradezu unerhörten Szene führten, indem der Assessor in wilder Erregung aufsprang und brüllte: der Saustall geht so nicht weiter! Sie

Rindvieh, sie Kamel müssen doch wissen, daß die Brauerei bankrott war, als mein Vater eintrat! Der Zeuge will dem Manne eine Maulschelle verabreichen, — Landjäger springen dazwischen. Nur die fast allzu große Ruhe des Vorsitzenden vermag den Fortgang der Verhandlung zu retten und die weitere Vernehmung der Zeugen zu sichern.

Als zweiter Zeuge schildert Landgerichtsrat Rittersbach aus Birmaßens ebenfalls das Treiben der Separatisten. Er war von den Separatisten verhaftet und etwa eine Woche in Speyer festgehalten worden. Nach seiner Ansicht ist Schmidt jun. für die vorgenommenen Ausweisungen verantwortlich, da er der einzige Jurist war, und zumal er der Ansicht ist, daß es für ihn ja auch kein größeres Verbrechen gebe, als den separatistischen Hochverrat.

Kommerzienrat Schiffer aus Grünstadt schildert seine eigene Verhaftung durch die Separatisten und wie er von einem separatistischen Gericht unter Vorsitz des Schmidt zu zwei Monaten Gefängnis oder 19 000 Franken verurteilt wurde, während sein Onkel von dem gleichen Gericht zwei Jahre Gefängnis oder 10 000 Dollar Geldstrafe erhielt. Als er sich im Gefängnis über die Regierung lustig gemacht habe, habe Schmidt ihn im Gefängnis zur Rede gestellt. Ueber 100 Personen seien ausgewiesen worden, gewaltiges Elend wurde über die Bevölkerung gebracht. Erpressungen seien zahllos vorgekommen. Schmidt hätte das verhindern müssen. Das geschah aber nicht.

Bezirkssekretär Benz aus Landstuhl sagt aus, daß er nach dem Abzug der Separatisten festgestellt habe, daß in der Kasse von Schmidts Vater ein Minderbestand von 4923 Franken bestand. Auf Einwand Schmidts wird darin kein Vorwurf erblickt, denn er habe die Strafen nicht für sich verwendet.

Bädermeister Bettinger aus Landstuhl bezeugt, daß der alte Schmidt in rigoroser Weise Strafen einzog. Seinen Sohn holte man nachts aus dem Bette ins Bezirksamtsbüro, wo er verprügelt wurde. Schmidt leugnet das ab.

Zeuge Weber aus Landstuhl befundet, daß er an Stelle seines Bruders verhaftet worden sei, wobei er mit der Hand und mit dem Stoch vom alten Schmidt über den Kopf geschlagen wurde, daß der Stoch brach. Ein ärztliches Zeugnis darüber liegt vor. Auch mit dem Gewehr sei der Zeuge bedroht worden und mit den Worten Schmidts: „Willst du dein Blut springen sehen?“ Schmidt behauptet, er sei von dem Zeugen gereizt worden, der Schmidt einen Lumpen nennt. Im übrigen wird der Fall zugewiesen.

Nach Schluß der Beweisaufnahme bestreitet Schmidt-Vater natürlich die Berechtigung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Schmidt-Sohn erklärt abermals, daß man über seine Politik denken könne, wie man wolle, zu dem Tatsächlichen aber sei kein Beweis erbracht worden. Er beantragt die Bestrafung der Redakteure. Wie komme die Zeitung dazu, ihren Schund zu veröffentlichen? Wahrung öffentlicher Interessen könne nicht vorliegen, das Recht selbst fehlt der Presse; auch ein persönliches Interesse liegt nicht vor, nur zu schimpfen. Die Redakteure seien wegen übler Nachrede zu bestrafen.

Verteidiger Rechtsanwält Pfeifer führte aus, daß Schmidt-Sohn durch seine Familie, seine Tätigkeit usw. als Richter unmöglich sei und das habe die Zeitung auch zeigen müssen, da die Saarregierung offenbar nicht darüber unterrichtet war. Der alte Schmidt ist ein Senior der separatistischen Bewegung und sein Sohn war ihr Kronjurist. Wer sich der Bewegung anschloß und noch dazu in solcher Stellung, der war Hochverräter, ein Verbrecher. Wenn die beiden nicht bestraft wurden, so nur wegen der erzwungenen Amnestie. Auch die von den Klägern beanstandeten Punkte seien erwiesen. Alles in allem sei der Wahrheitsbeweis erbracht und die Angeklagten freizusprechen. Auch sei die Wahrung berechtigter Interessen durchaus gegeben, könne doch ein Redakteur jederzeit in die Lage kommen, von einem Assessor Schmidt Recht zu nehmen, was natürlich ein unhaltbarer Zustand sei, da Schmidt seinen Richtereid gebrochen habe.

Seine Erwiderung auf das Plaidoyer beginnt Schmidt-Sohn mit einem Faustschlag auf den Tisch und den Worten: „Der Verteidiger ist ein Verbrecher!“ Worauf er von einem Landjäger aus dem Saal geführt wird. Zur Urteilsverkündung wird er wieder in den Saal gelassen, den er aber unter wüstem Türzuschlagen wieder verläßt.

Das Gericht steht auf dem Standpunkt, daß die von den Klägern inkriminierten Punkte nebensächlich seien. Die Hauptsache sei, daß die beiden Kläger Separatisten sind und das sei vollbewiesen; sie seien Beihilfer zum Hochverrat gewesen. Sei auch nicht in allen Einzelheiten der Beweis erbracht worden, so doch beim Vater wenigstens für Punkt 3, beim Sohne aber vollständig. Auf alle Fälle ist den Redakteuren die Wahrnehmung berechtigter Interessen zuzuerkennen. Zu fragen wäre nur, ob die Form beleidigend war. Das trifft nicht zu. Die Angeklagten wurden daher freigesprochen.

Wir verstehen es vollkommen, daß das freisprechende Urteil, das gegen die angeklagten Redakteure erging, ein lebhaftes und ungerügtes einstimmiges Bravo im Publikum auslöste. Saarländische Richter haben diese beiden Pfälzbanditen Schmidt Vater

und Sohn gekennzeichnet als Ausgestohene und Geächtete für alle Zeiten. Wenn man bedenkt, welche Schuld an Tränen, Gut und Blut dieses Separatistengefindel auf sich geladen hat, und welchen Anteil diese hier als eigentliche Angeklagte erschienenen Schmidt-Männer daran tragen, dann bewundert man letzten Endes die außerordentliche Langmut, mit der solches Gefindel noch in der Bevölkerung der Pfalz und des Saargebietes geduldet wird. Unstet und flüchtig sollten sie sein, wie in der biblischen Zeitgeschichte der Brudermörder Kain. Sie sollten ein für allemal der Möglichkeit enthoben sein, je wieder deutschen Boden zu betreten. Es ist ein Verdienst der „angestragten“ Redakteure der „Saarbrücker Zeitung“, daß sie durch ihre Veröffentlichungen seinerzeit die Bloßstellung dieses Gefindels herbeiführten.

Wozu die neue Zersplitterung?

In letzter Zeit war im Saargebiet in den Beziehungen der politischen Parteien zueinander das Bestreben zu erkennen, die durch einen wirtschaftspolitischen Anlaß gesprengte Einheitsfront an der Saar wieder langsam aufzubauen. Es setzt sich offenbar im Saargebiet immer wieder der gesunde Sinn der Bevölkerung durch, ein einheitliches Ziel auch in einem einheitlichen Kampf zu erstreben. Dieses eine Ziel wurde im Landesrat noch kürzlich durch den kommunistischen Redner dahin gekennzeichnet: „Zurück zu Deutschland.“ Die vernünftigen Führer im Saargebiet sind denn auch bemüht, die Dinge, die die Bevölkerung zu trennen geeignet sind, möglichst aus der öffentlichen Erörterung herauszulassen, sie zurückzustellen bis zu der Zeit, wo es ohne nationalpolitische Gefahr möglich ist, rückhaltlos die Streitigkeiten im eigenen Hause ohne fremde Beobachter und Zwietrachtstäter zum Austrag zu bringen.

Um so bedauerlicher muß es empfunden werden, daß eine Anzahl von Persönlichkeiten offenbar bemüht ist, für sich ein Extrasüppchen zu kochen durch den Versuch, eine Saargruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold zu gründen. Diese Vereinigung ist eine ausgesprochen politische Kampforganisation, die die Trennung des deutschen Volkes in zwei Lager ausdrücklich und bewußt unterstreicht. Im unbesetzten Deutschland mag diese republikanische Organisation eine innere Berechtigung haben, im Saargebiet, in den besetzten Gebieten, in allen umstrittenen Grenzgebieten ist die Aufriktung und Betätigung dieses Reichsbanners eine Versündigung gegen die Einheitskampffront deutschen Volksstums gegen die Machtgelüste anderer Völker und Staaten. Wie soll es möglich sein, im Saargebiet den einheitlichen Kampf gegen das der französischen Annexion dienende Verwaltungsregime zu führen, wenn Organisationen wie das Reichsbanner darauf ausgehen, vor jeder Kampfhandlung gegen die deutsche Feindschaft Faktoren die Frage aufzuwerfen: Geht der Kampf unter Schwarz-Rot-Gold oder unter Schwarz-Weiß-Rot? Selbst in Deutschland und selbst in sozialistischen Kreisen ist die Existenzberechtigung des Reichsbanners ebenso umstritten, wie andere Organisationen rechtsradikaler Richtung. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das deutsche Volk schon durch viel zu viele Parteien zerrissen genug ist, als daß man diesen politischen Parteien noch politische Kampforganisationen hinzugesellt. In weit größerem Maße wirken sich selbst Schäden für das deutsche Volk im Saargebiet aus. Die Persönlichkeiten, die da glauben, ohne Reichsbanner im Saargebiet nicht auskommen zu können, sollten sich die Frage der Notwendigkeit einmal genau überlegen, nachdem sie die Einstellung des französischen Propagandaorgans zu dieser Gründung kennengelernt haben. Es ist ein eigen Ding, wenn sich dieses Organ, so bedeutungslos es auch sein mag, sich für eine Sache oder eine Person einsetzt. Was haben die Leute, die dieses Blatt geschaffen haben, die es heute stützen und unterstützen, für ein Interesse daran, ob Deutschland Republik oder Monarchie ist. Sie haben nur ein Interesse daran: Deutschland zu schwächen. Der „Neue Saar-Kurier“ hat das republikanische Deutschland, hat das republikanische Preußen und Bayern in einer Weise in den Schmutz gezogen, wie es nicht schlimmer hätte gegen eine deutsche Monarchie geschehen können. Der Annexion des Saargebiets diene die Gründung dieses Blattes. Wenn es sich heute für die Saargruppe des Reichsbanners einsetzt, so muß es hierfür seine Gründe haben. Der Saarbund ist tot; will man durch einstige Saarbundmitglieder Saarbundgeist in die Saargruppe des Reichsbanners einträufeln lassen? Haben hieran die Leute ein Interesse, die aus bisher noch nicht bekannten Gründen das Reichsbanner im Saargebiet schaffen wollen? Soweit uns die Persönlichkeiten bekannt sind, die den Aufruf für das Reichsbanner unterschrieben haben, handelt es sich um solche, die im Saargebiet weder im wirtschaftlichen, noch im politischen, noch im gewerkschaftlichen Leben eine Rolle spielen. Ist es nur der persönliche Ehrgeiz, der sie zu dieser Gründung veranlaßt, der eine neue Zersplitterung in die Saargebietsbevölkerung hineinbringen muß?

Für das Saargebiet kann nur ein Streben geben, einzig zu sein! Die Gründung des Reichsbanners an der Saar aber

bedeutet weitere Zersplitterung des ferndeutschen Volkes, eine weitere Schwächung der deutschen Einheitsfront an der Saar und damit eine Förderung der französischen Annexionsbestrebungen! Muß das sein?

Fabviers machen von sich reden.

Bekanntlich hat der französische Gutsbesitzer Gerard Fabvier in Wallerfangen, der nach dem Einzug der Franzosen als französischer Adjutant sich wichtig aber nicht sehr beliebt machte, sich als solcher die Fahne des Kriegervereins Wallerfangen ausbändigen lassen unter dem Vorgeben, sie der vorgeschriebenen Stelle, dem Landratsamt Saarlouis, zuzustellen. Er ist seitdem wiederholt aufgefordert worden, die Fahne ihren rechtmäßigen Besitzern wieder zuzustellen. Das ist bisher nicht erfolgt. Auf dem Landratsamt Saarlouis, wo sie sich angeblich befinden sollte, ist sie nicht festzustellen. Schon vor Jahren wurde behauptet, Herr Fabvier habe diese Fahne dem damaligen französischen Ortskommandeur, dem berücktigten Major de Job, als „Siegestrophäe“ überreicht, und dieser habe sie als solche in seine Heimat geschickt. Herr Fabvier ist neuerdings an diese Fahnenangelegenheit erinnert worden, ohne daß er es bisher für angebracht hielt, sich zu dieser Sache irgendwie zu äußern. Da der Franzose Fabvier wie jeder andere im Saargebiet den bestehenden Landesgesetzen unterworfen ist, so erhebt sich die Frage, ob es nicht angebracht erscheint, gegen ihn auf dem Rechtswege vorzugehen.

Uebrigens scheint sich Herr Fabvier, nachdem sich seine Hoffnungen und seine Bestrebungen zerschlagen haben, das Saargebiet den französischen Annexionisten auszuliefern, im Saargebiet nicht mehr recht wohl zu fühlen. Er bot, wie aus einer der letzten Sitzungen des Gemeinderats von Beaumarais bekannt wurde, der Gemeinde 10 Morgen des ihm gehörenden Parks zum Preise von 200 000 Franken auf Dollarbasis und gegen Tragung der entsprechenden Nebenkosten durch die Gemeinde an. Da man erst in dieser Sitzung von dessen Hauptangebot Kenntnis erhielt, war die Ueberraschung, aber auch der Wunsch begreiflich, daß sich mit dieser Angelegenheit eine öffentliche Bürgerversammlung befaßt. Diese fand am 22. November statt. Die Beteiligung war sehr groß, die Aussprache außerordentlich rege. Bedauert wurde, daß von den 12 Gemeinderatsmitgliedern nur 5 anwesend waren und auch der Ortsvorsteher Schnubel nicht erschienen war. Jedenfalls ergab sich, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung es unter allen Umständen ablehnt, in der heutigen unübersehbaren, schwierigen wirtschaftlichen Lage sich ohne zwingende Notwendigkeit in Schulden zu stürzen. Bei der Abstimmung sprachen sich neun Zehntel der Anwesenden gegen den Kauf aus. Den anwesenden Gemeindevorsteher wurde sehr dringlich ans Herz gelegt, ihren Kollegen recht nachdrücklich die Meinung der breiten Öffentlichkeit zu schildern und sich dafür einzusetzen, daß der Kauf unterbleibt. Nachdem die Öffentlichkeit gesprochen hat, ist man auf den weiteren Verlauf der Angelegenheit außerordentlich gespannt. Vielfach herrscht die Meinung vor, daß die Sache weiter vorgeschritten ist, als allgemein bekannt wurde.

Aus diesem Angebot des Herrn Fabvier muß man schlussfolgern, daß auch Herr Fabvier sich allmählich zu dem Bekenntnis bekehrt hat, daß die Tage der französischen Invasion an der Saar gezählt sind.

Feige / oder ...

Im August d. J. machte der „Neue Saar-Kurier“ und sein Hausknecht Schoettler dadurch von sich reden, daß er von einem angeblich in München gegen ihn angezeigten Attentat zu berichten wußte. In Verbindung damit ereiferte er sich in der Richtung der durch die Kennelschen Veröffentlichungen bekanntgewordenen Dokumentenfälschungen über angebliche Geheimorganisationen im Saargebiet, über das an der Saar sich angeblich breitmachende „völkische Banditenwesen“. An der Echtheit dieses Attentats glaubt im Saargebiet kein Mensch, der die Entwicklung der Verhältnisse seit dem Auftauchen der Besatzung miterlebt hat. Korruption, Bestechung, Spitzerei sind durch die französischen Judasfranken großgezogen worden. Die Dokumentenfälschungen Adlers und Rollins sind nicht überraschender als das bestellte und gestellte Attentat gegen Schoettler. Es mögen an diesem Attentat einige jugendliche Heißsporne beteiligt sein, die den Schoettlerschen Spitzeln in die Falle gegangen sind. Sie werden ihre Dummheit entsprechend büßen müssen.

Wann die Attentatsaffäre vor Gericht zur Verhandlung kommt, steht noch nicht fest. Augenblicklich fehlt der Hauptbeteiligte an dem Attentat, nämlich Schoettler, gegen den es sich angeblich richten sollte. Schoettler ist, wie es heißt, „auf Reisen“. Er ist ebenso auf Reisen, wie sein Stellvertreter, ein einstiger Zeitungsverkäufer, Henry Kuschel. Ein Meher Blatt teilte mit, daß es Schoettler vorgezogen habe, nach dem

Esak zu „verziehen“, um sich den gegen ihn wegen Beleidigung verhängten Gefängnisstrafen zu entziehen. Es kann sein, daß gemeine Feigheit den Schoettler aus dem Saargebiet vertrieben hat, wie ihn Feigheit auch aus Düsseldorf, wo er sich in landesverräterischer Weise zugunsten der französischen Spionage-Abteilung betätigte. Es kann aber auch ein anderer Grund vorliegen. Wie erwähnt steht ein Termin für die Gerichtsverhandlung in der Attentatsaffäre noch nicht fest. Es scheint, als ob die Voruntersuchung gewisse Gesichtspunkte ergeben hat, die es Schoettler ratsam erscheinen ließen, sich unsichtbar zu machen. Es könnte nämlich sonst der Fall eintreten, daß Schoettler, gegen den sich nach seiner sehr entrüsteten Behauptung das Attentat gerichtet haben soll, wegen Vorbereitung dieses Attentats und wegen falscher Anschuldigungen usw. zur Verantwortung gezogen werden könnte. Wir wissen es nicht, Herr Schoettler aber wird sicher wissen, weshalb er es vorzieht, seinen ständigen Aufenthalt außerhalb des Saargebiets zu wählen.

Nicht viel besser steht es mit dem erwähnten H. Kuschel. Ueber ihn schrieb seinerzeit die „Saarbrücker Zeitung“ folgendes:

Schon des öfteren haben wir uns mit Lumpereien beschäftigt, die in einem gewissen Blättchen an der Tagesordnung zu sein scheinen. Wir sehen uns heute veranlaßt, die Praktiken der Verantwortlichen — soweit sie vor Gericht zu erscheinen haben, und das ist sehr oft der Fall — näher zu beleuchten. Neuerdings ist dort auch der dritte verantwortliche Redakteur en chef in der Verfertigung verschwunden, nachdem ihm zahlreiche Prozesse angehängt worden sind. Wie erinnerlich, ist er in einem Beleidigungsprozeß, den die Richter der ersten Strafkammer angestrengt hatten, bereits zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Seitdem hat der ehemalige Zeitungsverkäufer Henry einen heillosen Respekt davor, wieder mit dem Gericht in Berührung zu kommen. Gektern sollte Kuschel vor dem hiesigen Schöffengericht erscheinen. Man wollte ihn in zwei Prozessen zur Rechenschaft ziehen für Niedrigkeiten, die er in der sogenannten Jahraufseiner-Nummer mit seinem Namen gedeckt hat. Wer nicht in der Anklagebank erschien, war Monsieur Kuschel. Er sandte nur einen Schrieb, in dem zu lesen war: „Ich bin verreist!“ Gleich nach Eröffnung der Verhandlung mußten beide Prozesse wieder vertagt werden. Das Gericht hatte jedoch keinerlei Anlaß, dem Possenspiel eines Kuschel noch länger zuzusehen, kurzerhand erließ der Richter auf Antrag der Kläger Vorführungsbefehle. Zum nächsten Termin wird also Monsieur Henry von einem Polizisten vorgeführt werden. Es ist ganz klar, daß die Beklagten des Blättchens unter allen möglichen Vorwänden die Prozesse hinauszuzögern versuchen und auf dieser Flucht vor der Verantwortung ist den Leuten aus der Parallelsstraße jede Täuschung recht.

Immer neue Ausschreitungen der französischen Soldaten.

Die französische Besatzung in Saarlouis scheint von einem besonders fanatischen Geist gegen alles Deutsche erfüllt zu sein, der sich in fortgesetzten Belästigungen und Ausschreitungen gegen die Saarlouiser Bevölkerung auswirkt. Innerhalb von wenigen Wochen trug sich Mitte Oktober bereits der vierte Fall derartiger Ausschreitungen an Angehörigen der Saarlouiser Besatzung zu, woraus man nur schließen kann, daß von oben herab derartige Angriffe wenn nicht ausdrücklich gewünscht, so doch zum mindesten nicht verhindert werden. Die „Saarzeitung“ berichtet darüber unter anderem: Gegen 12 Uhr nachts betraten vier Sergeanten vom 3. Dragonerregiment das Hotel Herbed-Saarlouis 2, wo sich noch eine Anzahl Gäste aufhielt. Kurz nach Mitternacht kamen noch einige Mitglieder des Gesangsvereins „Eintracht“ hinzu, die verschiedene Lieder sangen, darunter auch eines nach der Melodie: „Deutschland über alles“. Die Worte dieses Deutschland-Liedes wurden nicht gesungen. Während des Aufenthaltes der Franzosen war schon beobachtet worden, daß der eine dieser „Tapfern“ ständig mit der Pistole spielte. Plötzlich verließen die vier Sergeanten das Lokal und gaben draußen sechs scharfe Schüsse ab. Die Gäste stürzten sich nicht daran. Kurze Zeit darauf fielen wieder in der Nähe der Wohnung des Architekten Sommer acht scharfe Schüsse.

Eine weitere tolle Schieberei veranstalteten am 2. November 7 französische Soldaten in Fraulautern. Auch hier waren es Angehörige des in Saarlouis stationierten 3. Dragonerregiments, die sich zum größten Schrecken der Einwohner das Vergnügen bereiteten, in betrunkenem Zustand 14 Laternen nach und nach „abzuschießen“ und sodann eine neue gepflanzte Baumanlage zu zerstören. Bei dem Erscheinen der Polizei ergriffen die Soldaten die Flucht. Die von der französischen Gendarmerie angestellten Ermittlungen blieben

„ergebnislos“. Die Empörung der Bevölkerung ist ungeheuer, und man erwartet im Saargebiet, daß der Völkerbund endlich Maßnahmen ergreift, um die wehrlose Bevölkerung angesichts der in letzter Zeit sich auffällig häufenden Übergriffe vor ihren angeblichen „Beschützern“ zu schützen.

Die starke Erregung in der Bürgerschaft in Verbindung mit heftigen Angriffen in der Saarpresse gegen die französische Besatzung wurde schließlich bewirkt, daß gegen die in Frage kommenden Soldaten vorgegangen wurde. Die Urheber der Ausschreitungen in Fraulautern wurden vor ein Kriegsgericht gestellt. Später verlautete, daß die betreffenden Soldaten zu ganzen 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden waren, während der daran beteiligte Sergeant, der als Vorgesetzter eigentlich der Haupttäter war, mit einfachem Kasernenarrest davonkommen sei. Dieses Urteil sei, so wurde von Seiten der Militärbehörden erklärt, als zu milde befunden und daher aufgehoben worden. Die Schuldigen sollen nunmehr vor das Kriegsgericht in Metz gestellt werden.

Die „Saarbrücker Zeitung“ fordert angesichts dieser fortgesetzten Übergriffe der französischen Besatzung, daß die in Frage kommenden militärischen Kommandostellen vorbeugende Maßnahmen ins Auge fassen sollten, um derartige Vorkommnisse zu verhindern. Dazu gehörte in erster Linie, daß die jungen Rekruten, um die es sich bei den Übergriffen meist handelt, darauf hingewiesen würden, daß sie sich hier in einem Kulturland und nicht irgendwo in einer Kolonie befinden, und daß sie sich dementsprechend höflich, zurückhaltend und anständig aufzuführen haben. Am besten natürlich wäre es, man verhinderte diese Vorkommnisse auf die einfachste und radikalste Art, indem man das ganze französische Militär aus dem Saargebiet entfernte, wie es die Bestimmungen des Versailler Vertrages verlangen.

Beantragte Hilfsmaßnahmen für die außerhalb des Saargebiets ansässige Saararbeitschaft.

Von der Zentrumsfraktion des Reichstages wurde zugunsten der im Saargebiet beschäftigten, aber nicht im angrenzenden Reichsgebiet wohnenden, unter der Frankenwährung notleidenden Arbeiterschaft, ein Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, im Einvernehmen mit den beteiligten Länderregierungen von Preußen, Bayern und Oldenburg, im Hinblick auf die außerordentliche Notlage der im Saargebiet beschäftigten, aber in den angrenzenden Reichsgebieten wohnenden Arbeiterschaft folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Durch Verhandlungen mit der deutschen Reichseisenbahngesellschaft ist eine dem niedrigen Einkommen oben bezicherter Arbeiterschaft entsprechende Fahrpreisermäßigung für Wochen- und Monatskarten zu erwirken.
2. Der durch dreifache hintereinander liegende Zollkontrolle (Stationen Schönberg, Jägersburg, Homburg) verursachte Zeitverlust von mindestens eineinhalb Stunden bei der Hin- und Rückfahrt ist durch Zusammenlegung der Zollkontrolle für Arbeiterzüge auf ein Mindestmaß zu beschränken.
3. Der kleine Grenzverkehr ist gemäß Vereinbarung, die am 26. April 1925 in Koblenz mit den Vertretern der Landesfinanzämter Köln und Würzburg getroffen worden ist, freizugeben.
4. Steuerliche Erleichterungen sind durch Stundung oder Niederschlagung zu gewähren. Von einer zwangsweisen Steuerbeitreibung ist abzusehen.
5. Zugunsten der schwergetroffenen Arbeiterschaft (Frankenlohnempfänger) in diesen Gebieten ist eine Hilfsaktion durch baldige Bereitstellung größerer Mittel und Verteilung derselben nach einheitlichen Richtlinien durchzuführen. (Der tatsächliche monatliche Verdienst für den Unterhalt dieser Familien schwankt bei dieser Arbeiterschaft nach Abzug ihrer notwendigen direkten Ausgaben zwischen 50 und 80 Mark.)
6. Die unter dem 26. und 27. Oktober 1925 in Baden-Baden zwischen Vertretern des Reiches und der Saarregierung angebahnten Verhandlungen zum Zwecke der Anpassung der sozialen Versicherung im Saargebiet an die Sozialversicherung des Reiches (Artikel 45, 50, Anlage § 24 des Versailler Vertrages) sind mit tunlichster Beschleunigung zum Ziele zu führen.

Ferner hat das Zentrum mit Rücksicht auf die Notlage in Handel und Gewerbe in einem Antrag ersucht, mit Rücksicht auf die große Notlage der Handwerker und des Gewerbes:

1. Die Arbeiten und Lieferungen vergebenden Reichsstellen, einschließlich der Reichsbahngesellschaft zu veranlassen, möglichst bald der Wirtschaft größere Aufträge zuzuführen, wobei die besonders unter der Erwerbslosigkeit leidenden Gebiete bevorzugt berücksichtigt werden müssen. Die hierzu erforderlichen Mittel sind, soweit sie über die Haushalte der Ressorts hinausgehen, den vergebenden Stellen vorschußweise

zur Verfügung zu stellen. Im gleichen Sinne ist auf die Länderregierungen einzuwirken.

2. Die dem gewerblichen Mittelstande durch Regiebetriebe, Strafanstalten und berechtigten Straßenhandel entstandenen Schädigungen, die sich in der jetzigen wirtschaftlichen Notlage besonders fühlbar machen, durch entsprechende Maßnahmen auf das äußerste einzuschränken, bzw. zu beseitigen."

Wir stellen mit Genugtuung fest, daß sich die Fraktion des Deutschen Reichstages in dieser Weise offiziell einmal mit den Verhältnissen im Saargebiet befaßt. Wir würden es allerdings für noch erfreulicher halten, wenn sich das Interesse der deutschen Parteien im Reichstage auch bekunden würde gegenüber Fragen, die direkt mit den politischen und wirtschaftlichen Vorgängen im Saargebiet im Zusammenhang stehen.

Auch in dieser Richtung ist allerdings am 29. Oktober im Preussischen Landtag schon etwas geschehen, indem gelegentlich der Aussprache über den Bergbaucetat der Abgeordnete Rürup betonte, der trostlosen Lage der Witwen und Waisen, Sozialrentner und Bergarbeiter im Saargebiet müsse recht bald abgeholfen werden. Die in der Denkschrift der Arbeitnehmerorganisationen des Saargebiets an den Völkerbund aufgestellten Forderungen müßten bei der französischen Regierung nachdrücklich unterstützt werden.

★

Ausperrung im saarländischen Baugewerbe.

Wie wir bereits in unserer letzten Ausgabe mitteilten, hatte der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe die Gesamtkündigung im saarländischen Baugewerbe wegen der vom Holzarbeiterverband inszenierten Teilstreiks ausgesprochen. Die Ausperrung der gesamten Bauarbeiter ist auf Grund dieser Kündigung am 20. November erfolgt, so daß rund 6000 bis 7000 Arbeiter arbeits- und brotlos wurden. Diese Ausperrung und die damit verbundene Verschärfung des sozialen Kampfes an der Saar hat im ganzen Saargebiet keinen guten Eindruck gemacht. Der größte Teil der Presse hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß der Schritt des Arbeitgeberverbandes voreilig war, da nicht vorher alle Möglichkeiten zur friedlichen Beilegung des Konfliktes ausgeschöpft worden sind. Bei der außerordentlich ungünstigen Wirtschaftslage im Saargebiet und den damit verbundenen ungünstigen Lohnverhältnissen für die Arbeiterschaft kann ein solches Vorgehen nur zur Verschärfung der Gegensätze und damit zur Abstumpfung der Waffen für den Einheitskampf um das deutsche Volkstum führen. Auch die Saarbrücker Stadtverordnetenversammlung befaßte sich in mehr als dreistündiger Aussprache mit dem Lohnkampf im Baugewerbe. Allgemein war der Wille nach Einigung; trotzdem waren die verschiedenen Meinungen, die sich aus den Gegensätzlichkeiten der Interessen der Arbeitnehmerschaft und der Arbeitgeberschaft ergeben, nicht auf eine Basis zu bringen.

Zugunsten der unfreiwillig arbeitslos gewordenen Arbeitnehmer wurden die Unterstützungssätze der Erwerbslosenfürsorge durch Verfügung der Regierungskommission um 50 Prozent erhöht.

★

Die Notlage der Kriegsbeschädigten wurde in der Sitzung des Landesrats vom 29. Oktober eingehend besprochen. Alle Parteien erklärten sich mit der Vorlage der Regierungskommission betreffend Abänderung der Versorgung der Kriegsbeschädigten einverstanden. Solange aber die von den einzelnen Parteien und Kriegsbeschädigtenorganisationen aufgestellten berechtigten Forderungen nicht durchgeführt sind, bleibt noch immer ein großer Teil der Not zu lindern übrig. Zunächst sollte die restlose Ausbezahlung des vom Reich bezahlten Rentenanteils — ¼ der Gesamtrente — in Goldmark erfolgen. Die Redner der verschiedenen Fraktionen unterstützten im wesentlichen auch die Forderungen der Kriegsbeschädigten, die der Regierungskommission in Form von Anträgen zugegangen sind.

Kleine Tageschronik.

Ehrenfriedhof.

Das Herbstlaub des Habsterdick rauscht unter den Füßen und türmt sich in buntem Farbenspiel zuhauf: rot und gelb und braun. Leichter Nebel liegt auf dem Walddom und umschleiert das Bild der Vergänglichkeit, das allem zum Trost von ewigem lebensheischenden Wechsel kündet: von Zerfall und Werden, von Kommen und Vergehen, von Sterben und Wiederkehr.

An Silberreifen Weibern und drüben auf langgestreckter baumbestandener Landstraße schwarze Reihen der Trauer. Menschen ziehen mit Kranz- und Blumenschmuck dahin, um Zweisprache zu halten mit ihren Toten, die auf dem sanften Hügel des Sturmfeldes von Epiphern gebettet sind. Wie ein gewaltiger Dom spannt sich das bewölkte Himmelszelt über dem Totenacker:

drüben liegt dunkelverschleiert Stieringen, das die 77er im Angriff nahmen, dort der blutgebüngte Hang des roten Berges, auf der Höhe im Nord die grüne Vorstadt des alten Saarbrücken. Feld und Wald aber erfüllt von der Erhabenheit und dem Ewigkeit der unvergänglich schaffenden Natur.

Vor dem Eingang zum Totenacker ein Kommen und Gehen. Der Autobus rattert heran: Menschen entsteigen ihm Ernst und Trauer auf den Gesichtern. Langsam füllt die schweigende Gemeinde die Friedhofswegen, dem hastenden Alltag in stiller Einsamkeit entrückt, nun da die Toten rufen.

Dann stehen wir mitten unter ihnen. Sinnend wandeln wir durch die langen Gräberreihen. Hier liegt manch junges Blut, gefällt im Frühling seines Lebens. Hier liegen die Treuen, die eingegangen sind in den Hochwert des nationalen Opfers. Hier liegen sie, die in eiserner Pflicht für uns den Weg des Todes gingen: „Deutschland muß leben und wenn wir sterben müssen!“ Ist es uns noch ganz bewußt? Wache Liebe hat Hügel um Hügel sinnig geschmückt. Ästern, Erika, Chrysanthemen, Immortellen. Einige Gräber aber der „Heimatlosen“ tragen kein Kreuz, bei anderen ist einer stummen Anklage gleich die Inschrift des hölzernen Symbols zur Unleserlichkeit verwischt. Wer vergaß so sehr das Pflichtgebot dienender Muldiger Liebe?

Friedhofstraßen sind stille Strohen. Doch plötzlich zittert im wehmütigen Schmerz über das Gräberfeld dahin und schwingt sich über die Wipfel der leise im Herbstwind rauschenden Wälder. Klagend und tröstend, trauernd und doch voll lindernder Hoffnung. Alte deutsche Weise:

Ich hatt' einen Kameraden
Einen bess'ren findst du nit.

Nun ist es still geworden und man sinnt und sinnt. Wir haben keinen unbekannten Soldaten, kein Pantheon des Ruhmes, keine heilige Erinnerungsstätte, die dem Danke der Gesamtnation weithin sichtbar Ausdruck gäbe. Im Herzen soll unsere Dankbarkeit leben. Aber wo die Dankbarkeit zugleich kommen und das Geschlechter beispielwiegend hinführen soll zum höchsten Vollenden des Brudertums, da haben Gemeinden und Städte sich des sichtbaren Symbols unvergänglichen Heldentums erinnert. Nur wir schauen wehmütig und mit einem bitteren Gefühl auf die gräberumsäumte Stelle, wo Saarbrücken seinen Toten ein Mal solchen Gedankens errichten mußte, zeugend von sittlicher Heimatliebe wie der Stein am Engpaß der Termopylen:

„Wir haben sie hier liegen gesehen, wie das Geleß es befaß!“
(„Saarbr. Ztg.“)

★

Saarbrücken. Der Ring deutscher Flieger und Luftschiffer an der Saar ließ am Grabe des deutschen Heldensfliegers Manfred von Richthofen einen Kranz niederlegen. — Vor einiger Zeit hat die Eisenbahnverwaltung vor dem Hauptbahnhof den an die Kaiserstraße anstoßenden Garten an der Ecke abtragen lassen, um einen größeren freien Platz zu schaffen. Die Maßnahme wurde allseits begrüßt, weil dadurch der Passantenverkehr sich besser und ungehinderter abwickeln kann.

Brebach. Die einzelnen religiösen Vereine der Pfarrei Brebach sind damit beschäftigt, Gelder zur Beschaffung weiterer gemalter Kirchenfenster einzusammeln. Drei Kirchenfenster sind bereits einer namhaften Firma in Auftrag gegeben worden.

Güthenbach. An der Kurve in der Höhe des Friedhofes stießen zwei Straßenbahnwagen aus entgegengesetzter Richtung zusammen. Es gab fünf Verletzte, darunter einen Bergmann Nikolaus Hassel aus Heusweiler, der schwer verletzt ist. Die übrigen Verletzungen sind leichter Art, hervorgerufen durch Glasplitter. Herr Dr. König war bald zur Stelle und brachte den Verletzten Hassel selbst ins Krankenhaus.

Heusweiler. Im Ortsteil Bohnental wurde das Wohnhaus des Bergmanns Lambert durch Feuer zerstört. Auch der Dachstuhl des Nachbarhauses brannte nieder.

Holz. Der 17-jährige Wob wurde von einem Lastauto überfahren und auf der Stelle getötet.

Büttlingen. Die Gemeinden Schmalbach, Elm und Strengen haben sich zur Errichtung eines gemeinsamen Wasserwerks zu einem Zweckverband zusammengeschlossen. — Der Feuerwehrmann Peter Speicher wurde in Würdigung seiner 43-jährigen Mitgliedschaft bei der hiesigen freiwilligen Feuerwehr zum Ehrenbrandmeister ernannt.

Altenwald. Der Jahrestieger Engelhardt und der Steiger Roth erlitten durch Herzschlag einen unerwarteten Tod. — Der 60-jährige Schuh aus Marlingen wurde von einem Personenauto aus Saarbrücken totgefahren.

Neunkirchen. Eine Vollversammlung des Handwerkerverbandes des Kreises Ottweiler beschäftigte sich mit dem Projekt der Errichtung eines Handwerker-Erholungsheimes. Hierzu lagen zwei Vorschläge vor, der eine will das Heim auf dem Schaumberg bei Tholey, der andere hier bei Haus Zurpach errichtet wissen. Beide Gemeinden, Tholey wie Neunkirchen, haben ziemlich weitgehende Angebote gemacht. Nach eingehender Aussprache einigte sich die Versammlung dahingehend, daß die Angelegenheit einer Kommission übergeben wird, welche die Ge-

Reinigungskosten und die gesundheitlichen Erfordernisse prüfen und das Ergebnis der nächsten Versammlung vorlegen soll. — Studienrat Dr. Glaser verunglückte bei Abhaltung der Unterrichtsstunde im chemischen Laboratorium so erheblich, daß er sofort dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Bei Herbeischaffung einer Schwefelsäureflasche explodierte diese und die Säure ergoß sich über Herrn Glaser, der dadurch stark verbrannt wurde. — Um sie nicht auf die Straße setzen zu müssen, hat die Wohnungskommission für zwei Familien in einem Hofgebäude ein Zimmer wohnlich eingerichtet. In diesem Zimmer sind jetzt neun Personen untergebracht. Da nur ein einziges Bett vorhanden ist, muß der Fußboden einweilen als Nachtlager dienen. Im Dachgeschoß des Vorderhauses sind sieben Familien untergebracht. Vorderhaus und Hofgebäude sind Eigentum der Stadt.

Marpingen. Seit ungefähr drei Wochen herrscht hier eine Typhusepidemie. Bisher sind 19 Personen erkrankt. Bei einer Anzahl besteht Verdacht auf Typhuserkrankung. Um einer weiteren Ausbreitung der Krankheit Einhalt zu tun, sind die meisten Kranken im Krankenhaus untergebracht worden. Die schlechten Trinkwasserverhältnisse — Marpingen hat noch keine Wasserleitung, sondern zeitweise recht trübe fließende Laufbrunnen —, die schlechten Wohnungsverhältnisse, ungünstige Abortanlagen usw. haben zu der schnellen Verbreitung der Krankheit beigetragen.

Wellesweiler. Am Reformationsfest wurde unsere im Jahre 1756 erbaute Kirche nach einer gründlichen Renovierung wieder feierlich eingeweiht. Vor der zahlreich erschienenen Gemeinde hielt Pfarrer Schmidt die Festpredigt. Die Kirche zu Wellesweiler ist eine der wenigen ländlichen Barockkirchen des Saargebietes aus der Stengelschen Zeit und verdient deswegen besondere Beachtung als Baudenkmal. Durch spätere Stillschließung und häßliche Einbauten und Änderungen hatte die Wirkung des Innenraumes stark gelitten. Nun ist es bei der durchgreifenden stilgerechten Renovierung unter der Leitung des Bauplatzes Dr. Ammer, eines besonders guten Kenners kirchlicher Kunst, gelungen, der Kirche den Eindruck vollkommener Harmonie und eine festliche Stimmung zu geben.

Emmersweiler. Der letzte Kriegsveteran von 1866 und 1870/71, Herr Schreinermeister Peter Lang wurde unter Anteilnahme der gesamten Bevölkerung zu Grabe getragen. Nützig bis in das hohe Alter von 82 Jahren war er allgemein geachtet und beliebt. Lange Jahre versah er das Amt des Gemeindevorstehers zur Zufriedenheit der gesamten Einwohnerschaft.

Hüttig-Rathweiler. Gemeindevorsteher Christian Ritter ist im Alter von 59 Jahren einer tödlichen Krankheit zum Opfer gefallen. 1912 wurde er zum Gemeindevorordneten und im Jahre 1920 zum Gemeindevorsteher gewählt. Als Vorsteher gehörte er auch der Bürgermeistereivertretung, der Verbandsversammlung des Gaswerkes Illingen sowie der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Stromversorgung Reithersentrale“, dem Schulvorstand und mehreren anderen Kommissionen an. Die Gemeinde verliert in ihm einen tüchtigen Vorsteher und die Verwaltung in Illingen einen treuen Mitarbeiter.

Saarlouis. Im Nov. ds. Js. fand im Saalbau zu Saarlouis die erste karnevalistische Unterhaltungssitzung (!) des Vereins „Hirtle“ (d. h. Maskenfes) statt. Saarlouis dürfte sich somit rühmen (?), die Stadt zu sein, die am frühesten närrisch oder fasnachtelustig wird. Ob das gerade in der gegenwärtig schlechten Zeit des Saargebietes als angebracht erscheint, dürfte dahingestellt bleiben.

St. Ingbert. Für das beschlossene neue Krankenhaus hat sich das Kreisgericht für folgende Arbeiten entschieden: Erster Preis (12 000 Fr.) Architekt Ernst Leisner-Stuttgart, zweiter Preis (8000 Fr.) Oberbaurat Rudolf Lempp und Walter Eisele-Eßlingen (Nedar), dritter Preis (4000 Fr.) Architekt Winterlin-Saarbrücken. Drei weitere Arbeiten, eine von Dipl.-Ing. v. Peh und cand. arch. Karl Fischer aus Speyer, eine von Dipl.-Ing. Emrich-St. Ingbert und eine von Studienrat Architekt H. Stumpf-Darmstadt wurden angekauft. Die Entwürfe sind im Sitzungssaal des Rathauses ausgestellt. — Ein Sohn unserer Stadt, Herr Wilhelm Woll, Sohn des verstorbenen Anstreichermeisters Nikolaus Woll, der vor rund 30 Jahren als junger Mensch nach Amerika ausgewandert, ist zum Besuch seiner Vaterstadt und seiner Angehörigen nach seiner alten Heimat gekommen. Unser Landsmann hat sich über dem Ozean eine Familie und eine Existenz gegründet, als 50-jähriger packte ihn die Sehnsucht nach der alten Heimat noch so fest, daß er sich entschloß, die Reise über den Ozean anzutreten. — Zwei der ältesten Personen unserer Stadt wurden zu Grabe getragen: die 88 Jahre alte Witwe Johanna Stolz, geb. Schwarz und der 81 Jahre alte frühere Schneidermeister Ludwig Merker.

Mittelbergbach. Zum Berufsbürgermeister von Mittelbergbach wurde Herr Dr. Vogt, a. Zt. in Biersen im Rheinland, mit 14 gegen 8 Stimmen gewählt.

Ommersheim. Aus der Haft entlassen wurde der so schwer durch Brand getroffene Landwirt Joseph Hofmann von hier. Hoffentlich werden jetzt die bösen Gerüchte, welche verbreitet wurden, ein Ende nehmen.

Ensdorf. Von der Straßenbahn überfahren wurde die etwa 60 Jahre alte Frau Gerstner von hier. Die Bedauernswerte war gerade aus der Kirche gekommen, ging auf dem Bürgersteig und wollte das Straßenbahngleis überschreiten. Als im selben Augenblick ein Straßenbahnwagen sie erfaßte. Sie erlitt derartig schwere Verletzungen am Kopfe, daß sie bewußtlos zusammenbrach. An ihrem Auskommen wird gezweifelt.

Personalnachrichten.

Sein 50jähriges Dienstjubiläum konnte am 1. Oktober der Gemeindevorsteher Weber, Talling, begehen. Am 1. Oktober 1875 war er beim 11. Jägerbataillon „Königin Margherita von Italien“ in Marburg a. d. Lahn eingetreten. Jetzt verwaltet der 68jährige Forstmann seit 46 Jahren die Försterstelle in der Gemeinde Talling auf dem Hochwald, zu deren Revier die Gemeinden Talling, Schönberg, Birtscheid und Berglicht gehören.

25 Jahre im Dienste der Stadt Saarlouis steht der Saarlouiser Bürger Hehler. Mit seltener Treue und Pflichtbewußtsein hat er in all den verflossenen Jahren sein Amt ausgeübt. Im sturmbelegten Zeit, als die französische Militärherrschaft in Saarlouis ein strenges Regiment führte, gehörte ein nicht geringes Maß von Mut und Opferwilligkeit dazu, gerade in Saarlouis, das zeitweilig im Brennpunkt des politischen Geschehens stand, den Weg der Pflicht zu gehen, selbst auf die Gefahr hin, Heimat und Freiheit opfern zu müssen. Nicht alle, wir brauchen nur den Namen Hector zu nennen, haben diesen Mut aufgebracht, wohl aber Hehler. Als Stadtverordneter, Beigeordneter und zeitweilig als Bürgermeister der Stadt hat sich Hehler bleibende Verdienste erworben. Um dem Dank der Stadt Ausdruck zu geben, hatte sich das Stadtverordnetenkollegium zu einer Festigung vereinigt, der u. a. auch der Ehrenbürger Prälat Subil, Pfarrer Richter, Landrat Dr. Arweiler und sonstige Bürger beizuhelfen. Bürgermeister Dr. Lay übermittelte die Glückwünsche der Stadt und teilte mit, daß nach dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung die Schulstraße in Zukunft den Namen „Hehler-Strasse“ tragen werde.

Auf eine 50jährige Tätigkeit in der Kleinteilezeugfabrik Racher u. Roth in Beckingen konnte der Bohrer Peter Ewen aus Haudstadt zurückblicken. Die Reisevertreter und Abteilungsleiter Fritz Buchold und der Zuschneider Mathias Kleutisch konnten ihr 40- bzw. 30jähriges Jubiläum bei der Firma Ph. Koch in Neunkirchen begehen. Ferner feierte der Buchhalter Friedrich Becker in Saarbrücken sein 25jähriges Berufsjubiläum bei der Saarbrücker Kasino-Gesellschaft.

Die Amtsbezeichnung „Professor“ erhielten die beiden hauptamtlichen Lehrkräfte an der saarländischen Kunst- und Gewerbeschule, Maler Fritz Grewenig und Bildhauer Christoph Foll. — Wir wissen nicht, ob die beiden also Ausgezeichneten besonderen Wert auf diesen Professortitel von Herrn Kauls Gnaden legen. Jedenfalls glauben wir nicht, daß die von der Saarregierung verliehene Professur außerhalb des Saargebietes irgendwelche Beachtung findet. Herr Kauls sollte solche Spieleszenen, die für die Betroffenen einen etwas eigenartigen Nachgeschmack haben, um so mehr unterlassen, als er selbst darüber unterrichtet sein dürfte, daß die ganze Saarregierungs herrlichkeit nicht ewig dauern wird.

Die diamantene Hochzeit konnte am 23. November in völliger körperlicher und geistiger Frische der frühere Gemeindevorsteher Jacob Schneider aus Rittenhofen gleichzeitig mit seinem 90. Geburtstag feiern. Ueber die Grenzen seines Heimatortes hinaus ist der alte Hirt im ganzen Röllertal eine bekannte Persönlichkeit. In ihm wurzelt noch ein gutes Stück echt bäuerlicher althetimatlicher Tradition. — Ebenfalls die diamantene Hochzeit begingen am 20. November die Eheleute Christian Lohrscheider und Barbara geb. Colling. Das Jubelpaar steht im 87. bzw. 82. Lebensjahr. Aus ihrer Ehe sind 10 Kinder, 36 Enkel und 15 Urenkel hervorgegangen. Die Goldene Hochzeit feierten: der pens. Hüttenwerkmeister P. Eichenburger und Frau Karoline geb. Gröninger in Wiebelskirchen (72 und 70 Jahre), Nikolaus Sonntag-Wirth in Saarlouis II, pens. Bergmann Jakob Kopp und Elisabeth geb. Gottschall in Jägersfreude (74 und 71 Jahre), pens. Eisenbahnarbeiter Peter Pad und Maria geb. Wagner in Breiten. der frühere Adjutagenchef der Wöllinger Hütte, August Breuer und Sophie geb. Geelen in Güdinger (78 bzw. 72 Jahre), Lokomotivführer a. D. Franz Cornelius und Katharina geb. Pteroth in Saarbrücken. — Die Silberne Hochzeit feierten die Eheleute Werlmeister-Schmitt in Saarbrücken, Ph. Euler (Hotel zur Post) in Neunkirchen und Adjunkt Peter Escherich-Rihm in Bilsweiler.

Der Rentner Jacob Weber sen. in Dudweiler ist in der Nacht zum 21. im Alter von 81 Jahren gestorben. Er war lange Jahre Mitglied des Gemeinde- und Bürgermeisterrats und bis zu seinem Todestage Mitglied des Kirchenvorstandes.

In den Ruhestand getreten. Immer mehr lichten sich die Reihen unserer alten preussischen Bergbeamten. Am 1. November

trat Herr Obersteiger Peter Groß, Grube Dechen bei Heinitz, in den wohlverdienten Ruhestand. Geboren am 18. 10. 1855 in Scheidt bei Saarbrücken, fuhr er 1871 auf Grube Dudweiler an. Von 1879—81 besuchte er die Berg- und Steigerschule zu Dudweiler und wurde auf der dortigen Grube auch als Steiger angestellt. Im Jahre 1897 wurde er zum Jahrssteiger befördert und nach 7 Jahren am 1. 10. als Obersteiger nach Dechen berufen, wo er bis vor kurzem den Betrieb mustergültig und mit Erfolg führte. Herr Peter Groß, der auch in seiner Familie sehr viel Leid zu tragen hatte, indem ihm drei erwachsene Kinder von 19, 32, 42 Jahren und die Gattin durch den Tod entzogen wurden, gilt als Vorbild eines echt preussischen Bergbeamten, der auch der jetzigen französischen Behörde gegenüber aus seiner Ueberzeugung keinen Fehl machte. Wir wünschen Herrn Peter Groß zu seinem 70. Geburtstag nachträglich alles Gute und einen sonnigen Lebensabend.

Von der Eisenbahn. Ernannt wurden unter anderm: Regierunsassessor Hobohn in Saarbrücken zum Regierungsrat; techn. Eisenb.-Obersekretär a. p. Franz Gabel in Homburg (Bausektion) zum techn. Obersekretär. Befördert wurde u. a.: Werkstättenobervorsteher Schmidt in Saarbrücken (M.-Ab.) zum Eisenbahn-Ingenieur; Werkstättenvorsteher Stürmer in Dillingen zum Werkstättenobervorsteher; Eisenbahn-Amtmann Otto Dippe in Neunkirchen, Wilh. Trapp in Saarbrücken (Bw. P.) und Karl Ulrich in Saarbrücken (E. D.) zum Eisenbahn-Oberamtman; Eisenbahn-Obersekretär Jakob Becker 3 in Saarbrücken (Untb.), Adolf Bimmler in Saarbrücken (Pb.) und Ober-Gütervorsteher Ludwig Kner in Saarbrücken (Hbf.) zum Eisenbahn-Inspetktor; Rel.-Loff. Gustav Gentes, Karl Jäger, Jos. Tholey und Oskar Hartmann in Saarbrücken zum Werkstättenvorsteher.

Von der Post. Ernannt wurden: Postsekretäre Zimmermann, Mayer, Görner und Weinard vom Postamt Saarlouis zu Postinspektoren; die Postschaffner Fuchs-Fraulantern, Lion-Saarlouis 2 und Hoffmann-Felsberg zu Postbetriebsassistenten.

Aus der Justizverwaltung. Amtsrichter Dr. Fürst in Ottweiler wurde zum Amtsgerichtsrat ernannt.

Kirchliche Personalsnachrichten der Diözese Trier. Es wurden ernannt: der Pfarrvikar zu Dirmingen, Nikolaus Didas, zum Pfarrer daselbst; der Pfarrer von Madersbach, Definitior Johann Masson, zum Pfarrer von Bisten; der Pfarrer von Merxweiler, Dechant Simon Eul, zum Pfarrer von Horschheim; der Kaplan zu Großrosseln, Otto Weber, zum Pfarrer von Niederlauch. — Es wurden übertragen die Verwaltung von Merzig Joseph Weber, Kaplan daselbst; Limbach Nikolaus Gubernator, Kaplan daselbst; Pörschweiler dem Pfarrer von Lorschheid, Jakob Steffes; Wahlen dem Vikar von Kissenhal, Nikolaus Klein. — Anweisungen erhielten als Kaplan die Neupriester: Bernard Edel nach Dillingen, Anton Baquet nach Uchtelangen, Gerhard Scherer nach Elversberg, Dr. Johann Theis nach Neunkirchen-St. Marien. — Ferner erhielten Anweisung: der Kaplan zu Fort, Alfons Dörr, als Kaplan zu Altenkessel; der Kaplan zu Wadgassen, Alois Lörjch, als Kaplan zu Fort; der Kaplan zu Trier-St. Martin, Heinrich Spinneweber, als Kaplan zu Wadgassen; der Kaplan zu Saarbrücken 1, Johann Barth, als Kaplan zu Trier-St. Martin; der Kaplan zu Limbach, Nikolaus Gubernator, als Kaplan zu Saarbrücken 1; der Kaplan zu Trier-St. Antonius, Matth. Adams, als Kaplan zu Saarbrücken 1; der Kaplan zu Dudweiler, Alois Thomas, als Kaplan zu Trier-St. Antonius; der Kaplan zu St. Wendel, Peter Eiden, als Kaplan zu Dudweiler; der Kaplan zu Dillingen, Dr. Paul Ludwig, als Kaplan zu Herdorf; der Kaplan zu Dillingen, Philipp Müller, als Kaplan zu Espelen; der Kaplan zu Ahrn, Joseph Knob, als Kaplan zu Saarbrücken-Mastatt; der Kaplan zu Elversberg, Alex. Conzen, als Kaplan zu Fraulantern; der Kaplan zu Fraulantern, Jakob Bersch, als Kaplan zu Bechdorf; der Kaplan zu Singig, Leonard Roos, als Kaplan zu Dillingen; der Kaplan zu Neunkirchen-St. Marien, Hermann Wilhelm, als Kaplan zu Conz; der Kaplan zu Rheinböllen, Joseph Wiegand, als Kaplan zu Quierschied; der Kaplan zu Quierschied, Peter Schmitt, als Kaplan zu Ahrn; der Kaplan zu Espelen, Joseph Neuland, als Kaplan zu Simmern; der Kaplan zu Simmern, Alois Loew, als Kaplan zu Neunkirchen-Herz Jesu; der Kaplan zu Neunkirchen-Herz Jesu, Emil Müller, als Kaplan zu Vallendar; der Kaplan zu Vallendar, Johann Junges, als Kaplan zu Bülbingen; der Kaplan zu Helsenberg, Joseph Gorden, als Kaplan zu Bülbingen; der Kaplan zu Hallendach, Nikolaus Demmer, als Kaplan zu Großrosseln. — Beerdigt wurden: zum Dechanten des Defanates Sulzbach der Pfarrer von Quierschied, Matthias Roth.

Personalsnachrichten aus der Diözese Speyer. Anweisung erhielten: Dr. Ernst Scherzer nach St. Ingbert, Franz Nikolaus nach Laubkirchen.

Todesfälle:

Saarbrücken: Dachdeckermeister Karl Gütthlen, 65 Jahre; Eisenbahnoberinspektor a. D., Rechnungsrat Hans Paleit; Auguste Schmidt, geb. Gräß, 61 Jahre; Christoph Stronowelle, 69 Jahre; Martin Fries, 42 Jahre; Vorsteher der Steuereinschätzung a. D. Jakob Karl Schmidt, 64 Jahre; Arnold Krämer, 20 Jahre; Kaufmann Joseph Carl jun., 53 Jahre; Hilfsmaschinen Peter Selzer, 59 Jahre; Hänschen Gels, 16 Jahre; Heinrich Loh, 42 Jahre; Werkmeister i. R. Peter Schmidt, 68 Jahre; August Heinen; Karl Korn; 63 Jahre; Kreisbuchdirektor i. R. Weber; Fräulein Charlotte Angermünde, 70 Jahre; Frau Katharina Müller, geb. Weber, 35 Jahre; Frau Witwe Katharina Melchior, geb. Becker, 65 Jahre; Frau Charlotte Seegmüller, geb. Bangert, 69 Jahre; Frau Johanneke Zell, geb. Klein, 40 Jahre; Frau Witwe Anna Kremer, geb. Zahn, 83 Jahre; Frau Franz Hager, Margaretha, geb. Birringer, 54 Jahre; Frau Witwe Rechnungsrat Heinrich Mildebrath, geb. Marie Koch, 62 Jahre; Frau Witwe Maria Wagemann, geb. Peiter, 56 Jahre; Lydia Klein, 90 Jahre. — **Brebach:** Frau Witwe Peter Burgard, geb. Deutsch, 79 Jahre. — **Fechingen:** Frau Wilhelmine Schmelzer, geb. Maurer, 50 Jahre. — **Scheidt:** Frau Jakob Bach, Maria, geb. Kelfer, 46 Jahre. — **Quisenhal:** Bader Karl Amberg, 59 Jahre. — **Bülbingen:** Rechnungsrat Hermann Weber; Kaufmann Julius Savellouls, 63 Jahre. — **Niegelsberg:** pensionierter Maschinenwärter Peter Doerr. — **Dudweiler:** Rentner Jakob Weber, 80 Jahre. — **Altenwald:** Jahrssteiger i. R. Georg Engelhardt, 60 Jahre; Steiger August Roth. — **Alsbach:** Kal. Steiger a. D. Wilhelm Gütther, 56 Jahre. — **Schwalbach:** Jakob André, 71 Jahre. — **Quierschied:** Wilhelm Gütther, 56 Jahre. — **Ehenhofen:** Conrad Huppert, 76 Jahre. — **Neunkirchen-Saar:** Frau Babette Hubert, geb. Griesbach, 62 Jahre. — **Sinnerthal:** Christ. Harig, 70 Jahre. — **Ottweiler:** Fräulein Karoline Eichhorn, 18 Jahre; Bergmann Karl Philipp Reinschagen, 56 Jahre. — **Illingen:** Frau Witwe Elisabeth Fiebig, geb. Merz, 62 Jahre; Hchw. Herr Domstall Wilhelm Kutscher. — **Wellesweiler:** pens. Bergmann Friedrich Ulrich, 70 Jahre. — **Merxweiler:** Frau Jakob Reue, verw. Moer, geb. Kleber, 60 Jahre. — **Bouis:** Frau Witwe Franz Christoph, geb. Katharina Lonsdorfer, 70 Jahre. — **Schaffhausen:** Friedrich Hohlfeld, 77 Jahre. — **Bischof:** Frau Johann Kullana, geb. Andres, 65 Jahre. — **Picard:** Jakob Pödewin, 50 Jahre. — **Wadoassen:** Philipp Steeg, 65 Jahre. — **Fraulantern:** Frau Witwe Johann Hans, geb. Barbara Frik, 73 Jahre. — **Merzig:** Rechnungsrat Wilhelm Grune, 79 Jahre; Fräulein Tilly Hera. — **St. Ingbert:** Küchenermeister Josef Best, 42 Jahre; Schneidermeister Ludwig Merker, 81 Jahre. — **Mittelbergbach:** Kommerzienrat Karl Eswein.

Vom Saargrubenbau.

Grubenschäden ohne Ende.

In letzter Zeit nahmen die Grubenschäden im Saarkohlengebiet überall überhand. Nachdem vor einiger Zeit das in der Schultstraße in Altenwald gelegene Haus des Bergmanns J. niedergelegt werden mußte, haben sich in einem zweiten Hause derartige Schäden herausgebildet, daß ein Abbruch unbedingt erforderlich ist. Dies würde auch bereits geschehen sein, wenn Unterkunft für die darin wohnenden fünf Familien vorhanden wäre. — In Schnappach stürzte in dem Wohnhaus des Christian Siegwaldi die Zimmerdecke ein. Auch hier sind Bodensenkungen die Ursache. Zum Glück sind keine Menschenopfer zu beklagen. — In der Nähe von Hühnerfeld, gegenüber dem Lustschacht in der Bressfelder Straße trat eine größere Bodensenkung ein. Der Weg ist in einer Länge von annähernd 5 Meter und in einer Breite von 60 Zentimeter etwa 7 Meter eingesunken. Von sachmännischer Seite wird mitgeteilt, dieser Einbruch sei darauf zurückzuführen, daß sich unterhalb der Einbruchsstelle 3 Stollen kreuzen und der Druck, infolge der vielen auf dieser Straße verkehrenden schweren Fuhrwerke und Lastautos zu groß wurde. Außerdem trage die allzugroße Ausbeutung der zutage-führenden Kohlenflöze zu diesen Senkungen erheblich bei. Da der Einbruch rechtzeitig von einem Polizeibeamten bemerkt und abgesperrt wurde, konnten Unfälle, die sonst unvermeidlich gewesen wären, verhindert werden. Man ist damit beschäftigt, die Bodensenkung wieder zu beseitigen. Das in unmittelbarer Nähe der Bruchstelle befindliche Haus des Bergmanns A. ist durch die eingetretenen Grubensenkungen derart in Mitleidenchaft gezogen, daß man gezwungen ist, das Haus durch eiserne Verbindungsstangen und Schienen vor weiteren Beschädigungen zu schützen. Eine größere Anzahl erst vor kurzer Zeit erbauter Häuser weist ähnliche Beschädigungen auf. Wann endlich, so muß man fragen, sieht die französische Bergverwaltung ein, daß das von ihr befolgte Abbausystem unhaltbar ist?

Die Ausbeutung der Saargruben.

Auf der vierten Tiefbauschle der Grube „Bresfeld“ ist das Flöz 4 nun aufgeföhren. Man hat auch schon den Schacht zirka 10 Meter hochgetrieben. Auf der 3. Tiefbauschle hat man auf diese zu schon eine einfallende Strecke von über 260 Meter zu hauen. Der Schacht wird im kommenden Monat Dezember durchgehauen sein. Das Flöz ist mit den Schlackenblöden stellenweise 4 Meter hoch und für den Abbau gut geeignet, da man mit den im Flöz vorhandenen Bergen und der Stroße die Arbeit ohne fremde Berge hinter sich zusaden kann, wodurch viel Mühe und Arbeit gespart wird. Auch das mächtige Flöz mit 3,50 Meter Höhe ist schon seit langem aufgeföhren.

Auf Grube „Ikenplich“ ist man seit einigen Monaten mit dem Abteufen eines neuen Förderschachtes beschäftigt. Dieser Schacht, der bisher nur bis zur zweiten Tiefbauschle führte, wird bis zur 5. und 6. Sohle getrieben, woselbst die Fettkohlenflöze in Angriff genommen werden sollen. Bisher wurden in „Ikenplich“ nur Flammkohlen gefördert, die nach und nach abgebaut wurden. Voraussichtlich wird die Fertigstellung in 10 bis 15 Monaten erfolgt sein.

Vom „Bund der Saar-Vereine“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Ein Saarabend in der Reichshauptstadt.

Im Interesse der Aufklärungsarbeit über unsere deutsche Saarheimat ist eine musikalische Dichtung, benannt „Saar-Jdyl“ von namhaften Künstlern der Reichshauptstadt geschaffen worden. Träger der Dichtung und der Vertonung sind Robert Hellwig, Hermann Frey, Martin Knopf und Kammerjänger Kurt Schönert, die als Sänger, Dichter oder Komponisten bereits Künstlererlanger haben. Das „Saar-Jdyl“ enthält neben anderen Gesangstexten das Saarmar-Mlied „Das Saarland, das wir lieben“, das dazu bestimmt ist, sich in Text und Tonsetzung nicht nur im Saargebiet, sondern bei allen Saar-Freunden in- und außerhalb der deutschen Grenzen als saarländisches Heimatlied einzubürgern.

Die Ortsgruppe Berlin hat es in Gemeinschaft mit den dem Westauschuß für Rhein, Ruhr, Saar und Pfalz angeschlossenen Landsmannschaftlichen Verbänden unternommen, dieses „Saar-Jdyl“ am kommenden Freitag, den 4. Dezember, abends 8 Uhr in den Spichernsälen, Spichernstraße 3, aus der Taufe zu heben. An diesem Abend soll gleichsam die Uraufführung des „Saar-Jdyl“ im Rahmen einer festlichen Veranstaltung vor auserlesener Kreise der Mitglieder der Berliner Ortsgruppe des Bundes der Saar-Vereine, der Mitglieder der dem Westauschuß angehörigen Landsmannschaftlichen Verbände und sonstiger Vereine und in Gegenwart von Vertretern der Reichs- und Staatsregierungen stattfinden. Dieser Abend erhält außerdem noch eine politische Bedeutung durch einen Vortrag, den das Mitglied des Saarlandesrats, Malermeister Wilhelm Schmeltzer-Saarbrücken über die heutigen Zustände im Saargebiet übernommen hat. Malermeister Schmeltzer steht als Vorsitzender der Deutsch-Saarländischen Volkspartei mit den Führern der übrigen politischen Parteien und der Gewerkschaften an der Spitze des politischen Lebens an der Saar, an der Spitze vor allem des Kampfes, den die Saargebetsbevölkerung gegen die Verwelschungsbestrebungen durch Saargebiet, Saargebetsverwaltung und Propagandastellen des Westens führt. Er wird aus den Erfahrungen dieses Kampfes und aus den Beobachtungen der Verhältnisse, wie sie sich an der Saar entwickelt haben, ein anschauliches Bild darüber geben, welchen Verlauf dieser Kampf genommen hat und welche Aufgaben in der Zukunft zu lösen sein werden. Der Grundton seiner Ausführungen wird eingestellt sein auf das Motto des Abends: „Das Saarland, das wir lieben“. Ferner sind Ansprachen vorgesehen vom stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes der Saar-Vereine, Direktor Felt-Berlin und dem Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Verwaltungsdirektor Vogel. Ein Saarfilm, „Unser Saarland im Lichtbild“ wird uns liebgewonnene Heimatbilder vor Augen führen, wobei ein Bergmannslieder-Potpourri der Kapelle des Musikkorps der Kommandantur Berlin der Stimmung Rechnung tragen wird, die Wort und Bild hervorbringen soll.

Mit dieser Veranstaltung, die sicherlich die weiteste Beachtung in den Kreisen der Berliner Saarf Freunde finden wird, soll dieses „Saar-Jdyl“ zu Lob und Preis unserer Saar-Heimat und zur Aufklärung über ihren Deutschtumskampf hinausgehen in die deutschen Gauen. Unsere Ortsgruppen und Freunde im Lande werden es sich angelegen sein lassen, daß sehr bald das Saar-

marischlied, „Das Saarland, das wir lieben“ Gemeingut des deutschen Volkes wird.

Wer noch nicht mit Eintrittskarten für den „Saar-Jdyl“-Abend am Freitag, den 4. Dezember, versehen ist, der melde sich umgehend bei der Geschäftsstelle des Bundes „Saar-Verein“, Berlin SW. 11, Königgräber Straße 94.

§ Saargebetskundgebung in Minden i. Westf. In dem sehr stark besuchten Gustav Wolff-Vortrag am Montag sollte ursprünglich Herr Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin, der Geschäftsführer des Bundes der Saarvereine über das Thema „das deutsche Saargebiet und der Völkerbund“ sprechen. Da dieser jedoch durch eine wichtige Besprechung verhindert war, unternahm es Herr Geheimrat Maurer, der frühere Direktor der Saarbrücker Oberrealschule, die Hörer an seiner Stelle durch dieses rein deutsche Land und seine Geschichte, namentlich die der letzten Gegenwart, hindurchzuführen. Als genauer Kenner des Saarlandes und ehemaliger Abgeordneter der saarländischen Bevölkerung im Preussischen Abgeordnetenhaus war er wohl besser hierzu in der Lage als irgend ein anderer. Zunächst führte der Vortragende, so entnehmen wir dem „Mündener Tageblatt“, an der Hand von Karten-Skizzen, die Grenzen und Lage des in Frage stehenden Gebietes durch eine jahrhundertelange Geschichte anzeigten und das Saarland als ein urdeutsches Land kennzeichneten, jener durch eine Reihe prächtiger, von der Geschäftsstelle Saarverein zur Verfügung gestellter Lichtbilder in die Landschaft und die wirtschaftliche Bedeutung des Saargebietes ein. Man lernte die bedeutenderen Städte des Saarlandes mit ihren Bauten und ihren industriellen Anlagen kennen. Zu den meisten der Bilder wußte der Vortragende von der Zeit seines dortigen Wirkens her aufschlußreiche Erläuterungen zu geben und sie so den Zuhörern besonders nahezubringen. Nach dieser Wanderung durch das Saarland im Bilde streifte der Vortragende seine geschichtliche Entwicklung. Nur zweimal im Laufe einer über 1000-jährigen Entwicklung war das Saarland für ganz kurze Zeit, nämlich 1680—1697 und 1801—1815, unter französischer Herrschaft. Groß war der Jubel, als 1815 der freiwillige Anschluß an Preußen vollzogen werden konnte. Doch wie schon immer zuvor, ruhte der Reiz und die Habgier des französischen Nachbarn nicht, besonders seitdem die Kohlenförderung und die von ihm abhängenden Industrien begonnen hatten, eine größere Bedeutung zu erlangen. Schon 1866 verlangten maßgebende Franzosen eine „Wiedervereinigung“ mit Frankreich, um so mehr auch während des Weltkrieges. Ausführlich schilderte der Vortragende die Vorgänge bei der Friedenskonferenz, die ein Kronbeispiel für die Taktik der Franzosen abgeben, unter zähem Festhalten an dem einmal Erreichten Stück für Stück seine Pläne zu verwirklichen. Hierbei hat sich Frankreich nicht geistert, mit offenkundigen Lügen zu arbeiten, denen natürlich Deutschland damals nicht entgegenzutreten konnte. Es begann dann die Periode, während welcher das Saargebiet unter der Verwaltung eines vom Völkerbund eingesetzten Völkerausschusses, an dessen Spitze der Franzose Kault stand und auch heute noch steht, unter völliger Kostrennung von Deutschland bis zur Abstimmung im Jahre 1935 zu stehen hat. Dieses Regime begann mit einem Aufbruch, in welchem es hieß, die Saarkommission „sei entschlossen, unter der loyalen Mitwirkung der Bevölkerung im Saargebiet den Geist der Ordnung, Freiheit und Gerechtigkeit walten zu lassen, andererseits wolle sie das Wohlergehen und die persönliche Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten und ihren Rechten Achtung verschaffen“. Man hielt sich aber daran nicht, die „friedliche Durchbringung“ verfolgte ganz andere Ziele, und während die Saargebetsbevölkerung sich durchaus loyal verhielt, dachte die ganz unter französischem Einfluß stehende Völkerbundverwaltung, die als Treuhänderin die Geschichte des Landes zu leiten hat, nicht daran, ihrerseits die übertragenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die wirtschaftliche Abhängigkeit des größten Teiles der Saargebetsbevölkerung von den Kohlengruben, die ehemals preussisches Staatseigentum, jetzt aber in den Händen der Franzosen waren, wurde aufs rücksichtsloseste zur Bedrückung der Bevölkerung ausgenutzt. Die Industrie erhielt keine Kohle, wenn sie sie nicht in Frankenswährung bezahlte. Auf diese Weise wurde in der Inflationszeit, die im Saargebiet durch eine furchtbare wirtschaftliche Not des Einzelnen gekennzeichnet war, die Frankenswährung eingeführt. In den Bergwerken selbst wurde schlimmster Raubbau getrieben. Die durch die wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland hervorgerufene Not ist nur dadurch gemildert, daß Deutschland die Zölle für die Einfuhr stundete. Anlaß zu neuen Repressalien bot den Franzosen ihre Auslegung des Begriffes „Saareinwohner“, den sie benutzten, um eine ganz neue Nationalität damit zu schaffen. Dieser rechnen sie nun jeden Franzosen zu, der kurze Zeit im Saargebiet lebte, während alle Deutschen, die das Land verlassen, ihrer verlustig gehen. Eine weitere offenkundige Verletzung des Versailler Vertrages ist die Tatsache, daß Frankreich heute noch 5000 Mann Militär im Saargebiet hält, während nur Gendarmerie vorgesehen ist. Nur in der Schulfrage haben die Franzosen Schiffbruch erlitten. Durch die französische Schule wollten sie ihre Vorherrschaft verankern, doch hier haben sie sich

durch den neu erwachenden Widerstand der Saarbevölkerung in ihren Absichten gründlich getäuscht gesehen. Ein hoffnungsvolles Zeichen ist es, so schloß der Redner, daß die Saarbevölkerung kürzlich bei den Locarno-Verhandlungen deutlich zu erkennen gegeben hat, daß sie keine Erleichterungen auf Kosten schwerwiegender Bindungen für die Zukunft will. Wo früher heftige politische Kämpfe ausgetragen wurden, da steht heute unter dem Druck des Feindes eine deutsche Bevölkerung in voller Einmütigkeit und Geschlossenheit zusammen. Alles das weist darauf hin, daß man dem Jahr 1935, das für das Saargebiet die Abstimmung bringt, mit Vertrauen entgegenblicken darf; wohl aber hat das deutsche Volk die Pflicht, mitzuhelfen und den Widerstand der Saarbevölkerung zu stärken. In diesem Zusammenhang brachte der Vortragende zum Schluß einen Hinweis auf die Arbeit des „Saarvereins“ (Geschäftsstelle Berlin SW. 11, Königgräber Straße 94), mit der Aufforderung, seine Bestrebungen zu unterstützen.

§ Der Saarverein in Dortmund hielt am 8. November d. J. in der Restauration Berghoff seine Novemberversammlung ab. Die Beteiligung durch die Mitglieder und deren Angehörige sowie durch Freunde unserer Saarländersache war besonders rege, da ein Lichtbildervortrag über das Saargebiet angekündigt war. Das Berghoffische Sälchen war bis auf den letzten Platz besetzt. Gegen 5½ Uhr eröffnete der 1. Vorsitzende des Vereins, Herr Oberbergerrat Dr. Weise, die Versammlung und führte ungefähr folgendes aus: Durch den Friedensvertrag von Versailles wurde das reindeutsche Saargebiet von seinem Mutterlande zunächst auf 15 Jahre abgetrennt, um im Jahre 1935 über seinen weiteren Verbleib durch Abstimmung zu entscheiden. Fremde Mächte, die von den Bewohnern nicht gerufen und nicht gewünscht wurden, herrschen über eine deutsche Bevölkerung. Sie sollen als Treuhänder unparteiisch im Austrage des Völkerbundes das Saargebiet verworten. Seit Jahren jedoch sehen die Einwohner, daß diese Treuhänder nur ausübende Organe der französischen Willkür sind. Das Volk darf weder seinen eigenen Vertreter aus seiner Mitte, geschweige die vier anderen Mitglieder der Regierungskommission wählen. Man hat dem Volk ein Parlament gegeben, das jedoch als Scheinparlament angesehen werden muß, da dasselbe nur beratende Stimme hat. Nach dem Versailler Vertrag sind die Kohlengruben als Ersatz für die in Nordfrankreich zerstörten Gruben an Frankreich übergeben worden. Die Bevölkerung des Saargebietes wurde mit verschädert. Durch die berühmte Clemenceausche Lüge von den 150 000 Saarfranzosen gelegentlich der Versailler Verhandlungen wurde die Trennung des Saargebietes vom Mutterlande möglich gemacht. Alle Proteste der Bevölkerung gegen eine derartige Vergewaltigung des reindeutschen Saargebietes sind bis heute erfolglos geblieben. Dabei braucht Frankreich die Kohlen des Saargebietes schon lange nicht mehr, da die zerstörten französischen Gruben wieder restlos aufgebaut sind und ihre Fördermenge die der Vorkriegszeit erreicht hat. Mit dem Besitz der Saargruben beherrscht Frankreich das Saargebiet wirtschaftlich fast vollständig. Von dem Beginn der Besetzung an nutzt es seine wirtschaftliche Macht in der brutalsten Weise aus. Die Hüttenindustrie wurde gewonnen 60 Proz. französisches Kapital aufzunehmen. Bei Nichtbefolgung drohte man mit dem Entzug der Kohle. Die wirtschaftliche Herrschaft sollte den Franzosen die politische vorbereiten und sichern. Den Beweis dafür liefert die französische Frankopolitik, welche die französische eingesetzte Saarregierung den Saarländern aufzuzwingen hat. Der Erfolg war zerrüttete Saarwirtschaft. Hierauf erteilte der 1. Vorsitzende dem 2. Vorsitzenden, Herrn Eilshahn-Oberingenieur Ost, das Wort zu seinem Lichtbildervortrag, dessen Lichtbilder uns von der Geschäftsstelle Saarverein Berlin zur Verfügung gestellt worden waren. In eintönigem Vortrag führte uns der Vortragende zunächst an die Rhes, Saar und Nied, um dann seinen Weg in die Berg- und Hüttenwerke und Glashütten des Saargebietes zu nehmen. Zum Schluß wurden uns verschiedene Kürsten von Nassau-Saarbrücken, der berühmte Saarländer Baumeister Stengel sowie Monumente des Saargebietes vorgeführt, deren Ursprung sich auf die Römerzeit und auf das früheste Mittelalter zurückführen läßt. Mit Spannung verfolgten die Landsleute die Reise in die Heimat mittels Lichtbildes und manche schöne Erinnerung an die früheren Tage tauchten hierbei auf. Beide Redner ernteten für ihre Ausführungen den Dank der Zuhörer durch kräftigen Applaus. Der weitere Teil des Abends wurde verschönert durch die Gesänge des bekannten Dortmunder Solosquartetts, sowie durch musikalische Darbietungen der Geschwister Fehle. Reichen Beifall fand noch unser Vorstandsmitglied Kirisch im Verlaufe des Abends durch seinen Gesang:

Warum ist es an der Saar nicht schön?
Wann ist es an der Saar wieder schön?

Der kräftige Applaus zeigte, daß unser Kirisch mit seinem selbstverfaßten Liede den Nagel auf den Kopf getroffen hatte.

§ Ortsgruppe Elberfeld des Bundes der Saarvereine. Am 11. November 1925 fand die Generalversammlung der Ortsgruppe Elberfeld des Bundes der Saarvereine mit der Neuwahl des Vorstandes statt. Zum Vorsitzenden wurde gewählt Herr Oberpostinspektor Wiegand und zum 2. Vorsitzenden Herr Ziegler; zum Kassierer Herr Philippi, zum Schriftführer Herr Rentmeister Enderlein; zu Kassenprüfern die Herren Kayser und Stähr und zu Beisitzern die Herren Schnur und Witte. Weiter wurde beschlossen, am 2. Januar 1926 im evangelischen Vereinshaus die diesjährige Weihnachtsfeier zu veranstalten. Die von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ eingegangenen Schreiben wurden den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht. Insbesondere wurde allen Mitgliedern dringend ans Herz gelegt, der Halbmonatsschrift „Saar-Freund“ neue Bezieher zuzuführen. Von der soeben von der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ herausgegebenen vorzüglichen Aufklärungsschrift „Deutsch die Saar immerdar!“ wurden im Interesse einer möglichst weiten Verbreitung der Druckchrift vorläufig 100 Exemplare bezogen.

§ Ortsgruppe Bochum des Bundes der Saarvereine. Am 22. November 1925, abends 8 Uhr, fand die Monatsversammlung der Ortsgruppe statt. Nach herzlicher Begrüßung durch den Vorsitzenden wurde beschlossen, am 6. Dezember 1925, abends 8 Uhr, im weißen Saale der „Bürgergesellschaft“ eine öffentliche Versammlung mit Lichtbildervortrag abzuhalten. Die Mitglieder sollen die Einladungskarten zum Verkauf bringen, damit ein guter Besuch gewährleistet wird. An Stelle des bisherigen Geschäftsführers Herrn Lauff wurde Herr Josef Reck, Bochum, Mozartstraße 32, einstimmig zum Geschäftsführer gewählt.

§ Saarverein Essen. Nachdem einzelne Mitglieder des Saarvereins Essen bereits im September dieses Jahres zusammengekommen waren, fand die erste ordentliche Mitgliederversammlung am Sonntag, den 8. November 1925, im Hotel Gahmann statt. Ihr Besuch war verhältnismäßig gut. Die Versammlung wurde von Herrn Seminar-Oberlehrer Debusmann eröffnet und geleitet. Er gab zunächst seiner Freude darüber Ausdruck, daß es nach den Jahren der Besetzung nunmehr möglich sei, wieder zusammenzukommen und für unsere vaterländische Sache zu werben. Es gelte, den deutschen Bewohnern des Saargebietes das Gefühl zu vermitteln, daß sie den Kampf auf Vorpösten nicht ohne Rückendeckung führen, sondern daß als Gros die Gesamtheit aller Deutschen hinter ihnen stehen. Dafür sei zu werben, das sei Aufgabe der Saarvereine. Dann verbreitete sich Herr Debusmann in interessanten Ausführungen über die Tätigkeit des Bundes der Saarvereine während der letzten Jahre. Er stellte dabei fest, daß die Bedeutung des Bundes gewachsen sei. Diese Bedeutung besteht darin, daß der Gedanke des Deutschtums an der Saar Gemeingut des deutschen Volkes geworden ist. In welchem Maße das gelungen ist, beweisen insbesondere die Festtagungen in Leipzig, Karlsruhe und Hannover. Besonders die Tagung in Hannover hat bewiesen, wie sehr die Gesamtheit der Bevölkerung für unsere Sache interessiert ist. In Regierungs- und Parlamentskreisen schenkt man dem Bund der Saarvereine und seiner Arbeit hohe Beachtung. Das zeigt sich besonders in der lebendigen und warmen Anteilnahme der Regierungsvertreter bei einzelnen richtigen Tagungen. Es ist unserm Bund gelungen, in vielen Fällen den berechtigten Forderungen des Saargebietes Gehör zu verschaffen. Endlich beschäftigt den Bund mit Erfolg die Aufgabe, die geheimen Fäden aufzufinden, die zur gegenwärtigen Lösung der Saarfrage geführt haben. An vielen einzelnen Beispielen schilderte der Vortragende die sebensreiche Tätigkeit des Bundes der Saarvereine und sollte der Wirksamkeit seines Vorsitzenden und seines Geschäftsführers verdiente Anerkennung. Zum Schluß streifte er noch den Vertrag von Locarno und sprach den Wunsch aus, daß seine Rückwirkungen auch dem Saargebiet in reichem Maße zuteil werden möchten. — Inesselnden Ausführungen berichtete dann Herr Rießer von der Jahrtausendfeier im Saargebiet. Er hob besonders die Begeisterung hervor, mit der unsere Landsleute sich an diesem Tage zu Deutschland bekannten. Von den berühmten 150 000 „Saarfranzosen“ Clemenceaus habe er nicht einen einzigen gesehen. — Die Ankündigung, daß Herr Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin in Essen einen Vortrag halten wolle, wurde freudig begrüßt. Leider konnte der 20. November als Termin der Vereinstagung die Zustimmung der Versammlung nicht finden, da in diesen Tagen die katholische Volksmission ihren Höhepunkt erreicht und der Besuch der Versammlung natürlich darunter leidet. Die Mitglieder sprachen den Wunsch aus, daß Herr Vogel zu einem späteren Termin seinen Vortrag halten möge. — Nachdem verschiedene interne Vereinsangelegenheiten besprochen waren, erregten einige Dialektvorträge reichen, fröhlichen Beifall. Mit dem Wunsche, bei der nächsten Tagung noch mehr Landsleute begrüßen zu können, wurde die harmonisch verlaufene Versammlung geschlossen.

Ortsgruppe Frankfurt a. M. Am 23. November verschied in Bad Homburg der frühere Vorsitzende der Frankfurter Ortsgruppe des Saarvereins, Redakteur Adam Kiliß im 51. Lebensjahre. Der Verstorbene stammt aus Bergen, Kr. Merzig, besuchte die höheren Schulen in Trier und Metz und studierte dann auf den Universitäten in Straßburg, Würzburg, Berlin und Bonn, um sodann in den Dienst der rheinischen katholischen Presse einzutreten. Er leitete seit 12 Jahren als Chefredakteur die Saar-Zeitung in Saarlouis und erfreute sich dort großen Einflusses und weiter Beliebtheit. Nach der französischen Besetzung kam er wegen seiner deutschen Haltung in Konflikt mit der französischen Besatzung, wurde ins Gefängnis geworfen und dann mit einer Anzahl anderer angesehenen Personen nach dem bekannten brutalen System ausgewiesen und ihm 4 Wochen später in ähnlicher Weise seine Familie nachgesandt. Die Familie durchlitt alle Leiden der Vertreibung. Der Verstorbene fand dann aber Betätigung in einer Vertrauensstellung, die ihm gestattete, der Heimat und ihrer Bevölkerung mit Rat und Tat hilfreich zu sein und ihnen zu nützen. Die Entwurzelung zehrte jedoch an seiner Gesundheit und so entwickelte sich ein Herzleiden, dem er jetzt erlag. An seiner Bahre trauern seine Witwe und 2 Kinder, aber auch eine große Freundeschar, die er sich durch seine treu-deutsche, biedere und verlässliche Haltung erworben. Wie stark die innigen Freundesbeziehungen zur Heimat fortbestanden, kam durch die vielen Trauerkundgebungen aus ihr zum Ausdruck. Kostbare und viele Kränze, viele mit Schleifen in den Saarlouiser Stadtfarben waren neben dem Erscheinen vieler Landsleute weitere Beweise für ein liebevolles Gedenken seitens der Heimat. Sie kam auch am Grabe bei der Beerdigungsfeier am 25. in Bad Homburg durch den Mund des Dr. Kiliß zum ergreifenden Ausdruck. Seine alte Studentenverbindung „Francia“, Straßburg, erwies ihm durch eine Abordnung mit Fahnen die letzte Ehre und ein höherer Beamter der preussischen Regierung widmete ihm in höherem Auftrag Worte höchster Anerkennung für seine Hingabe an Staat und Heimat. Ein zahlreiches Leichbegleit, darunter Vertreter der Ortsgruppen des Saarvereins und der elsass-lothringischen Vertriebenen, ehrte den vorzeitigen Heimgang des verdienten Mannes.

§ Ortsgruppe Frankfurt a. Main des Bundes der Saarvereine. Die Frankfurter Ortsgruppen der über ganz Deutschland verbreiteten Vereinigungen der Grenzdeutschen (Berein der Heimatstreuen Ost- und Westpreußen, Bund der Saarvereine und Schleswig-Holsteiner Bund) haben sich innerhalb der Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Verbände enger zusammengeschlossen, um ihre gemeinsamen Zwecke zu fördern. Zunächst wollen sie ihre Mitglieder mit ihren Heimatgebieten gegenseitig näher bekanntmachen durch Lichtbildervorführungen mit erläuternden Vorträgen. Die erste derartige Veranstaltung findet seitens des Saarvereins am 9. Dezember, abends 8 Uhr, im Restaurant „Zum Stöckchen“, Saalgasse 1, statt, wozu auch alle Freunde der Grenzdeutschen, insbesondere alle den obigen drei Vereinen noch nicht beigetretenen Landsleute freundlichst eingeladen werden. Zur Deckung der Unkosten werden 30 Pf. Eintritt erhoben. Im Januar und Februar nächsten Jahres sollen ähnliche Vorführungen über Ost- und Westpreußen und Schleswig-Holstein folgen, zu denen seinerzeit eingeladen werden wird.

§ Die nächstjährige Tagung des Bundes der Saarvereine soll bekanntlich wenn irgend möglich, in Frankfurt a. Main stattfinden, falls nicht nach Räumung der Kölner Zone für die Abhaltung der Bundestagung Köln a. Rhein bzw. die dortige Ortsgruppe des Bundes der Saarvereine in Betracht kommt. Mit den Vertretern der Ortsgruppe Frankfurt a. M. haben schon verschiedentlich Besprechungen stattgefunden, an welchen als Vertreter des Bundes der Saarvereine der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Herr Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin, teilgenommen hat. Die Ortsgruppe Frankfurt a. M. hat mittlerweile die einleitenden Schritte unternommen und sich besonders mit der Arbeitsgemeinschaft der Frankfurter Verbände ins Einvernehmen gesetzt. Durch Beschluß einer Delegiertenversammlung der letzteren ist der Vorstand des Bundes der Saarvereine im Namen aller ihm angeschlossenen Verbände und Vereine Frankfurts gebeten worden, doch als Ort der nächstjährigen Tagung des Bundes der Saarvereine möglichst Frankfurt a. M. bestimmen zu wollen. Die Einmütigkeit der angeschlossenen 30 großen Verbände gäbe, so ist erklärt worden, die Gewähr, daß diese Tagung zu einer mächtigen Kundgebung sich auswirken würde. Die Verhandlungen mit der Ortsgruppe Frankfurt a. M. und der Arbeitsgemeinschaft sollen nun in der Weise weitergeführt werden, daß unter allen Umständen, getreu den Bestimmungen der Satzungen des Bundes der Saarvereine, wonach konfessionelle und politische Angelegenheiten grundsätzlich ausgeschlossen sind, die Tagung des Bundes der Saarvereine überparteilich und so aufgezogen wird, daß gerade die Frankfurter Tage der im Saargebiet selbst so dringend notwendigen Einigkeit und Einmütigkeit aller Parteien im Interesse der Erhaltung des Deutschtums ein gutes Beispiel geben. Die Tagung soll jedenfalls so ver-

anstaltet werden, daß alles vermieden wird, was irgendwie Unstimmigkeiten oder Mißverständnisse hervorrufen könnte. Es gilt mit anderen Worten, gerade weil aus dem Saargebiet selbst aus allen in Betracht kommenden Kreisen, gleichgültig, welcher Konfession und welcher politischen Partei der einzelne angehört, mit einer großen Beteiligung gerechnet wird, dafür zu sorgen, daß sich deutsche Brüder und Schwestern zusammenfinden, um das Treugelöbnis dem treudeutschen Saarvolf gegenüber in feierlicher und eindrucksvoller Weise ablegen zu lassen.

□ Die Landesgruppe Bayern (Mitglied des Bundes der Saarvereine) in München hielt am Dienstag, den 10. November im Hotel Schottenhamel in München eine geschäftliche Besprechung ab, an welcher auch der Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, Herr Oberlandesgerichtsrat Andres-Naumburg (Saale) und der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Herr Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin, teilnahmen. Es handelte sich um interne Vereinsangelegenheiten, die nach ausgiebiger Aussprache in einer durchaus befriedigenden, der erfolgreichen Weiterarbeit der Landesgruppe Bayern und des Bundes dienender Weise erledigt wurden. Besonders dankbar begrüßt wurde es, daß die Landesgruppe Bayern es sich zur ganz besonderen Aufgabe gemacht hat, in erster Linie als Mitglied des Bundes der Saarvereine bei der Durchführung der hochbedeutsamen vaterländischen Aufgabe, welche auf die Deutschhaltung des Saargebietes abzielt, mitwirken zu wollen. Eine besondere Aufgabe hat die Landesgruppe Bayern sich dann aber insofern gestellt, als sie die pfälzischen Landsleute in dem zum abgetrennten Saargebiet gehörenden Teil der bayerischen Pfalz betreuen und ihre Interessen, wo immer sich nur Gelegenheit bietet, wahrnehmen will. Mit dem Bund der Saarvereine ist die Landesgruppe Bayern bemüht, die Liebe der Saarländer und Saarpfälzer zu ihrem angestammten preussischen und bayerischen Staate zu hegen und zu pflegen und unter allen Umständen dafür einzutreten, daß nach der Befreiung des Saargebietes wiederum in der bisherigen friedlichen und schiedlichen Weise nebeneinanderstehen die schwarz-weißen und die weiß-blauen Grenzpfähle. Es wurde dann noch besprochen die Vereinsarbeit im kommenden Jahre, die allgemeinen Richtlinien, wie sie für die Ortsgruppen auf der Bundestagung beschlossen worden sind und zwar in dem Sinne, daß in wichtigen Angelegenheiten von Fall zu Fall stets vorher eine Vereinbarung mit der Bayerischen Landesgruppe getroffen werden soll. Letztere gab in dankenswerter Weise ihre Zusage, für eine möglichst große Verbreitung der überall außerordentlich anerkannten reich illustrierten Druckschrift „Deutsch die Saar immerdar!“, insbesondere an den Schulen des bayerischen Staates Sorge tragen und den Vertrieb in wärmster Weise befürworten zu wollen. Am Abend fand dann eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der Mitglieder der Landesgruppe Bayern im Stammlokal „Domhof“ statt, in deren Verlauf Herr Verwaltungsdirektor Vogel eine längere Ansprache über die Entstehung und Entwicklung des Bundes der Saarvereine und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ hielt, um dann auch noch einen kurzen Rückblick auf die schweren Jahre, die die treudeutsche Saarheimat durchzumachen hatte, zu werfen. Mit der Versicherung, daß es das Hauptbestreben sei, weitgehendste Aufklärungsarbeit zu schaffen und dafür zu sorgen, daß die Bewohner an der Saar gut preussisch, gut bayerisch und treudeutsch bleiben, schloß die Aussprache, auf welche der 2. Vorsitzende, Herr Knappschatts-direktor Vogel, München, mit herzlichen Worten dankte und Herrn Oberlandesgerichtsrat Andres, der mittlerweile abgereist war und Herrn Verwaltungsdirektor Vogel weiteren Dank dafür aussprach, daß sie für die Bayerische Landesgruppe so großes Interesse durch die Reise nach München erneut gezeigt hätten. — Im Laufe des Vormittags hatten der Vorsitzende des Bundes der Saarvereine, Herr Oberlandesgerichtsrat Andres-Naumburg (Saale), Herr Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin und der Vorsitzende der Landesgruppe Bayern, Herr Kunstmalers Johannes, den Vertretern der Bayerischen Staatsregierung ihren Besuch abgestattet, um in aller Kürze einen Vortrag über die Aufgaben und die Bestrebungen des Bundes der Saarvereine zu halten.

■ Die Württembergische Saarvereinigung (Mitglied des Bundes der Saarvereine) in Stuttgart hatte für Sonnabend, den 14. November, in der Handelskammer die Mitglieder des Arbeitsausschusses zu einer geschäftlichen Sitzung zusammenberufen, an der als Vertreter des Bundes der Saarvereine Herr Verwaltungsdirektor Vogel teilnahm. Die geschäftliche Sitzung leitete der Vorsitzende der Württembergischen Saarvereinigung, Herr J. Schellenberger. An der Aussprache beteiligten sich außer den beiden genannten Herren ganz besonders Se. Exz. Herr Generalleutnant Dr. von Maur und Herr Generaldirektor Bill. Es standen hauptsächlich geschäftliche Angelegenheiten zur Aussprache, welche demnächst möglichst unter Teilnahme des Vorsitzenden des Bundes der Saarvereine, Herrn Oberlandesgerichtsrat Andres fortgesetzt werden soll, um bezüglich der auf der Bundestagung in Hannover gefaßten Be-

schlüsse, die Richtlinien für die Arbeit des Bundes der Saarvereine betreffend, beide Teile befriedigende Schlüsse herbeizuführen. In jeder Beziehung anerkannt wurde die von der Württembergischen Saarvereinigung bisher zur Aufrechterhaltung der guten Beziehungen Süddeutschlands und Württembergs zum Saargebiet geleistete Arbeit, die eine sehr umfangreiche ist und sich auch auf die Unterbringung von Schulkindern erstreckt hat. Nach wie vor soll es eine besondere Aufgabe der Württembergischen Saarvereinigung sein, in kultureller und wirtschaftlicher Beziehung die Fühlung mit dem Saargebiet aufrechtzuerhalten. Für die Aufklärungsarbeit sollen auch in Zukunft die Richtlinien des Bundes der Saarvereine maßgebend sein. Im übrigen war die Aussprache sehr interessant, sie wird mit dazu beitragen, das Zusammenarbeiten mit dem Bund der Saarvereine zu fördern.

*

Ueber Frauenarbeit im Saargebiet berichtete am 16. November auf einem von der Rheinischen Frauenliga unter Leitung der Frau Dr. v. Hertling veranstalteten Vortragsstee im Flugverbands- und in Berlin Frau v. Wopelius. Diese Frauenarbeit gilt nach den Ausführungen der Vortragenden vor allem der Jugend.

Die Franzosen suchen die Kinder in ihre Schulen herüberzuziehen — oft indem sie den Eltern Wohnungen versprechen. Sie gewähren ihnen Lehramtsfreiheit, kleiden sie ein und beschützen sie. Die jungen Mädchen sucht man in Handeschulen zu bringen, die nach deutschem Vorbild eingerichtet sind. Im Sommer veranstaltete man Reisen nach Paris für sie und bot ihnen vollkommene Einkleidung an. Alle sozialen Einrichtungen der Deutschen werden nachgeahmt: Koch-, Näh-, Handfertigkeits- und Krankenpflegekurse. Die Speisen aus den Kochkursen dürfen die Mädchen mit nach Hause nehmen. Ueberall sucht man ihnen Vorteil und Gewinn vorzuspiegeln, wenn sie sich zu den Franzosen bekennen. An kleinen Fabrikorten ohne Intelligenzbevölkerung bedeutet das eine Gefahr für das Deutschtum. Durch unablässige Abwehrarbeit müssen die Geister lebendig erhalten werden.

Die Rednerin schilderte das Wirken der deutschen Frauen für die Jugend, erzählte von der Selbsthilfe, die die Jugend aus eigenem Antriebe gegen Französlinge organisiert, und gab ein packendes Bild von der begeisterten Einmütigkeit, mit der man die Jahrtausendfeier beging. Die Ausführungen der Rednerin fanden bei den Zuhörern allgemeinen Anklang, das um so mehr, als aus ihren Worten zu entnehmen war, daß die Bevölkerung an der Saar treu zum deutschen Volkstum steht. Wenn Frau v. Wopelius bei dieser Gelegenheit darauf hinwies, daß man im übrigen Deutschland zu wenig des stummen Kampfes der Saar- gebietsbevölkerung gedenkt, und das Fehlen einer engeren Verbindung zwischen Saargebiet und Mutterland feststellte, so enthielt ihr Vortrag insofern eine Lücke, als er keine seiner Silbe auf das Bestehen und das Wirken des „Saar-Vereins“ einging. Nachdem die Rednerin sehr begeistert und sehr anschaulich von dem Kinder Austausch zwischen Saargebiet und dem übrigen Deutschland gesprochen hat, wäre es das Selbstverständliche gewesen, wenn sie darauf hingewiesen hätte, in welcher segensreicher Weise der „Saar-Verein“ sich um diese Kinderreisen verdient gemacht hat, wovon sie sich z. B. in Hamburg mit eigenen Augen und Empfindungen überzeugen konnte. Oder wollte sie den „Saar-Verein“ übergehen? Dann wäre hierzu vielleicht noch manches zu sagen. Jedenfalls konnte sich Frau v. Wopelius selbst darüber unterrichten, daß die von ihr in ihrem Vortrag gelassene Lücke eben eine Lücke, und zwar eine recht häßliche, war.

Bücherschau.

Heimatbücher von H. B. Buchleitner.

(besprochen von A. Zühlke.)

Mit Erfolg tritt hier der Verfasser unter der jungen Generation der Geschichtsforscher hervor. Aus Liebe zu unserm Volkstum entstand Buchleitners erstes größere Werk „Geschichte des Warndts“, eine Veröffentlichung, die an Hand von Quellenstudium die wenig bearbeitete Vergangenheit jener Gegend in lichtvoller Wiedergabe brachte. Fleiß und Geschick, in schlichter und doch eindringlicher Form die Ergebnisse mühsamer Arbeit zu bieten, zeichnete bereits dies Buch aus, dem bald eine größere Zahl von geschichtlichen Aufsätzen folgte. Sie fanden willkommene Aufnahme in den „Böcklinger Nachrichten“, die dann in der richtigen Wertung des Gebotenen Sonderabdrucke herstellten. „Heimatbilder“ nennt sie der Forscher, Schilderungen aus längst vergangenen Tagen, Land und Leute in ihrer Eigenart leben vor uns wieder auf, ihr Schicksal findet unsere Teilnahme, ob wir sie in ruhigen Zeiten bei rüstiger Arbeit sehen, oder das Schicksal der Grenzgebiete sie um ihrer Mühen Lohn bringt. Mit geduldiger Liebe geht auch hier Buchleitner seinen „Ausgrabungen“ nach, was er dabei gewonnen und ans Licht gebracht, wird allen willkommen sein. Es ist müßig, darauf hinzuweisen, daß in unseren Tagen diese erfolgreichen Bemühungen wertvoll sind. Die Geschichte bleibt die große Lehrmeisterin und zugleich Hoffnung und Trost. Wie oft auch das Geschick unsere

Landschaft niederwarf, immer folgte eine schönere Blüte dem Unheil. So war es, so wird es wieder sein. Die heimatischen Aufsätze des 2. Teiles der „Heimatbilder“ werden nunmehr gesammelt der Saarbevölkerung geboten und sie wird ihnen sicher das verdiente Interesse entgegenbringen. Wie Schlaglichter beleuchten sie die Entwicklung einzelner Ortschaften. Dem Werke ist weite Verbreitung zu wünschen, der Ernst der Arbeit und ihre Durchführung verdienen es. Umfangreiche Arbeiten, ebenfalls über Teile des Saargebietes, werden dieser Ausgabe folgen, so ist bereits im Druck die „Geschichte von Böcklingen“ und ein wissenschaftlich gehaltenes Werk, das als Doktor-Dissertation gearbeitet, ebenfalls der Geschichte entnommen ist und einen wertvollen Beitrag zur Geschichte unserer Saarheimat liefern wird. Das jetzt vorliegende Ergebnis des Geschichtsforschers, der 2. Teil der Heimatbilder, ist der Leitung des Bundes „Saar-Verein“, dem Oberlandesgerichtsrat Andres-Naumburg a. d. S. und Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin gewidmet, ein Zeichen des Dankes und der Anerkennung, die wir allen diesen um unsere Sache so verdienstvollen Männern zollen. Die Widmung ist ein Akt gebotener Pietät, der besonders angenehm berührt.

Um Wald und Kohle. Ein saarländisches Revolutionsbild aus dem 18. Jahrhundert von Heinrich Märker. Preis einfache Ausgabe (Pappband) 15,— Frs., 3,— GM, feine Ausgabe (Leinwand) 25,— Frs., 5,— GM. 250 Seiten. — Vorliegendes „Revolutionsbild“ zeigt wieder einmal deutlich, welche spannend-dramatische Abschnitte so manche Orts- und Ortsgeschichte aufweist. Der Verfasser — unter dem Decknamen verbirgt sich ein bekannter pfälzischer Heimatforscher — bemerkt in seinem Nachwort ausdrücklich: „Die geschilderten Personen und Vorgänge sind sämtlich historisch, überhaupt hält sich die Erzählung eng an den wirklichen Verlauf der Tatsachen.“ Unwillkürlich kommt uns ein Vergleich mit „Reichsgraf Jodel“, Beders bekannter Westrich-Novelle in den Sinn. Haben doch beide Erzählungen Zeit und Schauplatz gemeinsam: Den Bliesgau zur Zeit der französischen Revolution. Während aber bei Beder die letzte Reichsgräfin Marianne von der Leyen bezw. ihre Flucht vor den Franzosen im Mittelpunkt steht und der Sturm auf die St. Ingberter Bergwerke nur Auftakt zum Hauptthema und kürzeste Episode ist, rückt bei Märker gerade dieses Ereignis, seine Vorbereitung und seine Folgen in den Brennpunkt der Darstellung. Der Kampf „Um Wald und Kohle“ ist das generationenlange bittere Ringen einer ganzen Gemeinde gegen ihre Herrschaft und ihr schließliches Erliegen. Hauptperson ist nicht eine einzelne Figur, sondern der ganze kämpfende Ort, doch treten einzelne Gestalten, so der leidenschaftliche Peter Eich, der verkörperte Eigenwille der Gemeinde, der Sonnenwirt J. A. Peters, der klugberechnende Klavierfabrikant Henrion, der ehrliche solide Zimmermeister Degel und ein halbes Duzend anderer Personen scharf umrissen hervor, während die Gräfin und die Regierungsbeamten nur episodisch in Erscheinung treten. Ernst und Humor, tragische und lustige Einzelheiten wechseln angenehm und wirkungsvoll miteinander ab. Die radikalen, gemäßigten und reaktionären Faktoren kommen gleichmäßig zu Wort und halten sich die Waage. Ueberhaupt ist keinerlei Tendenz in der Erzählung enthalten, als die, die historische Treue zu wahren, wobei sich aber doch eine gewisse Wirkung von selber ergibt, indem der Wunsch der revolutionären Heißsporne, die Franzosen als Retter herbeizurufen, sich zwar erfüllt, aber die Gemeinde vom Regen in die Traufe führt. Somit ist zugleich eine vaterländische Note erzielt, ohne der Geschichte Zwang aufzuerlegen. Neun originelle Schwarzweiß-Bilder von L. M. Beck-München bilden eine angenehme Beigabe zum Text. Auch ein Titelblatt und Dedel zeigen einen gefälligen, dem Thema angepaßten Schmuck. Alles in allem ein ausgezeichnetes auch kulturgeschichtlich interessantes Bild jener merkwürdigen Sturmzeit zu Ende des 18. Jahrhunderts. Freuen wir uns dieses Buches, denn an solchen Heimatgeschichten ist unser Saarland noch recht arm.

§ Geschichte des Ortes und der Pfarrei Püttlingen von Kaplan W. Schwiderath. Verlag Buchdruckerei A. O. Balzert, Püttlingen-Saar. Broschiert 120 M., gebunden 3,20 M. Anlässlich der Fahnenerhebung des katholischen Jünglingsvereins Püttlingen am 19. Juli 1925 hat Herr Kaplan Schwiderath-Püttlingen-Saar eine Festschrift über die Geschichte des Ortes und der Pfarrei Püttlingen herausgegeben. Der Verfasser hat mit viel Liebe Vieles und Interessantes aus ältester und neuer Zeit in einem ansehnlichen Bändchen mit schönen Abbildungen vereinigt und, da gerade Püttlingen einer der ältesten und geschichtsinteressantesten Orte unserer lieben Saarheimat ist, werden die heimatischen Geschichtsschreiber und Förderer heimatischer Geschichtsforschung, wie auch vor allem die Bewohner Püttlingens dem idealen Bestreben, der mühevollen Arbeit des Verfassers den verdienten Dank zollen. Möge diese, mit großer Liebe geschaffene Schrift freudige Aufnahme finden und zu dem in sie hineingelegten Ziele führen.

Briefkasten.

Von B. in S. 2, 5.— M. mit bestem Dank erhalten.

Der Saarkalender für 1926

ist ein Gedent- und Nachschlagebuch für alle Saardeutschen. Er enthält ernste und heitere Schilderungen der wirtschaftlichen Lage im Saargebiet, ausführliche geschichtliche Darstellungen und Zeittafeln, saarländische Anekdoten, Witze usw. und bekommt durch Beiträge guter Schriftsteller eine hochwertige literarische Note. Ein Handbuch von dauerndem Wert für Kinder und Kindeskind. Der Preis dieses ausgezeichneten Wertes beträgt 2,00 RM. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß ebenfalls durch uns auch noch die Jahrgänge 1923, 1924 und 1925 des Saarkalenders bezogen werden können.

Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Berlin SW 11
Königsgräber Straße 94 II.

Der Bote von der Saar

für das Jahr 1926

Katholischer Volkskalender für alle Landsleute an
der Saar, Nied, Prims und Blies.

Er schildert die Heimat in Vergangenheit und Gegenwart, in Brauch und Sitte in interessanten Beiträgen. Ernste und heitere Erzählungen handeln von den Menschen an der Saar. Seine Lieder, Sprüche, lustigen Schnurren und innigen Legenden sind auf seiner Heimat Erde, in den Seelen ihrer Menschen gewachsen. Ein Band will er um alle schlingen, gewoben aus Heimat Sinn, „aus Treue zum Volkstum, zum großen Vaterlande, zum heiligen Glauben“. Der Bilderschmuck ist von dem einheimischen Künstler Willt Hesse. Ein Volksbuch von dauerndem Wert, besonders wertvoll auch für die vielen außerhalb des Saargebiets lebenden Saarländer.

Preis RM. —,85 mit Porto RM. 1,05

Zu beziehen durch jede Buchhandlung.

Verlag: Hansen Verlagsge'sellschaft m. b. H., Saarlouis.

Das Saargebiet in Gefahr!

Jeder Deutsche muß „Mitglied des
Bundes „Saar-Verein“ sein!

Saar-Stammtisch in Berlin

Die regelmäßigen Zusammenkünfte unserer Landsleute aus dem Saargebiet unserer Freunde und Bekannten finden

jeden Donnerstag abend im Restaurant

„Dessauer Garten“, Dessauer Straße 1

statt.

Ingenieur E. Dabbe Musiklehrer A. Koller.

Die illustrierte Monatschrift

Elsaß-Lothringen - Heimatstimmen

Herausgegeben im Auftrag der Alt-Elsässer
u. Alt-Lothringer im Reich von Dr. Robert Ernst
(11. Jahrgang)

unterrichtet sachkundig über elsäß-lothringische
Geschichte, Politik, Kultur und Wirtschaft

Aus Urteilen der Presse:

„Der Deutsche“, Berlin: „... eine Zeitschrift, die ein ausdrucksvolles Anzeichen dafür ist, mit welcher Fähigkeit und unbeugsamen Lebenskraft die Elsässer und Deutsch-Lothringer unter allem Wechsel der Herrschaft sich zu behaupten wissen.“ — „Germania“, Berlin: „... eine Aufgabe, die nicht länger vernachlässigt werden darf, in der richtigen Weise angepackt.“ — „Unabhängige Nationalkorrespondenz“: „Politisch und kulturpolitisch interessierten sei die Lektüre dieser ausgezeichneten Zeitschrift empfohlen. Sie dient der Wahrheit und dient ihr gut.“ — „Preussische Jahrbücher“: „Die Monatschrift verteidigt die Stammesinteressen dieses kerndeutschen Landes in zäher Verteidigung und gewandtem Angriff.“ — „unwahren Tendenzen abhold große Sachlichkeit.“ — „Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur“: „Der Herausgeber hat es wirklich verstanden, gute elsäßische Volkstöne zum Wort kommen zu lassen.“ — „Schwäbische Volkspresse“ (Temesvár, Rumänien): „musterbildend geleitete Zeitschrift.“ — „Sowohl die politischen Aufsätze wie das übrige der Zeitschrift ausgezeichnet.“

Postbezug vierteljährlich M. 1,20. Streifbandbezug M. 1,50.
Jahresbezug für das Ausland: Frankreich 20 franz. Franken,
Schweiz 10 schw. Franken übriges Ausland 2 amerik. Dollar.
Schriftleitung u. Vertrieb: Berlin W. 30, Postfach 5.
Postcheckkonto: Dr. Robert Ernst, Berlin NW. 7 Nr. 109799.

Das Blatt aller Rheinländer!



Halbmonatsschrift für den deutschen deutschen Westen

Verlag: Rheinischer Beobachter, Berlin NW. 61

Mit der illustrierten Heimatbeilage „Der schöne Rhein“

frei von jeder Tendenz, in vornehmer Ausstattung und mit fesselndem Inhalt, vertritt der „Rheinische Beobachter“ kraftvoll die Interessen der Rheinischen Volksgenossen und lenkt die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit immer erneut auf den besetzten Westen. (Monatlich 2 Hefen nur 50 Pfg.)

Bestellen Sie beim Postamt oder beim Verlag
Berlin SW 61, Großbeeren-Straße 17.

Vertriebene aus Elsaß-Lothringen

müssen in ihrem eigenen Interesse stets die

„Elsaß-Lothringischen Mitteilungen“

lesen, die über alle Verdrängungs- und Liquidationsschäden berichten und auch kulturelle Fragen, elsäß-lothringische Erzählungen und Romane bringen.

Probenummern und Bestellungen zum Preise von

70 Pfennig monatlich

bei der Expedition der „Elsaß-Lothringischen Mitteilungen“
Freiburg i. B., Röderstr. 12.